

Eine Publikation der
Brandenburgischen
Landeszentrale für
politische Bildung

Jan Foitzik/Werner Künzel/Annette Leo/Martina Weyrauch (Hg.)

Das Jahr 1953

Ereignisse und Auswirkungen

Ausgewählte Beiträge der Veranstaltungsreihe der
Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung
und der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin
März bis Dezember 2003

Copyright 2004
Brandenburgische Landeszentrale
für politische Bildung
im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg

Herausgeber:
Brandenburgische Landeszentrale
für politische Bildung
14460 Potsdam

Landeszentrale für politische
Bildungsarbeit Berlin
An der Urania 4-10
10787 Berlin

ISBN 3-932502-38-8

Gestaltung und Realisierung:
Bauersfeld Werbeagentur

Druck:
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam

Diese Veröffentlichung stellt keine
Meinungsäußerung der
Brandenburgischen Landeszentrale
für politische Bildung dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen
die Autoren die Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
Annette Leo: Die „Verschwörung der Weißen Kittel“. Antisemitismus in der Sowjetunion und in Osteuropa	9
Michael Lemke: Konrad Adenauer und das Jahr 1953. Deutschlandpolitik und der 17. Juni	23
Falco Werkentin: Warum rebellieren Menschen? Hinweise zur Vorgeschichte des 17. Juni 1953	37
Ellen Ueberschär: Kirchenkampf und Klassenkampf. Junge Gemeinde 1953	53
Hermann Weber: Warum fand in der DDR kein Schauprozess statt?	67
Bernd Stöver: Befreiung des Ostens? Die CIA, der Westen und die Aufstände zwischen 1953 und 1956	91
Jan Foitzik: Berijas Tod. Von der Illusion des Wandels zum Wandel der Illusion	113

Einleitung

Mit der Veranstaltungsreihe „Das Jahr 1953. Ereignisse und Auswirkungen“ erinnerten die Landeszentralen für politische Bildung Brandenburg und Berlin an den Aufstand vom 17. Juni 1953. Allerdings blieben in der Konzeption der Reihe die Vorgänge ausgespart, die sich unmittelbar in den Tagen um den 17. Juni in Berlin, in Görlitz, in Brandenburg und anderswo abgespielten. Die Veranstalter gingen zu Recht davon aus, dass Fernseh- und Radiosendungen, Ausstellungen, Vorträge und Diskussionsrunden sich damit ausführlich beschäftigen würden. Statt dessen wollten sie mit dieser Reihe das zeitliche und räumliche Umfeld des DDR-Volksaufstands beschreiben, um den Kontext zu verdeutlichen, in dem sich die Ereignisse abspielten. In sehr unterschiedlichen Vorträgen wurden wesentliche Entwicklungslinien der frühen fünfziger Jahre in der DDR und im sowjetischen Machtbereich vorgestellt und anschließend diskutiert. Dabei ging es unter anderem um die Krise in der Moskauer Zentrale unmittelbar vor und nach Stalins Tod, um die Ursachen für die explosive Situation in der DDR, um den vergleichenden Blick auf die Umbrüche in den Nachbarstaaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarn ebenso wie um eine Untersuchung der immer wieder umstrittenen Haltung der Bundesrepublik und des US-amerikanischen Geheimdienstes zu den Veränderungen in Osteuropa.

Die Politik der SED war seit 1952 von der „Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus“ gekennzeichnet. Bauern, die das Ablieferungssoll nicht erfüllen konnten, wurden kriminalisiert. Private Handwerker und Bauern sollten mittels des Wirtschaftsstrafrechts zur Mitgliedschaft in Genossenschaften gedrängt werden. Gegen Politiker von CDU und LDPD wurde Ende 1952/Anfang 1953 eine neue Verhaftungswelle eingeleitet. Verfolgungen waren auch die Kirchen, insbesondere die evangelische Junge Gemeinde ausgesetzt. Politische Säuberungen erstreckten sich bis in die Reihen der herrschenden Partei, wo Kontrolleure fieberhaft nach Abweichlern fahndeten. Die Mehrheit der Bevölkerung entfremdete sich von der SED, die seit ihrer Umformung zu einer stalinistischen „Partei neuen Typus“ nur noch ihren absoluten Machtanspruch in der Gesellschaft durchsetzen wollte.

Die Wirtschaft der DDR befand sich 1953 in der Krise. Die SED-Führung hatte den Ausbau der Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüterproduktion forciert. Hinzu kamen die enormen Belastungen für Rüstung, die sich aus der Einbindung in das sowjetische Sicherheitssystem ergaben. Partei und Gewerkschaften beschlossen deshalb Normerhöhungen und weitere Maßnahmen, die das materielle Lebensniveaus drastisch absenken würden und forderten damit den Protest der Arbeiter heraus.

Auch in der Sowjetunion und in andere Staaten ihres Einflussbereiches sollte die Parole von der „Verschärfung des Klassenkampfes“ die wirtschaftliche und soziale Misere kaschieren. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Zionismus bekamen die politischen Säuberungen in dieser Zeit einen antisemitischem Charakter. Auch in der DDR wurden Schauprozesse vorbereitet.

Eine Bewertung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 gebietet auch, nach deren Auswirkungen zu fragen. Obwohl der Aufstand mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht niedergeschlagen wurde und die SED-Propaganda ihn einen von außen gesteuerten faschistischen Putsch nannte, nahm die DDR-Führung diese Konfrontation mit dem Volk ernst. Sie drosselte das Tempo des sozialistischen Aufbaus und beschloss einige Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung. Die Repressionsmaßnahmen wurden subtiler. Der Versuch, das politische System zu verändern, war jedoch gescheitert und konnte unter den bestehenden Machtverhältnissen keine Aussicht auf Erfolg haben. Die gleiche Erfahrung machten später auch andere Völker in der sowjetischen Herrschaftssphäre. Letztlich konnten sich den bewegten Jahren zwischen 1953 und 1956 trotz Protestbewegungen und Machtveränderungen an der Spitze keine flexibleren Herrschaftsstrukturen etablieren. Die nächsten Krisen waren damit vorprogrammiert. Jedoch ist bis heute umstritten, ob das System damals noch hätte reformiert werden können oder ob es einfach nicht reformierbar war.

Die „Verschwörung der Weißen Kittel“

Antisemitismus in der Sowjetunion und in Osteuropa

Am 13. Januar 1953 ging eine Sondermeldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass um die Welt: In Moskau sei eine Gruppe von „Schädlingsärzten“ verhaftet worden. Diese Gruppe führender Mediziner des Kreml-Krankenhauses habe es sich zum Ziel gesetzt, durch „Fehlbehandlungen“ das Leben führender sowjetischer Parteifunktionäre zu verkürzen. Zwei hohe Funktionäre der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Andrej Shdanow und Alexander Schtscherbakow seien ihnen bereits zum Opfer gefallen.

Bei den festgenommenen Ärzten handelte es sich um: Prof. Jakow Etinger, Prof. Mejer Wowski, Prof. Wladimir Winogradow, Prof. Boris Kogan, Prof. Pjotr Jegorow, Prof. Matwej Kogan und Prof. Wladimir Wassilenko. Vier von ihnen waren jüdischer Herkunft. Die übrigen – so wurde verbreitet – seien „verkappte“ Juden, was immer darunter zu verstehen war. In der Tass-Meldung war zu lesen, dass die Betroffenen Verbindungen zur internationalen jüdischen Organisation „Joint“ unterhielten, die von einem amerikanischen Nachrichtendienst als Spionage- und Terrororganisation aufgebaut sei, unter dem Vorwand Juden in anderen Ländern materiell zu unterstützen.

Der Fall der „Mörderärzte“, der als die „Verschwörung der weißen Kittel“ in die Geschichte einging, bildete 1953 den Höhepunkt des staatlichen Antisemitismus in der Sowjetunion.

Den Ausgangspunkt oder Anlass für die Verfolgungswelle lieferte ein gewöhnlicher Kompetenz- oder Meinungsstreit unter Ärzten, der aber in der spätstalinistischen Sowjetunion eine unerwartete Brisanz und Explosivität erlangte, weil er sich mit einer Intrige gegen den damaligen Staatssicherheitsminister Viktor Abakumow und mit der Paranoia des todkranken Stalin verquickte.

Zunächst geht es um den Tod von Andrej Shdanow, Chefideologe der KPdSU und Kulturpapst, dessen Name eng verbunden ist mit dem Kampf gegen den „Formalismus“ in der Kunst. Shdanow erkrankte und wurde im Kreml-Krankenhaus behandelt. Ende August 1948 diagnostizierte die Kardiologin Lidia Timaschuk bei ihm Anzeichen eines Infarkts. Ihre Chefs Jegorow, Winogradow und Wassilenko waren jedoch mit der Diagnose nicht einverstanden und veranlassten die Ärztin, den

Befund umzuschreiben. Zwei Tage später erlitt Shdanow erneut einen Herzinfarkt und starb kurz darauf. Lidia Timaschuk bekam Angst, weil sie ihre Diagnose umgeschrieben, sprich verharmlost hatte, und wollte sich absichern. Sie beschloss ihren ursprünglichen Befund dem Staatssicherheitsministerium zu melden, dessen Zuträgerin sie ohnehin war. Ihr Brief mit dem beigelegten Kardiogramm gelangte zwar bis zum Minister Abakumow, der ihn an Stalin weitergab. Aber niemand interessierte sich dafür. Stalin schrieb an den Rand des Briefes: „ins Archiv“.

Timaschuk ließ aber nicht locker. Sie fuhr fort, die Leitung des Krankenhauses zu beschuldigen, mit einer Fehlbehandlung den Tod Shdanows verursacht zu haben. Da ihre Chefs aber am längeren Hebel saßen, wurde sie in einer Betriebsversammlung gemaßregelt und in eine Filiale der Kreml-Poliklinik versetzt.

Wenden wir uns jetzt einem anderen Strang der Geschichte zu. Am 18. November 1950 wurde der sowjetisch/jüdische Arzt Jakow Etinger verhaftet. Seine Festnahme stand im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee JAFK, auf die ich später eingehen werde. Mit Hilfe einer Abhöranlage wurde ein regimekritisches Gespräch aufgezeichnet, das Etinger mit seinem Sohn in seiner Wohnung geführt hatte. In den Verhören weigerte sich der Festgenommene jedoch, die abstrusen Geständnisse, die ihm vorgelegt wurden, zu unterschreiben. Unter anderem sollte er gestehen, sowjetische Hilfe für Israel gefordert zu haben und Regierungsmitglieder absichtlich falsch behandelt zu haben. Weil er für einen Schauprozess offenbar nicht zu gebrauchen war, wurde er auf Weisung des Ministers Abakumow in das Gefängnis Lefortowo verlegt. Am 2. März 1951 starb Etinger dort an den Folgen der Misshandlungen sowie der unmenschlichen Haftbedingungen.

Eine frei erfundene Denunziation

Einige Monate später, am 2. Juli 1951, schrieb der Untersuchungsrichter im Ministerium für Staatssicherheit Oberstleutnant Rjumin, der Etinger verhört hatte, an Stalin und behauptete, Etinger habe Abakumow gestanden, absichtlich falsche Methoden bei der Behandlung von Regierungsmitgliedern angewandt zu haben. Daraufhin habe Abakumow Etinger in der Haft sterben lassen, damit nicht ans Tageslicht komme, dass er selbst in den Plan verwickelt sei, mit Hilfe der Kreml-Ärzte die Parteiführung umzubringen. Diese völlig frei erfundene Denunziation führte zum Sturz des Staatssicherheitsministers. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, gegenüber dem Jüdischen Antifaschistischen Komitee zu große Nachsicht geübt zu haben.

Der Brief war offenbar Teil einer Intrige der Politbüromitglieder Berija und Malenkow gegen den allzu selbständig gewordenen Abakumows. Nach seiner Entmachtung wurde Abakumow festgenommen. Den Ministerposten übernahm

Ignatjew. Die Ermittlungen gegen seinen Vorgänger und etliche von dessen Vertrauensleuten aus dem Sicherheitsapparat (unter ihnen waren auch Juden) liefen unter der Überschrift „Entdeckung eines zionistischen konspirativen Zentrums im Ministerium für Staatssicherheit“. Einer von Abakumows Mitarbeitern erinnerte sich dann nach langen „Verhören“, Etinger habe Abakumow gestanden, den Chef des Nachrichtendienstes Sowinform, Alexander Schtscherbakow absichtlich falsch behandelt und damit seinen Tod verursacht zu haben.

Der Untersuchungsrichter Rjumin, dem sein Denunziationsbrief den Posten des stellvertretenden Ministers eingetragen hatte, begann zunächst mit einer allgemeinen Überprüfung aller im Kreml-Krankenhaus beschäftigten Ärzte. Irgendwann stieß er dabei auf die Angelegenheit Lidia Timaschuk. Die gemäßregelte Ärztin wurde im Juli oder August 1952 als Expertin in die Lubianka bestellt und erzählte dem Untersuchungsrichter ihre Geschichte. Ignatjew und Rjumin berichteten daraufhin Stalin, Abakumow und sein Mitarbeiter Wlassik (an den Timaschuk damals ihre Beschwerde gerichtet hatte) hätten die Eingabe unterschlagen und die Ärztin „den ausländischen Spionen und Terroristen zur Abrechnung ausgeliefert“.² Obwohl Stalin wusste, wie sich die Sache in Wirklichkeit verhielt (sein Kanzleichef hatte ihm das Papier, auf dem sich sein eigener Vermerk befand, auf den Tisch gelegt) befahl er Wlassik zu verhaften und er rief am 1. Dezember 1952 die Politbüromitglieder zusammen, um ihnen klarzumachen, dass eine tödliche Gefahr über der sowjetischen Führung schwebte. „Ihr blinden Kätzchen“, soll er gesagt haben, „was werdet ihr ohne mich machen – unser Land wird zugrunde gehen, weil ihr nicht fähig seid, Feinde zu erkennen“.³

Die bisherigen Ermittlungen bekamen danach eine neue Dynamik. Die genannten Kreml-Ärzte wurden verhaftet, die schon erwähnte Tass-Meldung veröffentlicht. Lidia Timaschuk bekam den persönlichen Dank Stalins übermittelt und den Leninorden verliehen. Die verhafteten Ärzte wurden währenddessen gefoltert, bis sie bereit waren alles zu unterschreiben, was man ihnen vorhielt. Unter anderem gestanden Wowski und Kogan, im Juli 1952 die Ermordung von Stalin, Berija und Malenkow verabredet zu haben. Im Verlaufe der Untersuchung wurden die erfundenen Vorwürfe immer grotesker. Weil die medizinischen Methoden versagt hätten, so hieß es, hätten die verschwörerischen Ärzte sogar einen bewaffneten Anschlag auf Regierungsautos geplant, der jedoch von den Sicherheitsorganen vereitelt worden sei. Die betroffenen Ärzte waren hervorragende medizinische Spezialisten, aber durchweg Männer im vorgerückten Alter, die man sich nur schwer bei einem bewaffneten Überfall auf die Limousinen der hohen Funktionäre hätte vorstellen können.

Insgesamt 28 Ärzte waren in die Ermittlungen involviert. Eine Propagandakampagne bereitete den Schauprozess vor und löste eine antisemitische Hysterie

im Land aus. Aus Angst, vergiftet zu werden, weigerten sich Bürgerinnen und Bürger, von jüdischen Ärzten Medikamente anzunehmen. Auf den Straßen, in Läden und Verkehrsmitteln wurden Juden beleidigt und angepöbelt. Viele verloren ihren Arbeitsplatz. Die Gerichtsverhandlung war für den März 1953 geplant. Es kursierten Gerüchte über Pläne des Regimes, nach der öffentlichen Hinrichtung der Verurteilten alle sowjetischen Juden nach Birobidjan⁴ und in andere Teile Sibiriens zu deportieren. Bisher ist jedoch keine Bestätigung dafür gefunden worden.

Stalins Phantasien

Hat Stalin diesen Beschuldigungen tatsächlich geglaubt? Auf jeden Fall wies die sowjetische Gesellschaft insgesamt nach fast zwanzig Jahren des Auf und Ab von Säuberungswellen paranoische Züge auf. Der Verfolgungswahn hatte längst eine Eigendynamik erreicht. Denunziationen, Verdächtigungen und Rechtfertigungen – ob von oben nach unten oder von unten nach oben – beherrschten den Alltag. Niemand konnte sich sicher fühlen. Hinzu kommt noch ein Aspekt, der die psychische Situation von Stalin selbst betrifft, der offensichtlich begann, seine eigenen Phantasien für die Realität zu nehmen. Es war kein Zufall, dass es Ärzte waren, gegen die sich seine letzte Verfolgswelle richtete. Der alternde, kranke Diktator, der sich permanent verfolgt fühlte (kein Wunder bei dem schlechten Gewissen, das er haben musste) war gewohnt, alle inneren Probleme nach außen zu projizieren, für alles, was nicht nach Wunsch lief, „Schuldige“ zu finden. So verwundert es nicht, dass er letztlich die Ärzte für seine Krankheiten und den zunehmenden körperlichen Verfall verantwortlich machte. Als der wissenschaftliche Leiter des Kreml-Krankenhauses, sein Leibarzt Wladimir Winogradow, ihm zu Beginn des Jahres 1952 riet, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen, da aufgrund seines hohen Blutdrucks ansonsten ein neuer Gehirnschlag zu befürchten sei, verlor Stalin das Vertrauen zu ihm.

Es heißt, er habe sich nach der Entlassung der Ärzte in seiner Datscha eingeschlossen, weil er tatsächlich Angst davor hatte, ermordet zu werden. Wie der sowjetische Historiker Madievski schreibt, „quälte er sich selbst mit den Bildern einer globalen Terroraktion, deren Ziel es war ihn zu vernichten. Die Organisatoren der Aktion – die imperialistischen Nachrichtendienste hatten die nationalistisch eingestellten Juden angeworben und waren in lebenswichtige Bereiche eingedrungen, darunter auch in medizinische Führungspositionen.“⁵ Nachdem sie mit der physischen Vernichtung seiner Mitarbeiter begonnen hätten, würden sie sich nun auch an ihn selbst heranschleichen. Aber noch bevor der Schauprozess das angebliche Komplott öffentlich machen konnte, starb Josef Wissarionowitsch Stalin am 5. März – wie vorausgesagt – an einem Gehirnschlag.

Danach endete der ganze Spuk ziemlich rasch. Die Ärzte wurden bald darauf aus dem Gefängnis entlassen, sie wurden rasch rehabilitiert. Erstmals konnten die Bürger in der Zeitung lesen, dass die Aussagen durch Folter erzwungen worden seien. Noch vor der berühmten Rede Chruschtschows im Jahre 1956 war dies das erste Eingeständnis von Verbrechen des Regimes, ein Eingeständnis, das die Kommunisten in West- und Osteuropa tief erschütterte.

Am Ende seines Lebens hatten sich bei Stalin Verfolgungswahn und tradierte Judenfeindschaft miteinander verbunden. Aber trotzdem spielte auch in dieser Säuberungswelle das politische Kalkül eine Rolle. Nachdem so viele Gruppen der Gesellschaft in den Jahrzehnten zuvor zu Feinden erklärt und verfolgt worden waren, wurde hier noch einmal – zweifellos mit Bedacht – offen auf ein traditionelles, im Volk tief verwurzeltes Feindbild zurückgegriffen. Die Juden sollten schließlich als Sündenböcke herhalten angesichts der Erbitterung der Bevölkerung wegen des permanenten Terrors und der Verfolgung, wegen des Hungers, des Mangels, der Misswirtschaft usw. Der Hass auf die Juden sollte – wie schon sooft in der Geschichte – von den Verbrechen der Machthaber ablenken.

Unterschwellig steckte in den verschiedenen stalinistischen Terrorwellen bereits von Beginn an ein antisemitisches Element. Mit vielen der propagierten Feindbilder der dreißiger Jahre (Kapitalisten, Spekulanten, Kleinbürger, Kosmopoliten, Intellektuelle, Troztkisten usw.) waren stets auch die Juden gemeint, ohne dass sie jeweils ausdrücklich benannt wurden. Andererseits jedoch hatten Juden unter der Sowjetmacht erstmals Zugang zu Ämtern im Partei-, Staats- und Militärapparat (auch im Geheimdienst) bekommen und waren dort in hohe Funktionen aufgestiegen. Sie gehörten also ebenso zu den Verfolgten, wie zu jenen, die für die Verfolgung verantwortlich waren. Diese Ambivalenz bot das Spannungsfeld für die letzte Säuberungswelle, die der greise Diktator in Szene setzte.

Das Jüdische Antifaschistische Komitee

Das Jüdische Antifaschistische Komitee wurde von jüdischen Persönlichkeiten des Sowjetstaates nur wenige Wochen nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion gegründet, nachdem die alarmierenden Nachrichten von den Massenmorden an der jüdischen Zivilbevölkerung im Baltikum, in Weißrussland und in der Ukraine durchgesickert waren.

Eine erste Massenversammlung fand im August 1941 in Moskau statt mit dem Ziel, die Juden im In- und Ausland zu mobilisieren, um der bedrängten Sowjetunion zu helfen. Das JAFK machte den Mord an den Juden publik, der in der sowjetischen Propaganda zunächst heruntergespielt worden war. Das Regime ließ das Komitee gewähren und bediente sich seiner. Deshalb konnte das JAFK in der Phase der Antihitlerkoalition eine besondere Rolle spielen. Es hatte die Aufgabe,

vor allem in den USA, in Kanada und in Lateinamerika um materielle Unterstützung für den Kampf der Roten Armee werben. Gleichzeitig sollte die Regierung der USA zur Eröffnung der 2. Front gedrängt werden. Das JAFK befand sich fest im Griff des NKWD. Seine wichtigsten Funktionäre waren Solomon Losowski, Chef der Roten Gewerkschaftsinternationale und Mitglied des ZK der KPdSU, Schachne Epstein, Journalist und Mitarbeiter des NKWD. Präsident und Repräsentant des Komitees war Solomon Michoels, ein berühmter jüdischer Schauspieler und Direktor des Staatlichen Jüdischen Theaters, neben ihm muss auch der Dichter Itzhak Fefer erwähnt werden.

Michoels und Fefer reisten 1943 in die USA, nach Kanada, nach Mexiko und nach England und warben dort um Unterstützung. Sie hatten Begegnungen mit Albert Einstein, Thomas Mann, Charlie Chaplin, Lion Feuchtwanger usw. traten auf großen Meetings auf. Ihre Reise hatte eine gewaltige Resonanz. Die Juden der dortigen Länder unterstützten den Kampf der Sowjetunion gegen Hitler und sie machten Druck auf ihre jeweiligen Regierungen.

Das Jüdische Antifaschistische Komitees veröffentlichte unter anderem das berühmte „Schwarzbuch“ über die deutschen Verbrechen an Juden in der Sowjetunion. 1944 wurde mit der Sammlung von Augenzeugenberichten über die Massenmorde begonnen. Als Herausgeber des Buches zeichneten die Schriftsteller Ilja Ehrenburg und Wassili Grossman. Albert Einstein, von dem die Idee stammte, schrieb dazu das Vorwort. Das „Schwarzbuch“ erschien allerdings nie in der Sowjetunion. 1947 wurde der Druck gestoppt mit der Begründung: das Schicksal der Juden sollte nicht besonders hervorgehoben werden. Publiziert wurde letztlich nur eine zensierte Fassung für die USA und eine für Rumänien. Im ursprünglichen Manuskript war ein Tabu-Thema berührt worden: der Antisemitismus der Bevölkerung in den von den Deutschen besetzten Gebieten und ihre Verwicklung in die Massenmorde.

Nach dem Ende des Krieges und dem Bruch der Antihitler-Koalition war das JAFK überflüssig geworden. Das sowjetische Regime, das nach dem Ende des Krieges ein Wiedererstarken des russischen Nationalismus förderte, wollte den jüdischen Einfluss in der Gesellschaft wieder zurückdrängen. Eine zusätzliche Irritation bot die Begeisterung der sowjetischen Juden für die Gründung des Staates Israel (1948). Obwohl das JAFK deutlich antizionistische Positionen einnahm und in seinen Erklärungen immer wieder die Sowjetunion als Heimat der Juden bezeichnete, war sein Schicksal besiegelt.

1948/49 vollzog die sowjetische Außenpolitik eine Kehrtwende in Bezug auf Israel. Nachdem die Sowjetunion die Gründung des Staates Israel zunächst unterstützte, kam es einige Monate später zum Bruch, als sich Israel deutlich zu den USA hin orientierte.

Im Januar 1948 kam der Präsident des Komitees Solomon Michoels bei einem Autounfall ums Leben. Dass dies in Wahrheit ein Mordanschlag war, gestand der Staatssicherheitsminister Abakumow später ein. Offenbar wurde Michoels weder verhaftet noch angeklagt, weil er auf irgend eine Weise mit Stalins Familie verbunden war. Als das JAFK im November 1948 schließlich aufgelöst wurde, hatten die Ermittlungen des Geheimdienstes gegen seine Mitglieder bereits begonnen: Ihnen wurde Kontakt mit ausländischen jüdischen Nationalisten, Spionage und natürlich Zionismus vorgeworfen. Die Untersuchungen gingen sehr schnell in eine allgemeine Kampagne gegen Juden im öffentlichen Leben über, viele verloren ihre Arbeitsstellen. Einrichtungen jüdischer Kultur, wie Theater, Zeitschriftenredaktionen usw. wurden geschlossen.

Es folgte im November/Dezember 1948 die Verhaftung der Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees. Als Hauptangeklagte im Prozess waren Jitzhak Fefer und Solomon Losowski vorgesehen. Der Prozess, in dem alle Angeklagten mit Ausnahme der Biologin Lina Stern hingerichtet wurden, fand erst 1952 statt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gerichtsverfahren während der Säuberungen, fand er hinter verschlossenen Türen statt. Das Schicksal der JAFK-Mitglieder wurde erst lange nach Stalins Tod bekannt.

Antisemitismus in den osteuropäischen Staaten

Mit dem Beginn des Kalten Krieges und dem Bruch zwischen Stalin und Tito begannen Ende der vierziger Jahre auch in Osteuropa die von Moskau inszenierten und gesteuerten Säuberungen. Sie dienten in erster Linie dem Zweck, die osteuropäischen Gesellschaften zu stalinisieren und jegliche positive Erinnerung an das Bündnis mit den Westalliierten in der Antihitlerkoalition auszulöschen, seine Exponenten zu diskreditieren bzw. verschwinden zu lassen. Bei den Ermittlungen und in den jeweiligen Schauprozessen spielte der Leiter der amerikanischen Hilfsorganisation USC Noel H. Field dabei die Rolle der Schlüsselfigur. Die Verhaftungs- und Terrorwellen in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei richteten sich vor allem gegen zurückgekehrte kommunistische Westemigranten und Spanienkämpfer, unter denen der Anteil der Juden sehr hoch war.

1949/50 wurden in der DDR in einer ersten, noch wenig dramatischen Phase SED-Mitglieder jüdischer Herkunft aus zentralen Positionen des Partei- und Staatsapparats entfernt. Dies betraf zum Beispiel den Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski, der den Sowjets als Vorsitzender der Vorsitzende der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nicht mehr tragbar erschien. Es betraf auch Leo Zuckermann, der als Leiter der Präsidialkanzlei Wilhelm Piecks abgesetzt wurde, weil er 1947 Mitglied der Jüdischen Gemeinde geworden war. Die Betroffenen erhielten jedoch andere ehrenvolle Positionen an Universitäten und

Hochschulen, so dass eine regelrechte Verfolgung von Kommunisten jüdischer Herkunft zunächst nicht erkennbar war. Im ostdeutschen Nachfolgestaat des Dritten Reiches wollte man nur wenige Jahre nach dem Holocaust einen solchen Eindruck wohl anfangs vermeiden.

Hinhaltetaktik in Polen

In Polen existierte auch nach Auschwitz ein starker traditioneller Antisemitismus in der Bevölkerung. Obwohl nur wenige Überlebende der Vernichtungslager in ihre polnische Heimat zurückkehrten, lebte das Vorkriegsstereotyp einer Verquickung zwischen Juden und Kommunisten ungebrochen fort. Weiter genährt wurde dieses Vorurteil zweifellos durch die tatsächliche Mitarbeit von jüdischen Kommunisten im verhassten Sicherheitsapparat des neuen Regimes. Die immer wieder aufflackernden Überfälle und Ausschreitungen gegen Juden, das bekannteste Ereignis in diesem Zusammenhang war wohl das Pogrom von Kielce im Jahr 1946, trieben trotz halbherziger staatlicher Schutzmaßnahmen immer mehr jüdische Bürger aus dem Land.

Die stalinistischen Säuberungen begannen auch in Polen mit einer antisemitischen Wende. Trotzdem verlief alles ein wenig anders als in den anderen osteuropäischen Ländern. Im August 1951 wurde der Generalsekretärs der PVAP, Wladislaw Gomulka, der einen polnischen Weg zum Sozialismus propagiert hatte, verhaftet, nachdem er zuvor Schritt für Schritt entmachtet worden war. Die Ermittlungen gegen ihn zogen sich aber bis nach Stalins Tod hin. Der Parteivorsitzende Boleslaw Bierut und der Chef des Sicherheitsapparates Jakub Berman verzögerten die Vorbereitungen. Beide sollen gefürchtet haben, selbst Opfer der Säuberungen zu werden. Wie die Historikerin Beate Kosmala schreibt, spricht in der Tat vieles dafür, dass Stalin 1952 die Liquidierung Gomulkas mit einem großen antisemitisch-antizionistischen Schauprozess verbinden wollte, einem polnischen Slansky-Prozess mit Jakub Berman als Haupt der Verschwörung.⁶ Wie realistisch die Ängste von Bierut und Berman waren, zeigt die Geschichte der polnischen Kommunistischen Partei, die Ende der dreißiger Jahre schon einmal auf Beschluss der Komintern aufgelöst worden war und deren Funktionäre, Parteiaktivisten und Intellektuelle fast alle während des Großen Terrors in der Sowjetunion ermordet worden waren.

Ende 1951 erhielten alle polnischen Parteiorganisationen den Befehl aus Moskau, die Aufnahme oder Beförderung jüdischer Kommunisten in Positionen der Nomenklatura zu verweigern. Das antisemitische Element rückte schließlich ins Zentrum der Säuberungsaktivitäten. 1952 und 1953 verstärkte sich der Druck Stalins auf Bierut, Juden aus der Parteiführung zu entfernen. Am 11. November 1952 wurden 14 hohe kommunistische Offiziere der Abwehrabteilung des Gene-

ralstabs, allesamt jüdischer Herkunft und alle ehemalige Spanienkämpfer, festgenommen. Wegen der Hinhaltetaktik von Bierut und Berman kam es bis zu Stalins Tod nicht zu Gerichtsverfahren. Es folgte die Entstalinisierung und die Rehabilitierung der Verfolgten. Aber die antijüdischen Säuberungen von 1952/53 blieben von erheblicher ideologischer Bedeutung, das zeigte sich vor allem in den Jahren 1967 und 1968, weil sie antisemitische Standpunkte und Vorgehensweisen erstmals auch innerhalb der Kommunistischen Partei salonfähig machten.

Der Slansky-Prozess in Prag

Die tschechoslowakische Regierung hatte auf Anweisung Stalins zunächst ein besonderes Verhältnis zu Israel entwickelt. Das Land lieferte Waffen dorthin und durchbrach damit das westliche Embargo gegen den neugegründeten Staat. 1948 wurden israelische Piloten und Fallschirmspringer in der CSR ausgebildet. Eine tschechische Brigade aus jüdischen Freiwilligen nahm 1948/49 an den Kämpfen des Unabhängigkeitskriegs teil. Tschechen lieferten der israelischen Armee Flugzeuge usw.

Diese besonderen Beziehungen spielten in dem großen tschechischen Schauprozess im Dezember 1952 eine große Rolle. Der Slansky-Prozess hatte eine unverhüllt antisemitische Stoßrichtung. Von den vierzehn Angeklagten stammten elf aus jüdischen Familien. Um das auch in der Öffentlichkeit zu betonen, nannten die Staatsanwälte und Richter in der Gerichtsverhandlung die Angeklagten häufig nicht bei ihren tschechischen Namen sondern verwendeten ihre ursprünglichen jiddischen Namen.

Die Verhaftungen hatten bereits 1950, im unmittelbaren Anschluß an den Rajk-Prozess in Ungarn begonnen. Wie Artur London, einer der beiden Überlebenden des Prozesses in seinem Buch „Ich gestehe“ schreibt, ging es bei den konstruierten Vorwürfen zunächst um den Kontakt zum bereits erwähnten Noel Field.⁷ Gleichzeitig aber sollten sich die Gefangenen als Trotzkiten, Titoisten, als Agenten der bürgerlichen tschechischen Exilregierung, als Agenten des englischen Geheimdienstes usw. bekennen. Artur London beschreibt eindrücklich, wie dann erst sehr spät das endgültige antizionistische Szenario festgelegt und alle Geständnisse wieder umgeschrieben wurden. Die Anklageschrift lässt das Bild eines „konspirativen“ Weltjudentums erstehen, dessen Exponenten der jüdische Weltkongress, der Staat Israel und natürlich das US-amerikanische Finanzkapitel sind. Als wichtigste Agentur dieser Weltverschwörung wurde die internationale jüdische Hilfsorganisation „Joint“ (Jewish Joint Distribution Committee) ausgemacht. Joint bekam im Grunde eine ähnliche Funktion zugeschrieben wie sie Noel Field in der Anfangsphase der Säuberungen inne hatte. Überall in Osteuropa und der DDR bekamen Juden, die den Holocaust überlebt hatten, von „Joint“ Pakete,

die sie mit den nötigsten Lebensmitteln und mit Kleidung versorgten. Die Namenslisten der Empfänger von Joint-Paketen verwandelten sich quasi über Nacht in Listen von jüdischen Agenten in den betreffenden Ländern. So etwa muss man sich das Szenario vorstellen.

Nach dem Slansky-Prozess wurden in der Tschechoslowakei weitere Prozesse vorbereitet. Hunderte von Parteifunktionären und Staatsfunktionären, die bereits seit langem im Gefängnis saßen, wurden auch noch nach Stalins Tod weiter als zionistische Agenten verurteilt. Die Säuberungswelle durchlief systematisch die einzelnen Behörden: Außenministerium, Innenministerium, Armee, zuletzt die Ökonomen. Zu den Verurteilten gehörten zum Beispiel Eduard Goldstücker, tschechischer Botschafter in Israel und Schweden und Josef Smrkovski, stellvertretender Landwirtschaftsminister, die beide später während des Prager Frühlings eine Rolle spielten.

Verfolgungswelle in der DDR

Der Slansky-Prozess war nicht nur das offizielle Signal, auf das man in Moskau dann mit der Verhaftung der jüdischen Ärzte „reagierte“. Er löste auch in der DDR, die schließlich wegen der NS-Vergangenheit eine besondere Rolle unter den osteuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion einnahm, eine weitere Verfolgungswelle aus.

Einige Historiker vertreten die Auffassung, in der DDR sei ebenfalls ein großer Schauprozess mit antisemitischer Stoßrichtung geplant worden.⁸ Als die beiden Hauptangeklagten sollen die kommunistischen Funktionäre Franz Dahlem und Paul Merker vorgesehen gewesen sein, die beide allerdings keine Juden waren. Paul Merker hatte sich schon im mexikanischen Exil für eine künftige Entschädigung der von den Nazis verfolgten und enteigneten Juden eingesetzt. Er setzte dieses Engagement nach seiner Rückkehr aus dem Exil fort. Zusammen mit Leo Zuckermann brachte er ein Wiedergutmachungsgesetz auf den Weg, das aber nie beschlossen wurde. Paul Merker wurde schließlich in einem Geheimprozess zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, offenbar weil nach Stalins Tod der entsprechende Druck aus Moskau fehlte.

Die Historikerin Karin Hartwig favorisiert die Auffassung, wonach in der DDR aufgrund der NS-Vergangenheit kein spektakulärer Schauprozess stattfinden sollte und das Regime es bei einzelnen Verhaftungen, bei Vertreibung der Juden aus führenden Positionen in Partei und Staatsapparat und bei der Auflösung der VVN belassen wollte.⁹

Auch den späten Zeitpunkt des Beginns der Repressionen in der DDR (erst nach dem Dezember 1952) kann man verschieden deuten. Zeitzeugen berichten davon, dass Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht sich lange Zeit gesträubt und äh-

lich wie in Polen den geplanten Prozess hinausgezögert hätten. Zweifellos existiert jedoch auch ein Zusammenhang zur internationalen Lage. Das stalinsche Angebot an die Westmächte, sich gemeinsam auf ein vereintes und neutrales Deutschland zu einigen, um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und ihren Eintritt in die NATO zu verhindern, wurde 1952 von Adenauer und den Westmächten abgelehnt. Danach waren wohl keine außenpolitischen Rücksichten mehr nötig. Die DDR sollte ganz und gar in das sowjetische Machtgefüge integriert werden, wozu natürlich auch die Stalinisierung aller Strukturen der Gesellschaft und auch die Inszenierung von politischen Säuberungen gehörten.

Paul Merker wurde nach dem Urteil im Slansky-Prozess verhaftet. In einem SED-Dokument, das seine Verhaftung rechtfertigte und die Richtung der Verfolgung angab, wurde ihm „Verschiebung deutschen Volksvermögens“ vorgeworfen. „Von jüdischen Kapitalisten zusammengeraubte Kapitalien“ seien Volkseigentum und kein Gegenstand der Wiedergutmachung.¹⁰ Franz Dahlem wurde wegen einer angeblichen Fehlentscheidung im französischen Exil scharf kritisiert. Im Mai 1953 erst verlor er seine hohen Parteifunktionen, aber es kam nicht mehr zu seiner Verhaftung. Die Zentrale Parteikontrollkommission konzentrierte ihre Ermittlungen zu dieser Zeit auf SED-Mitglieder, die in der jüdischen Gemeinde eine Rolle spielten.

Die Flucht in den Westen

Ins Zentrum des Interesses rückte Julius Meyer, Überlebender der Lager Auschwitz und Ravensbrück.¹¹ Seit 1949 leitete er zusammen mit Heinz Galinski die Jüdische Gemeinde in Berlin, er war Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Mitglied der SED und spielte eine wichtige Rolle im Vorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Julius Meyer unterschied sich von vielen anderen Kommunisten jüdischer Herkunft, weil er offen die Interessen der überlebenden Juden in den jeweiligen Organisationen vertrat und nicht umgekehrt die Politik der SED in den Gremien durchzusetzen suchte. So engagierte er sich vehement für ein Wiedergutmachungsgesetz. Er stand mit seiner Person für die proisraelische Haltung der jüdischen Gemeinde.

Julius Meyer war Anfang Januar 1953 zu stundenlangen verhörartigen Gesprächen vor die Zentrale Parteikontrollkommission geladen worden. Hier musste er ausführlich über sein Leben berichten, Ergänzungen zu seinem Lebenslauf abliefern und wurde vor allem aufgefordert, detailliert über die Verbindungen der Jüdischen Gemeinde zur Hilfsorganisation Joint Auskunft zu geben. Die Verteilung der Care-Pakete, eine wichtige Existenzgrundlage für die jüdischen Überlebenden, lief über die Gemeinden. Auch über die Verbindungen von DDR-Staats- und Parteifunktionären zu Israel wurde Meyer befragt. Außerdem soll er mehrere

Stunden lang von einem hohen Offizier der sowjetischen Militäradministration (vermutlich einem NKWD-Offizier) verhört worden sein. Der fragte gezielt nach einer „zionistischen Organisation“ und unterstellte, dass es sich bei „Joint“ um eine Tarnorganisation der Zionisten handele und dass die jüdischen Gemeinden von dort ihre „Anweisungen“ bekommen würde.

Meyer war überzeugt, dass seine Verhaftung unmittelbar bevorstand. Es gelang ihm, seine Vernehmer von der ZPKK tagelang hinzuhalten. Er lieferte geforderte Berichte ab, aber keine Listen von Gemeindemitgliedern, die Care-Pakete erhalten hatten. Es lässt sich leicht vorstellen, dass in der beginnenden Verfolgungswelle diese Listen als Grundlage für Verhaftungsaktionen gedient hätten. Julius Meyer warnte die jüdischen Gemeindevorsitzenden in den anderen Städten. Er sprach dann in Berlin mit Heinz Galinski und dem deutsch-amerikanischen Rabbiner Nathan Levinsohn. Ein Fluchtplan wurde ausgearbeitet und ein Code-Wort ausgegeben, das die Flucht auslösen sollte: „Großmutter im Sterben“. Die Betroffenen sollten sich mit ihren Familien auf den Weg nach Berlin machen, sobald sie dieses Signal erhielten. In einem anderen Bericht heißt es, dass Meyer selbst, geschützt durch seinen Status als Volkskammerabgeordneter, Singer, Löwenkopf und die anderen in seinem Auto nach Ost-Berlin holte, während ihre Ehefrauen und Kinder mit der Bahn fuhren. Alle Beteiligten kamen jedenfalls wohlbehalten in Westberlin an, wobei die Idee nicht ganz von der Hand zu weisen ist, dass die Staatssicherheit davon wusste und sie gehen ließ. Die Flucht war vielleicht „das kleinere Übel“ weil es weniger peinlich war, sie gehen zu lassen als sie verhaften zu müssen. Für die von den Sowjets gesteuerte und geforderte Kampagne konnte man sie ja trotzdem als Agenten stigmatisieren. Nach der damaligen Logik hatten sie mit ihrer Flucht gewissermaßen den Beweis für ihre Schuld geliefert.

Mit Julius Meyer zusammen flohen: Günter Singer, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Erfurt, Leon Löwenkopf, Dresden, Helmut Looser, Vorsitzender der Leipziger Gemeinde, Leon Eisenstedt, Generalsekretär des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Fritz Grunfeld, ebenfalls Leipzig und Vizepräsident des Landesverbandes sowie Leon Zamorje, Jüdische Gemeinde, Halle. Sie lösten eine Fluchtwelle unter den Gemeindemitgliedern aus - insgesamt 500 Juden verließen innerhalb weniger Tage die DDR, sodass die Aufnahmekapazität der Jüdischen Gemeinde in Westberlin bald erschöpft war. Alle Insassen des jüdischen Kinderheims Berlin-Niederschönhausen fuhren zusammen mit ihren Erziehern mit der Straßenbahn über die Sektorengrenze. Auch der schon früher gemäßregelte Leo Zuckermann gehörte zu den Flüchtlingen, ebenso wie Heinz Freund, Kammergerichtspräsident in Ostberlin und Heinz Fried, Direktor der Ostberliner Wasserwerke.

Was es für diese Menschen bedeutete, nach der Rückkehr aus dem KZ oder aus dem Exil zum zweiten Mal wieder ganz von vorn zu beginnen, lässt sich schwer ermessen. In der Situation des geteilten Deutschlands gerieten einige überdies zwischen die Mahlsteine der Systemauseinandersetzung. Jüdische oder kommunistische Verfolgte des Nazi-Regimes hatten zu Beginn der fünfziger Jahre auch im Westen keinen guten Stand. Leon Löwenkopf wollte nicht in Deutschland bleiben und übersiedelte nach Zürich in die Schweiz. Looser ging für einige Zeit nach Kenia, kehrte dann aber in die BRD zurück. Zuckermann ging in sein Exilland Mexiko zurück, wo er 1983 starb. Meyer hatte es als prominenter DDR-Funktionär und SED-Mitglied besonders schwer, in der Bundesrepublik Fuß zu fassen. Überliefert sind jahrelange bürokratische Auseinandersetzungen um seinen Anspruch auf Entschädigungsleistung. Langwierige Prüfungen seiner Biografie im Bundesnotaufnahmeverfahren zur Anerkennung als politischer Flüchtling sollen ihn schließlich bewogen haben, mit seiner Familie nach Brasilien auszureisen, wo er 1979 starb.

Im Februar 1953 wurde auf Beschluss der SED die VVN aufgelöst. Die offizielle Begründung, die der politisch bereits angeschlagene Franz Dahlem vortragen musste, lautete, der Faschismus sei in der DDR mit seinen Wurzeln ausgerottet und jetzt gehe es darum, gemeinsam mit allen patriotischen Kräften des Volkes den Sozialismus aufzubauen. Das war letztlich nichts anderes als die Versöhnung mit den kleinen Nazis und deren Integration in den Aufbau des Sozialismus. Die eigenständige Organisation der Widerstandskämpfer und Verfolgten hatte damit ihre Stimme in der Gesellschaft verloren. Für sie sprach künftig ein vom SED-Zentralkomitee eingesetztes Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer. Die Jüdische Gemeinde war auf die Ausübung des religiösen Kultus reduziert und zur politischen Bedeutungslosigkeit degradiert. Nach der Ablehnung des Wiedergutmachungsgesetzes war sie überdies völlig von staatlicher finanzieller Unterstützung abhängig.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Samson Madievski, Der Fall der Mörderärzte. Stalins Verschwörungswahn und Antisemitismus erreichte vor fünfzig Jahren einen letzten Höhepunkt, in: Berliner Zeitung, Magazin, 11./12. Januar 2003.
- ² Zitat aus der Geheimrede Nikita Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU, zitiert nach: Arno Lustiger, Rotbuch. Stalin und die Juden, Berlin 1998, S. 258.
- ⁴ Autonomes Gebiet in Sibirien, in dem seit den 20er Jahren Juden angesiedelt wurden.
- ⁵ Vgl. Samson Madievski, Berliner Zeitung.
- ⁶ Vgl. Beate Kosmala (Hrsg.) Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül, Berlin 2000, S. 49-63.
- ⁷ Vgl. Artur London, Ich gestehe. Der Prozess um Rudolf Slansky, Berlin 1991.
- ⁸ Vgl. Wolfgang Kießling, Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, Hefte zur DDR-Geschichte, Berlin 1995; Mario Kessler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Berlin 1994; Ulrike Offenberg, Seid vorsichtig gegen die Machthaber. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945 bis 1990, Berlin 1998.
- ⁹ Vgl. Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln-/Weimar/Wien 2000, S. 347ff.
- ¹⁰ Die Lehren aus dem Slansky-Prozess. Beschluss des ZK der SED in: Neues Deutschland, 4. Januar 1953.
- ¹¹ Vgl. Andreas Herbst, Großmutter im Sterben in: Leo/Reif-Spirek, Helden, Täter und Verräter. Studien zum Antifaschismus der DDR, Berlin 1999, S.13-35; diese Darstellung fußt auch auf unveröffentlichten Texten von Andreas Herbst, die er der Autorin zur Verfügung stellte.

Konrad Adenauer und das Jahr 1953

Deutschlandpolitik und der 17. Juni

Dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer wurde von Zeitgenossen später vorgeworfen, er habe den 17. Juni 1953 kaum zur Kenntnis genommen, ja ihn sogar eher als störend für sein politisches Hauptwerk der Westintegration angesehen. Andererseits war Adenauer einer der Politiker, die das Wort „Wiedervereinigung“ sehr häufig in den Mund nahmen. War das nur hohles Gerede oder Doppelzüngigkeit? In der folgenden Darstellung soll die Deutschlandpolitik Adenauers und der Bundesrepublik gegenüber der DDR ein wenig genauer betrachtet werden.

Das Bild Adenauers vom Kalten Krieg und von der UdSSR

Im Hinblick auf den Volksaufstand in der DDR müssen zwei allgemeine Überzeugungen des Bundeskanzlers besonders berücksichtigt werden: Zum einen war das die gewachsene Einsicht in die Wandelbarkeit der Welt, seine Überzeugung, dass nichts, vor allem nichts in der Politik, von Veränderungen unberührt bleiben würde¹, und zum anderen seine Auffassung von der Universalität und der vielseitigen Korrespondenz des Weltgeschehens: „Infolge der Zusammenballung der Macht bei zwei Völkern, infolge des Fortschritts der Technik, insbesondere auch der Kriegstechnik, ziehen sich die politischen Spannungen um den ganzen Erdball mit besonders empfindlichen und kritischen Stellen. Es gibt keine isolierten Herde der Beunruhigung mehr; Erhöhung oder Ermäßigung der Spannung an einem Punkte kann sogar die Möglichkeit geben, an einem anderen Punkte die Spannung zu verschärfen.“² Das implizierte die Dynamik der deutschen Frage, die nicht nur im Verständnis des Bundeskanzlers mit dem Integrationsproblem und ost- westlichen Interaktionen untrennbar und „schicksalhaft“ verbunden blieb. Doch konnten Adenauer und seine Anhänger 1953 keineswegs den Beweis für ihre Behauptung antreten, dass die Wiedervereinigung Deutschlands als erstes Ziel der Politik und Verfassungsgebot nur durch die Verankerung im westlichen Bündnis und mit dessen Hilfe realisiert werden könne.

Wenngleich er verschiedenen innenpolitischen Fragen – etwa der Reform des Wahlrechts und nazistischen Aktivitäten im Umfeld der FDP – viel Zeit und Energie widmete, war sich Adenauer der Priorität der Wiedervereinigung im

Denken und als politisches Motiv der Wähler bewusst. Die Bemühungen um die Verankerung der Bundesrepublik im Westen bedeuteten keineswegs ein Abschreiben des als „Zone“ apostrophierten Ostdeutschlands.³ Es kann kein Zweifel daran sein, dass Adenauer, besorgt um die Lage der 17 Millionen Ostdeutschen, die Wiedervereinigung – natürlich zu den westlichen Bedingungen – wirklich wollte. Doch sah er 1953 dafür überhaupt keine Realisierungschancen. Der Kalte Krieg, erklärte er im Januar 1953, werde „geistig, kulturell, wirtschaftlich und politisch geführt.“ Es ginge nicht um eine Auseinandersetzung „um gewisse Länder oder gewisse Bastionen, um gewisse Stellungen oder um Handel oder etwas derartiges“, sondern um „Weltanschauungskämpfe im eminenten Sinne des Wortes.“⁴ Da er die deutsche Teilung als Produkt des Ost-West-Konfliktes und nicht als innerdeutsches Problem sah, betrachtete er eine globale Entspannung als die Voraussetzung für deren Überwindung. Wenn Adenauer gleichzeitig immer wieder darauf hinwies, dass westliche Entspannungsbemühungen nicht die Freiheit und den Frieden der westlichen Welt gefährden dürften,⁵ setzte er sich bei vielen Zeitgenossen dem Verdacht der Doppelzüngigkeit und Unaufrichtigkeit aus. Er wolle eben nur Entspannung in Worten und blockiere sie durch seine Politik, hieß es eben nicht nur im Osten. Doch spielte Adenauer politisch weder falsch noch log er in der Einheitsfrage. Denn einerseits war er tatsächlich davon überzeugt, dass man der UdSSR nicht zu weit entgegenkommen dürfe, weil sie sozusagen „gesetzmäßig“ aggressiv und expansiv sei: „Dieser Drang, seine Herrschaft immer weiter auszudehnen, beruht auf einer anscheinend aus dem totalitären Staatsgefühl herauswachsenden ungehemmten und ungezügelter Macht- und Herrschsucht, die die Lenker der neueren totalitären Staaten zu einem Streben nach Ausdehnung ihres Machtbereichs zwingt. Dabei spielt zweifellos das Gefühl mit, dass eine diktatorisch regierende Macht für ihre innere Stabilität, für ihre Autorität gegenüber den von ihr beherrschten Völkern eine immer weitere Ausdehnung ihrer Macht benötigt,“⁶ philosophierte er am 16. April 1953 in New York. Deshalb dürfe man sich auch in der Wiedervereinigungsfrage keinen Täuschungen hingeben oder Illusionen erzeugen, vor allem nicht „bei den Deutschen in der Sowjetzone.“⁷ Dabei fehlte es dem Kanzler durchaus nicht an politischer Phantasie und an Visionen, die mit seiner politischen Nüchternheit, seinem Rationalitätsdenken und mit seinem politischen Kalkül manchmal seltsam kontrastierten. So entstand auch in der deutschen Frage eine eigenartige geistige Symbiose, die zwar keinen politischen Lösungsansatz enthielt, der kurzfristig zu realisieren gewesen wäre, aber doch verschiedene Gedanken für eine langfristige Lösung des deutschen Problems. Dazu gehörte u.a. der Glaube Adenauers an die Überlegenheit der westlichen demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung, die auf die

Menschen im kommunistischen Herrschaftsbereich anziehend wirke. Adenauer dachte aber nicht nur linear „magnettheoretisch“. Für ihn würde eine Wiedervereinigung, wann immer sie komme, auch Folge einer inneren Liberalisierung des Sowjetsystems sein. Ein entsprechender Wandel würde aus vorrangig wirtschaftlichen Gründen einsetzen müssen.⁸ Im übrigen brachte ihn nichts von der Überzeugung ab, dass der Freiheitswille der Menschen im kommunistischen Machtbereich auf Dauer nicht zu unterdrücken sei.

Adenauers „kategorischer Imperativ“: Wiedervereinigung durch Westbindung

Auch in diesem Zusammenhang setzte er auf das Konzept der „Politik der Stärke“. Sie reduzierte sich in seinem Denken – auch das ist wichtig für die Beurteilung seiner Haltung zum 17. Juni – nicht auf das Militärische, sondern ging vielmehr von der weiter auszubauenden wirtschaftlichen, politischen und moralischen Überlegenheit des Westens aus. „Wir werden mit Russland verhandeln können, wenn wir geeint und stark sind“, referierte er am 17. April 1953 in Harvard. Dieser Grundsatz der Politik Adenauers, der indirekt immer auch seine politischen Besorgnisse gegenüber spontanen Aufständen artikulierte, verband sich mit einer weiteren durchaus stichhaltigen Erkenntnis: „Die russischen Führer sind [...] Realisten. Sie verstehen die Tatsachen, sobald sie sie erkannt haben. Wir müssen dafür sorgen, dass wir Tatsachen schaffen, die sie erkennen.“⁹

Anfang 1953 konnte Adenauer es als ein Erfolg seiner Politik betrachten, wenn es der UdSSR nicht gelungen war, den Abschluss der beiden Westverträge – des Deutschlandvertrags mit den Westmächten und des Vertrags über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – sowie deren Ratifikation durch den Bundestag zu stoppen. Schwierigkeiten für den Integrationsprozess erwuchsen ihm 1953 tatsächlich weniger seitens der UdSSR als seitens der westlichen Partnerstaaten. Denn hier stand die Ratifikation des EVG-Vertrages noch aus. Das Problem war für Bonn ohne amerikanische Hilfe unlösbar. Adenauer legte sich Anfang 1953 noch einmal definitiv auf die EVG fest; eine „deutsche Nationalarmee“ sei dazu keine Alternative. Scheitere die EVG, so werde das amerikanische Interesse an Europa nachlassen, prophezeite er. Die USA würden sich dann „auf die eine oder andere Weise“ allmählich vom Kontinent zurückziehen. Jedes europäische Zögern, so mahnte er indirekt auch Washington, sei „Wasser auf die Mühlen eines alten oder neuen amerikanischen Isolationismus oder auch einer politischen Konzeption, die der Verteidigung Asiens den Vorzug gibt.“ Nicht von ungefähr verlangte er als aktuelle Aufgabe mehr „Stärke“ in Europa als in anderen Teilen der Welt.¹⁰

Das Problem lag in Frankreich, das aus Angst vor dem ehemaligen deutschen Aggressor ein parlamentarisches Votum über das EVG-Projekt ver-

schleppte. Das Stimmenverhältnis in der Pariser Nationalversammlung blieb unklar, und keine französische Regierung wagte die Herbeiführung einer definitiven Entscheidung. Die Bundesregierung bat die USA wiederholt um amerikanische Unterstützung zur Beschleunigung des Ratifizierungsprozesses in Frankreich, der zunächst im Frühjahr 1953 scheiterte.¹¹ Doch verstärkten die USA im Sommer und Herbst 1953 ihren Druck auf die französische Regierung. Man müsse zwar mit „größter Behutsamkeit“ operieren und dürfe nichts tun, was sie „in eine Verhärtung ihrer Positionen hineintreibe“, meinte der amerikanische politische Strategie George Kennan intern, doch besäßen die USA „wirtschaftliche und politische Druckmittel in genügendem Ausmaß“, um auf Dauer eine „Verschiebung oder gar Aufgabe des Vertragswerkes“ in Frankreich zu verhindern.“¹² Für Frankreich stand sogar die amerikanische Drohung einer Verweigerung der Zahlung von Militärhilfen ins Haus, falls es den Vertrag nicht bis Ende 1953 ratifiziere.¹³ Mochte Adenauer im Verlaufe des Jahres 1953 auch einen gewissen Zweckoptimismus entfachen, so konnte er auf Grund nicht zuletzt des Druckes, den er auf die neue Regierung Eisenhower zur Beeinflussung Frankreichs mit Aussicht auf Erfolg ausübte, durchaus mit einem Sinneswandel in der französischen Politik rechnen. Der EVG- Prozess überlagerte jedoch auch das Problem einer neuen Beratung der Außenminister der Vier Mächte.

Die Frage einer neuen alliierten Deutschlandkonferenz

Adenauer hatte sich bislang gegen eine Deutschlandkonferenz ausgesprochen, weil sie seines Erachtens nur den Integrationsprozess behindere. Gerade nach dem Tode Stalins im März 1953 gab es genügend Stimmen, die dazu rieten, alle politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, bevor die Bundesrepublik definitiv Mitglied eines westlichen Verteidigungsbündnisses werden würde. Eine Reihe französischer Politiker favorisierte 1953 eine Viermächtekonferenz vor allem aus taktischen Gründen: Da sie wahrscheinlich ergebnislos bleiben würde, könnte man argumentieren, der Westen habe auch diese Chance - leider ohne Erfolg - zu nutzen gesucht.

Viel ernster nahm Adenauer den Vorstoß des englischen Premierministers Winston Churchill, der offenbar von einer Kursänderung der sowjetischen Politik nach Stalins Tod ausging. Als der Konservative am 11. Mai 1953 in einer großen Rede im House of Commons mit dem Verweis auf ein legitimes sowjetisches Sicherheitsinteresse eine baldige Gipfelkonferenz der Großmächte vorschlug und dabei „vage Anspielungen“ auf den Locarno-Vertrag von 1925 machte, zeigte sich Adenauer höchst beunruhigt, ja bestürzt,¹⁴ und auch in Washington und Paris artikulierte sich Verblüffung¹⁵ über den in keiner Weise abgesprochenen britischen Vorstoß. Dennoch entstand beim Bundeskanzler und seinen Beratern bei ihrem

Besuch in London Mitte Mai 1953 ein partiell falsches Bild. Zwar entsetzte sich der Kanzlerberater Herbert Blankenhorn über die zerrüttete Gesundheit des alten Premiers: „Wie dieser Mann angesichts seines Körperzustandes das britische Empire leiten kann, ist kaum fassbar“¹⁶ – die deutsche Seite erhielt jedoch die Zusicherung, dass England in der Deutschlandfrage nichts ohne Konsultationen mit Bonn unternehmen würde und weiter zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland „als grundlegendes Ziel der britischen Politik“ stehe. Blankenhorn konstatierte ein dank der „maßvollen“ und „konsequenten“ Politik Adenauers erreichtes „Maß an Übereinstimmung der Auffassungen zwischen den beiden Ländern“, dass man „in der Tat heute schon von einer britisch-deutschen Bündnisgemeinschaft sprechen könnte.“ So sei denn eine allzu einseitige Abhängigkeit von den USA – die selbstverständlich der wichtigste Schutz der Bundesrepublik bleiben werde – vermieden worden.¹⁷ Der milde gestimmte Adenauer wäre entsetzt gewesen, hätte er noch in London erfahren, dass Churchill, wie dessen politische Berater wussten, „durchaus noch an die Möglichkeit eines wiedervereinigten und neutralisierten Deutschlands“ dachte.¹⁸ Doch bald hörte er, was sich in London zusammenbraute. Zwar versuchte Eisenhower den Kanzler zu beruhigen: „Herr Churchill [...] könne so viel Reden halten wie er nur wolle, die amerikanische Politik hinsichtlich Westeuropas werde sich nicht ändern“¹⁹, doch stimmte der Präsident der USA unter dem Einfluss der Briten schließlich einer Konferenz der drei westlichen Staatschefs auf den Bermudas zu. Da Adenauer von diesem exklusiven Treffen zur Abstimmung einer Vier-Mächte-Deutschlandkonferenz ausgeschlossen blieb, erwachte wieder sein altes Misstrauen: Wollten sich die drei Westmächte über seinen Kopf hinweg mit den Sowjets zu Lasten der Bundesrepublik arrangieren? Vielleicht sogar auf der Basis des Potsdamer Abkommens, das wie ein „Alptraum“ auf ihm lastete? Zwar hatte ihm Churchill am 24. Juni 1953 versichert: „Westdeutschland wird in keiner Weise geopfert“²⁰, bald darauf erlitt der kranke Premier überdies einen Schlaganfall, der ihn an möglichen weiteren Alleingängen in Moskauer Richtung hinderte, Adenauers im übrigen weitgehend gegenstandslose, aber tiefsitzende Befürchtung ließen sich jedoch nicht wirklich zerstreuen: Zwei Jahre habe „ein Alpdruck auf mir gelastet“ bekannte er im August 1953, „die Sorge, ja [...] teilweise die Furcht, dass unter den vier Siegermächten eine Einigung erfolgen würde auf unserem Rücken, auf Kosten Deutschlands.“²¹ Und so betrachtete er den in Bonn gerade ratifizierten Deutschlandvertrag nicht etwa nur als eine Bedingung für die Sicherheit vor imperialen Gelüsten Moskaus. „Ohne diesen Deutschlandvertrag“, so erstaunte er seine Zuhörer im Juli, „liefen wir die entsetzliche Gefahr, dass die drei Westalliierten mit Sowjetrußland auf unserem Rücken Politik machten“.²²

Eine Viererkonferenz vor den Bundestagswahlen am 6. September hielt Adenauer für außerordentlich gefährlich. Sollten sich auf ihr auch nur die geringsten Anzeichen eines interalliierten Arrangements in der deutschen Frage und eines Ausgleichs mit der Sowjetunion zeigen, würden viele Wähler gegen seinen Kurs votieren und sich der SPD zuwenden, mutmaßte er. So kam eine Konferenz für ihn vor allem aus wahltaktischen Gründen nicht in Frage. Die eine Verhandlungslösung bevorzugende SPD würde dadurch begünstigt werden.²³ Als sich allerdings die Vorwürfe seitens der Opposition mehrten, Adenauer wolle eine Vier-Mächte-Konferenz verhindern, ergriff der kritisierte Kanzler die Flucht nach vorn und plädierte nun öffentlich dafür. Am 7. Juli folgte er dem Argument seiner außenpolitischen Getreuen Blankenhorn und Walter Hallstein, man käme damit einer diplomatischen Offensive der Sowjets zuvor.²⁴ Tatsächlich gingen in kurzer Folge im August und September 1953 drei sowjetische Noten an die Westmächte ab. Das „Gefährliche“, besonders an der Note vom 4. August sei, so notierte Blankenhorn, dass sie einen Keil zwischen die USA einerseits und England und Frankreich andererseits zu treiben versucht.²⁵ Dennoch wiederholte Adenauer in aller Gelassenheit seine Zustimmung zu einer Viererkonferenz, wobei der gewiefte Taktiker vor allem beabsichtigte, das Treffen der Siegermächte bis nach den für ihn entscheidenden Bundestagswahlen hinauszuzögern. Blankenhorn erarbeitete einen westdeutschen Vorschlag, der die sowjetische Vorstellung von der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems auf eine geschickte Art einbezog. Die EVG wurde darin als „Ausgangspunkt für ein Sicherheitssystem“ bezeichnet, „das die Sicherheitsbedürfnisse aller europäischen Völker, einschließlich des russischen Volkes berücksichtigt.“²⁶ Nach den Bonner Vorstellungen sollten jedoch auf der Deutschlandkonferenz zwei Punkte im Vordergrund stehen: Die Durchführung freier Wahlen und die Konditionen für die Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung.

Die Bundesregierung und der 17. Juni

Die Ereignisse des 16. und 17. Juni 1953 überraschten Adenauer und die Bundesregierung. Das offizielle Bonn war so sehr mit inneren Problemen im Umfeld der Bundestagswahl – vor allem mit der Frage der umstrittenen Fünf-Prozent-Klausel – beschäftigt, dass es wichtige Veränderungen in der DDR, z.B. die Ernennung Wladimir Semjonows zum sowjetischen Hochkommissar und die Einführung des „Neuen Kurses“, erst sehr spät – am 14. Juni – und dann auch noch sehr oberflächlich zur Kenntnis genommen hatte. Auch erste Anzeichen von Unruhen, alarmierende Situationsberichte aus der DDR und ein Ansteigen der Flüchtlingszahlen nahm die Bundesregierung nicht als Indizien für eine mögliche Veränderung der Situation in Ostdeutschland wahr. Wie schon

angeführt, hatte Adenauer, obwohl er immer vom lebendigen Freiheitswillen der Menschen im sowjetischen Machtbereich sprach, auf Grund seiner Erkenntnisse und Informationen über das Ausmaß und die Intensität der Unterdrückung im SED-Bereich mit keinerlei Aufstandsbewegung gerechnet. Da er wusste, dass ein wie auch immer gearteter Versuch zur Abschüttelung der sowjetischen Herrschaft in der DDR nicht nur erfolglos, sondern gegebenenfalls auch blutig enden würde, hatte er in seiner Politik jede Ermunterung der Ostdeutschen zu einem gewaltsamen Aufbegehren gegen die sowjetische Präsenz tunlichst vermieden. Und so wollte Adenauer auch am 17. Juni, wohl wissend, dass er über keinerlei Machtmittel verfügte, nicht noch „Öl ins Feuer gießen“. Wie später, am 13. August 1961, sprach die „Taube“ aus ihm, nicht der „Falke“. So hielt er am Nachmittag des 17. Juni im Bundestag zwar eine Protestrede, beabsichtigte aber keine weiteren Schritte. Inzwischen waren der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, gleichzeitig Vorsitzender der ostdeutschen Exil-CDU, und die Fraktionsvorsitzenden der drei großen Bundestagsparteien, Heinrich von Brentano (CDU/CSU), Erich Ollenhauer (SPD) und August Martin Euler (FDP), zu einer Sondersitzung des Senats nach Berlin gekommen. Sein engerer Beraterkreis drängte Adenauer, diesem Beispiel zu folgen. Noch am 17. Juni winkte ihm von Brentano mit dem „Zaunpfahl“, wenn er schrieb, dass er es für falsch halten würde, wenn man die „politisch bedeutsame Geste“ eines sofortigen Berlin-Besuchs „nur der SPD überlassen“ würde.²⁷ Adenauer lehnte zunächst ab. Er habe „außenpolitische Bedenken“ und müsse einen Termin in Paris wahrnehmen, notierte der Kanzleramtsstaatssekretär Otto Lenz.²⁸ Erst eine Woche nach dem Ereignis ließ sich Adenauer zur Teilnahme am Trauerakt für die Opfer des Volksaufstandes in der DDR vor dem Schöneberger Rathaus bewegen. Seine Rede traf nicht nur die Stimmung der hier versammelten über 100 000 Berliner, sondern das Empfinden der meisten Deutschen. Die Worte, man werde den Aufstand nicht vergessen und nicht ruhen und nicht rasten, bis alle Deutschen wieder in Freiheit leben könnten und „bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit“²⁹, trugen ihm Beifall und Sympathie ein. „In der Welle nationaler Gefühle, die übers Land geht, strömt vieles zusammen: Zorn auf den Polizeiterror, der nun erneut in der Ostzone wütet, ohnmächtige Frustration, ein wenig Angst vor sowjetischer Brutalität, aber auch Hoffnung, dass nun doch manches in Fluss kommen könnte“³⁰.

Der Volksaufstand in der DDR war von der Bundesregierung weder gewünscht noch vorbereitet, provoziert oder unterstützt worden. Doch könnte man sarkastisch sagen, wenn es ihn nicht gegeben hätte, hätte Adenauer ihn erfinden müssen. Denn er trug wesentlich dazu bei, dass der Bundeskanzler die zu Recht als „Adenauerwahl“ bezeichnete Entscheidung vom 9. September

1953 so eindeutig und so zutreffend als Votum für seine Integrations- und Deutschlandpolitik werten konnte. Zum einen entschied sich der Wähler für die freiheitlich-demokratische Ordnung, für die der Kanzler stand, zum anderen sprach er sich gegen die Neutralitäts- und Sicherheitsofferten einer Sowjetunion aus, die gerade gezeigt hatte, was von ihren Friedensbeteuerungen zu halten war und die Panzer gegen den Freiheitswillen der Ostdeutschen auffahren ließ. Konnte ein Beweis für die „sowjetische Gefahr“ deutlicher ausfallen? Adenauers „Politik der Stärke“ erhielt zumindest zeitweilig – 1953 allemal – Volkstümlichkeit. Der alte Politiker geriet durch seinen beinahe verpassten, dann aber überzeugenden, Auftritt in Berlin für viele Menschen, die Einheit und Frieden wollten, zur Leit- und Vaterfigur. Seine Popularitätskurve stieg: Im Juli 1953 übersprang sie die 50-Prozent-Marke.

Für die Konsolidierung der Verhältnisse in der Bundesrepublik ging vom ostdeutschen Volksaufstand insgesamt ein deutlicher Schub aus. Im Besonderen wirkte er innenpolitisch als Katalysator der Westintegration. Für den Kanzler ergab sich aus den Juniereignissen in der DDR vor allem ideologisch und argumentativ ein weiterer Bonus:

Erstens befand sich Adenauer mit dem Hinweis auf den am 17. Juni materialisierten Willen der Ostdeutschen zu Freiheit und Wiedervereinigung auch gegenüber den Westmächten in einer verbesserten Position. Praktisch für die Dauer seiner Ära setzte er die Festschreibung von freien Wahlen und das Postulat der Konstituierung einer gesamtdeutschen Regierung mit innen- und außenpolitischer Handlungsfreiheit im Bündnis endgültig durch. Überdies erhielt seine Kritik, der Westen weiche „ständig vor den Sowjets zurück“ neues Gewicht.³¹ Vor allem von englischen und französischen Vertretern einer „Verständigungspolitik“ war angesichts der Moskauer Sprache der Gewalt eine Korrektur ihres „weichen“ Kurses zu erhoffen.

Zweitens bekam der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch eine weitere Dimension. Hatte man die Verweigerung von offiziellen Kontakten zur DDR bislang mit der fehlenden Legitimation der SED begründet, so argumentierte die Bundesregierung nun stärker moralisch: Die Bevölkerung der Ostzone, so erklärte Adenauer, habe am 17. Juni der SED jedes Vertretungsrecht abgesprochen. Die Bundesregierung vollziehe mit ihrer Gesprächsverweigerung deshalb nichts anderes als das Votum der Ostdeutschen über die „Pankower“. Ein Abgehen vom Alleinvertretungsrecht würde „eine Beleidigung der zahllosen Opfer an Leben und Freiheit“ und „Verrat“ an den Ostdeutschen sein.³² Eine Art „Hallsteindoktrin“ trat bereits jetzt in Kraft.³³

Drittens suggerierte der 17. Juni 1953, dass Verhandlungen mit der derzeitigen UdSSR und eine damit verbundene, von der Opposition geforderte, aktive

Bonner Ostpolitik aussichtslos, ja gefährlich seien. Auch würde man die neuen Freunde Deutschlands in der Welt durch Alleingänge enttäuschen und verprellen.

Viertens wies der 17. Juni deutlich auf das Scheitern des gesellschaftlichen und politischen Modells DDR hin, das von verschiedenen politischen Kräften in beiden deutschen Teilen Deutschlands bislang noch als akzeptable Alternative zur westdeutschen Entwicklung betrachtet wurde. Für viele bislang in ihrem Urteil Schwankende war die DDR nun, was sie war: Eine Diktatur. Und andere im Westen, die zumindest mit den kommunistischen Wiedervereinigungsvorstellungen sympathisiert hatten, verweigerten sich nun dem gemeinsamen deutschen „Tisch“. Tatsächlich erlitt die ostdeutsche Republik, so wie sie 1949 in Umkehrung westlicher Magnetvorstellungen als deutsches Vorbild konzipiert worden war, 1953 ihr eigentliches Desaster auch und vor allem deutschlandpolitisch. Das ursprüngliche „nationale“ Programm der SED, die Einheit Deutschlands durch die Übertragung der „antifaschistisch-demokratischen“ Verhältnisse auf Westdeutschland herzustellen, erwies sich als gescheitert.

Deutschlandpolitik und 17. Juni

Auf die Deutschlandpolitik des Westens nahm der Volksaufstand jedoch langfristig weder konzeptionell noch politisch konkret Einfluss. Adenauer nutzte zunächst den vom Ereignis ausgehenden „Schwung“ für den Versuch einer Dynamisierung der amerikanischen Deutschlandpolitik. Dieses Unterfangen konnte nach Lage der Dinge nur in einem sehr allgemeinen Rahmen bleiben und gestaltete sich in der Tat recht vage. Am 21. Juni 1953 schilderte Adenauer in einem Schreiben an Eisenhower in plastischen und emotionalen Worten den Mut und die Leiden der Bevölkerung in der Ostzone und ging dann sofort zum eigentlichen Anliegen über: „Nichts zeigt besser als der Aufschrei der gequälten Menschen, wie unhaltbar die Zustände in diesem Gebiet in der Mitte Europas sind. Ich darf an Sie [...] den dringenden Appell richten [...] alles in Ihren Kräften Stehende zu tun, dass diese Zustände beseitigt, die verletzten Menschenrechte wiederhergestellt und dem ganzen deutschen Volk die Einheit und Freiheit wiedergegeben werden, die allein eine dauerhafte friedliche Entwicklung in Europa verbürgen.“³⁴ Freilich durfte Adenauer von diesem Aufruf nichts anderes erwarten als eine Bestätigung der moralisch-politischen Pflicht der USA zur Wiedervereinigung „in Frieden und Freiheit“. Doch trug der Brief sicherlich nicht zur Behebung der Verunsicherung bei, die in der Washingtoner Administration durch den 17. Juni deutschlandpolitisch entstanden war. Adenauer erfuhr durch seine Diplomaten, dass die Regierung der USA nicht wüsste, „was sie mit der durch die Revolte in der Ostzone geschaffene Situation anfangen soll“ und

„völlig ratlos“ zu sein schien, „wie sie in der deutschen Frage weiter prozedieren soll“³⁵.“ Verschiedene gemeinsame westdeutsch-amerikanische Aktionen – so etwa die genannte Lebensmittelspende für die ostdeutsche Bevölkerung – Erklärungen und Manifestationen waren gut gemeint, aber am Ende politisch wenig hilfreich. Im Gegenteil: Sie verschärften den Kalten Krieg zumindest zeitweilig. Das deutsche Problem nahm ab 1953 stärker den Charakter einer Langzeitaufgabe an. „Der wachsende Kontrast zwischen West- und Ostdeutschland, letzteres mit seinem bankrottem Regime und seiner verarmten Wirtschaft“, so schrieb Eisenhower am 25. Juli 1953 an Adenauer, „wird auf die Dauer Bedingungen schaffen, die die Liquidierung der gegenwärtigen kommunistischen Diktatur und der sowjetischen Besetzung ermöglichen müßten“³⁶. Das war zwar vage, aber nicht falsch und entsprach der Liberations-Politik. Man setzte auf die, wie es Eisenhower prosaisch formulierte, „Anziehungskraft dieses blühenden Westdeutschland“, also schlicht auf die „Magnettheorie“.

Wenngleich der 17. Juni Adenauer Anlass zu der Behauptung gab, in einer freien Wahl in der „Sowjetzone“ würde die CDU, nicht die SPD, siegen, brachte der Volksaufstand weder die Bundesregierung noch die Westmächte in der deutschen Frage strategisch voran. Adenauer hatte von den Folgen des 17. Juni 1953 erheblich, aber nur kurzfristig profitiert. Der deutsche „Sonderkonflikt“ verschlimmerte sich, und die Bundesregierung sah sich mit immer neuen Konsequenzen aus dem Volksaufstand konfrontiert. Zunächst wollte sie die auch von den Westmächten befürchteten neuen Unruhen in Ostberlin verhindern und in dieser Absicht Einfluss auf Westberliner Gewerkschaften und andere „Unbesonnene“ nehmen. Deshalb, aber auch, weil sie von einer hinreichenden Stabilisierung der Position Adenauers ausgingen, stellten die USA ihre erheblichen Geheimdienstzahlungen für Demokratie-, Europa- und Antikommunistenbewegung ein und die „entsprechenden Agenturen“ kurzfristig ab. Adenauer war das eigentlich nur recht, wollte er die Sowjets doch nicht über Gebühr reizen. Viel mehr beunruhigte ihn die ansteigende Fluchtbewegung von Ostdeutschen in den Westen. Er war nicht Antikommunist genug, um sich über den der SED damit zugefügten Schaden freuen zu können. Auch in dieser Frage dachte er gesamtdeutsch und patriotisch. Deshalb versuchte der Bundeskanzler einer Entvölkerung „Mitteldeutschlands“ vorsichtig entgegenzuwirken. An eine restriktivere Handhabung der „Anerkennung“ als politischer Flüchtling wurde zumindest gedacht. Auf das Thema angesprochen, meinte Adenauer, „einmal eine ernste Wahrheit“ aussprechen zu müssen: „Ein Deutscher der Sowjetzone, der nicht unmittelbar an Leib und Seele bedroht ist, leistet Deutschland, leistet dem ganzen Westen den besten Dienst, wenn er bleibt, wo er ist.“ So blieb der Volksaufstand und seine mannigfaltigen Folgen für den Bundeskanzler und sei-

ne Deutschlandpolitik in vielem ambivalent. Der 17. Juni unterstrich den eigenartigen Schwebезustand, der sich aus dem erreichten Niveau der Blockkonfrontation ergab. Der Kalte Krieg verbot extrem risikoreiche Lösungsansätze, verhinderte aber gleichzeitig die Entwicklung einer Alternative zur Konfrontation. So trug der 17. Juni insgesamt letztlich zur Passivität der Bonner Deutschlandpolitik in den folgenden Jahren bei.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. A. Poppinga, Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis, Stuttgart 1975, S. 110-118, hier besonders S. 110.
- ² Rede Adenauers vor dem Council on Foreign Relations in New York, 16. 4. 1953, in: Stiftung Bundeskanzler Adenauer- Haus (StBKAH), Jg. 1953, Bd. II, S. 8
- ³ Vgl. H. Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1994, S. 768.
- ⁴ Rede Adenauers anlässlich der Eröffnung des „Deutschen Presseklubs“ in Bonn, 12.1.1953, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 9, 15.1.1953.
- ⁵ Vgl. Interview Adenauers durch AP, in: ebenda, Nr. 62, 1.4.1953.
- ⁶ Rede Adenauers vor dem Council on Foreign Relations in New York, 16.4.1953, Abschrift in: StBKAH, Jg. 1953, Bd. II., S. 7.
- ⁷ Rundfunkgespräch E. Friedländers mit Adenauer, Nordwestdeutscher Rundfunk, 30.1.1953, in: ebd., Jg. 1953, Bd. I.
- ⁸ Im März 1953 meinte er, „dass in immer stärkerem Maße in Sowjetrußland die Schicht der leitenden Wirtschaftsleute an Bedeutung zunimmt, weil auf Dauer die Niederhaltung der Konsumgüterproduktion auch für die unter Diktatur stehende sowjetrussische Bevölkerung nicht tragbar ist.“ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 22. Sitzung vom 19. 3. 1953, Bd. 15, S. 12306.
- ⁹ Rede Adenauers in der Harvard University, 17. 4. 1953, Abschrift, in: StBKAH, Jg. 1953, Bd. II, S. 3.
- ¹⁰ Rundfunkgespräch Friedländers [NWDR] mit Adenauer, 30. 1. 1953, in: ebd., NL 351/18a, Bl. 123.
- ¹¹ Vgl. Telegramm Blankenhorns und Krekelers an das Auswärtige Amt, 28. 3. 1953, in: ebd., Bl. 169f.
- ¹² Aufzeichnung eines Gesprächs von Kennan mit Hallstein und Blankenhorn, 30. 10. 1953, in: ebd., NL 351/14b, Bl. 172.
- ¹³ Information über die EVG-Debatte im französischen Senat am 27. und 28. 10. 1953, 30. 10. 1953, in: PA Bonn, Abt. 2, 221-76II, Bd. 838.
- ¹⁴ Vgl. Aufzeichnung Blankenhorns, 11.5.1953, in: BA Koblenz, NL 351/19b, Bl. 52.
- ¹⁵ Vgl. Schwarz, H.-P., Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S. 72.
- ¹⁶ Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen Adenauer und Churchill, 15. 5. 1953, in: BA Koblenz, NL 351/19b, Bl. 209.
- ¹⁷ Notiz Blankenhorns, 16. 5. 1953, in: ebd., Bl. 237.
- ¹⁸ Ebd., S. 73.
- ¹⁹ Geheimes Telegramm Blankenhorns und Krekelers an das Auswärtige Amt in Bonn, 4. oder 5. 6. 1953, in: BA Koblenz, NL 351/20a, Bl. 26.
- ²⁰ Schreiben Churchills an Adenauer [Übersetzung], 24. 6. 1953, in: ebd., NL 351/21, Bl. 88.
- ²¹ Rede Adenauers vor der CDU in Wuppertal-Barmen, 25. 8. 1953, in: StBKAH, Jg. 1953, Bd. III, S. 25.
- ²² Rede Adenauers in der Dortmunder Westfalenhalle, 26. 7. 1953, in: ebd., Bd. II, S. 9.
- ²³ Sollten „die Führer der deutschen Sozialdemokratie“, fragte er am 5. Juli polemisch in Köln, „so töricht sein, dass sie glauben könnten, dieses Deutschland würde, wenn es nicht für den Westen optiere, das Zünglein an der Waage werden können? Meine lieben Freunde, das wäre der größte Blödsinn, den überhaupt jemand denken könnte; denn wenn diese beiden Blocks einmal gegeneinander antreten, oder auch, solange sie so gegeneinander stehen wie jetzt, wird keiner dem anderen dieses Deutschland gönnen. Und wenn sie aufeinanderprallen, dann wird Deutschland ein zweites Korea werden, dann wird ein erbarmungsloser Krieg über Deutschland hin- und hergehen.“ Rede Adenauers auf einer Kundgebung des katholischen Männerwerkes von Köln, 5. 7. 1953, in: StBKAH, Jg. 1953, Bd. II, S. 8.
- ²⁴ Vgl. Köhler, S. 813.
- ²⁵ In ihrem Tenor komme sie englischen Wünschen stark entgegen, „sowohl den Labourkreisen als auch Churchill, der eine Aussprache über Entspannung ohne feste Tagesordnung als das Ziel einer Viererkonferenz proklamiere“. Aber auch in Frankreich gebe es Kräfte, „die sich für eine positive Wertung der sowjetischen Note aussprechen werden.“ Notiz Blankenhorns, 5. 8. 1953, in: BA Koblenz, NL 351/23.
- ²⁶ Schwarz, S. 87.
- ²⁷ Schreiben von Brentanos an Adenauer, 17. 6. 1953, in: BA Koblenz, NL 239/162, Bl. 161.
- ²⁸ Vgl. Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953, bearb. v. K. Gotto u. a., Düsseldorf, S. 652.

- ²⁹ Zitiert nach Schwarz, S. 84.
- ³⁰ Ebd.
- ³¹ Aufzeichnung des Gesprächs Adenauers mit dem amerikanischen Hohen Kommissar Conant, 31. 8. 1953, in: BA Koblenz, NL 351/23, Bl. 526f.
- ³² Erklärung Adenauers: „Meine lieben Landsleute in Ostberlin und in der Sowjetzone“, 4. 9. 1953, RIAS Berlin, 22.15 Uhr, in: StBKAH, Jg. 1953, Nr. IV, S. 2.
- ³³ STS Hallstein beobachtete verstärkte örtliche Versuche „auf zunächst unauffälligem Wege der sogenannten DDR in den Ländern der Freien Welt und auch im Bundesgebiet selbst zur staatlichen Anerkennung zu verhelfen.“ Diese Entwicklung sei „auch in geringsten Anfängen mit großer Aufmerksamkeit zu beobachten und mir jeweils, besonders in Zweifelsfällen, Bericht zu erstatten.“ Anweisung Hallsteins für das Auswärtige Amt und die deutschen Missionen im Ausland, 28. 12. 1953, in: PA Bonn, Abt. 2, 202-03, Nr. 211, Bl. 286.
- ³⁵ Schreiben Adenauers an Eisenhower, 21. 6. 1953, in: Adenauer. Briefe 1951-1953, bearbeitet v. H. P. Mensing, Berlin 1987, S. 391 [Adenauer, Rhöndorfer Ausgabe, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, hg. von R. Morsey und H.-P. Schwarz].
- ³⁶ Rede Adenauers in seinem (Kölner) Wahlkreis, 20. 8. 1953, in: StBKAH, Jg. 1953, Bd. III, S. 7.
- ³⁷ Vgl. Telegramm Blankenhorns aus Washington an das Auswärtige Amt, 17. 7. 1953, in: ebd., NL 351/22, Bl. 127.
- ³⁸ Schreiben Eisenhowers an Adenauer, 25. 7. 1953, in: ebd., Bl. 21.
- ³⁹ Aufzeichnung Blankenhorns, „dem BK mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.“, 24. 7. 1953, in: ebd., NL 351/20b, Bl. 93.
- ⁴⁰ Körner, K., Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda: Dr. Eberhard Taubert, in: A. Sywottek (Hg.), Der Kalte Krieg - Vorspiel zum Frieden?, Hamburg 1994, S. 64 [Jahrbuch für historische Friedensforschung 2/1993]
- ⁴¹ Vgl. Köhler, S. 771.
- ⁴² Rundfunkgespräch E. Friedländers mit Adenauer, 30. 1. 1953, NWDR, in: BA Koblenz, NL 351/18a, Bl. 125.

Warum rebellieren Menschen?

Hinweise zur Vorgeschichte des 17. Juni 1953

Die Leidensfähigkeit der Menschen scheint weitaus größer zu sein als ihre Bereitschaft oder Fähigkeit, gegen Ungerechtigkeit und Leid zu rebellieren - jedenfalls, soweit es um Rebellion in gemeinsamen Aktionen geht. Dass Menschen kollektiv rebellieren, den Aufstand wagen, ist eher selten.

Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete im Juni 2003 im Wirtschaftsteil über die Bedingungen, unter denen heute in Vietnam und anderen Ländern der Dritten Welt Turnschuhe für PUMA, ADIDAS und andere Weltfirmen hergestellt werden. Dem Bericht nach erhalten die dortigen Fabrikanten pro Paar ca. 50 Cent, während die Schuhe für ca. 50 Euro und mehr verkauft werden. Man wagt da kaum noch zu fragen, was die Näherinnen in Vietnam oder Burma verdienen, die die Schuhe zusammenkleben und -nähen. Es muss zwar offensichtlich ausreichen, um nicht zu verhungern, denn es wäre unökonomisch, alle 14 Tage neue Leute an den Maschinen anzulernen, weil die Belegschaft zuvor an Entkräftung gestorben ist – aber warum rebellieren die Menschen nicht angesichts dieser unglaublichen Ausbeutung?

„Why man rebel?“ – also „Warum rebellieren Menschen?“ war Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ein großes Thema in den amerikanischen Sozialwissenschaften und der Titel eines 1970 erschienenen Buches von Ted Robert Gurr.¹ Gurr wollte nicht den 17. Juni 1953 in der DDR erklären. Vielmehr hatte die US-amerikanische Regierung Ende der 60er Jahre Millionen über Millionen Dollar an Forschungsgeldern zur Verfügung gestellt, weil man wissen wollte, wieso die Farbigen in den amerikanischen Ghettos plötzlich den Aufstand gegen Lebensbedingungen führten, die sie über ein Jahrhundert und mehr weitgehend widerstandslos hingenommen hatten. Man mag über Gurr's Erklärungen streiten – doch seine Fragestellung ist interessant und richtig. Es müssen offenbar jeweils bestimmte Bedingungen sich zusammenfügen, bis Menschen gemeinsam gegen unerträgliche Lebensbedingungen kämpfen. Not, Elend und Unterdrückung allein sind jedenfalls keine ausreichenden Bedingungen, um Menschen zur kollektiven Rebellion zu bewegen.

Im Juni 1953 gab es in der DDR eine solche historische Situation. Was trieb Menschen in Brandenburg und Calbe, in Potsdam und Berlin, in Jessen/Elster oder Genthin dazu, in den Tagen um den 17. Juni zu streiken und zu demonstrieren? Was veranlasste sie, Gefängnisse zu stürmen; in Gebäude der SED und des FDGB einzudringen und die Einrichtungen zu zertrümmern? Was motivierte sie, SED-Funktionäre, Richter und Staatsanwälte zu verprügeln? Warum wurden an vielen Orten gerade die Läden der „HO“ geplündert – und nicht die von Privateigentümern? Warum wurden in Ost-Berlin die Baracken des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs an den Sektorengrenzen angezündet? War es purer, zielloser Vandalismus – oder geben diese Angriffsziele bereits Hinweise auf die Ursachen des Volksaufstands?

Darum geht es hier – um die Vorgeschichte des 17. Juni. Ich will sie beginnen lassen mit der 2. Parteikonferenz der SED, die am 9. Juli 1952 eröffnet wurde, und ich werde enden mit dem am 10. Juni 1953 über den DDR-Rundfunk verkündeten „Neuen Kurs“. In keiner Phase zuvor – und auch in keiner der folgenden Phasen mehr – führte die SED in solcher Härte und sozialen Breite ihren kalten Krieg nahezu gegen die gesamte Gesellschaft – ein sozialer Krieg, auf den die maßlos gepeinigete Bevölkerung der DDR am 17. Juni mit ihrem spontanen Aufstand reagierte.

Die Politik der SED nach der 2. Parteikonferenz im Juli 1952²

Etwa 4.000 Delegierte und Gäste jubelten und klatschten frenetisch, als Walter Ulbricht am Nachmittag des 9. Juli in der Ost-Berliner Werner-Seelenbinder-Halle den Aufbau des Sozialismus als Tagesaufgabe verkündete und dies als Vollstreckung des Willens der Volksmassen ausgab. Im Protokoll liest es sich so: „Sechstens: Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe der DDR geworden ist. [...]“

Siebtens: Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht.³⁴

Damit war die Aufgabe gestellt, waren die Mittel definiert. Es galt, mit Hilfe der überragenden Organisations- und Repressionsfähigkeit des modernen Staates, begleitet von einer ideologischen Mobilisierung der Massen in immer neuen Kampagnen, gestützt auf die Kader der Partei und schließlich flankiert durch eine Atmosphäre des Terrors, Anschluss zu finden an die Entwicklung in den anderen Volksdemokratien.

Wie bekannt, war erst am Tage zuvor die Zustimmung des Politbüros der KPdSU eingetroffen, dem eine Woche zuvor in Form eines Briefes des Politbü-

ros der SED an Stalin der Entwurf von Ulbrichts Hauptreferat für die Parteikonferenz zugeleitet worden war⁴. Grundlinien der kommenden Politik waren allerdings bereits beim Moskau-Besuch einer SED-Delegation im April 1952 mit Stalin besprochen worden, darunter der von Wilhelm Pieck notierte Auftrag „Volksarmee schaffen – ohne Geschrei – Pazifistische Periode ist vorbei“⁵. Eine neue Werbekampagne für die Kasernierte Volkspolizei war bereits kurz zuvor, im März 1952, eingeleitet worden⁶. Angesprochen wurde in Moskau auch die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Allerdings gab Stalin zu diesem Zeitpunkt noch den Rat mit auf den Weg, „daß es auch jetzt nicht nötig ist, lauthals vom Sozialismus zu reden“⁷.

Seit der 2. Parteikonferenz ging es nun lauthals her, sowohl was „die Schaffung bäuerlicher Produktionsgenossenschaften auf der Grundlage der völligen Freiwilligkeit“ betrifft als auch die Verkündung des Endes der pazifistischen Periode, u.a. ausgedrückt in dem Lied „Heimat, dich werden wir schützen“ des Poeten Armin Müller, den Delegierten und Gästen dieser Konferenz von einem FDJ-Chor vorgetragen.

*„Heimat, in sonnigem Kleide, droht dir verrufene Hand,
hüll dich in stählerne Seide, webe aus Erz dein Gewand!
Jugend voll Kühnheit geladen, stark ist dein Herzschlag und warm.
Greift zum Gewehr, Kameraden!
Herz, trommle zornig Alarm!“*

Kaum waren die Teilnehmer der 2. Parteikonferenz abgereist, wurden die dort mitgeteilten Beschlüsse umgesetzt.

Nach der Auflösung der Länder nutzte das Ministerium der Justiz als nun einzige Einstellungsbehörde die Gelegenheit, zum 1. September 1952 weitere 104 Richter durch Verzicht auf deren formelle Neueinstellung zu entlassen, „also de facto fast 10 Prozent der gesamten Richterschaft“. Auf Ebene der Bezirksgerichte (BG) hatte die Partei ihre personalpolitische Vorherrschaft zu 100 Prozent gesichert – alle 14 BG-Direktoren waren SED-Mitglieder. Sie kamen -- bis auf den Direktor des BG Dresden – zudem alle aus den Volksrichterlehrgängen⁹.

Am 2. Oktober 1952 akklamierte die Volkskammer mehreren neuen Justizgesetzen – darunter einem neuen Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), in dem nun im § 2 völlig unmaskiert deklariert wurde: „Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Aufbau des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden.“¹⁰ Die am selben Tag verabschiedete Strafprozessordnung (StPO)¹¹ hebelte mit § 14 faktisch das Prinzip des „gesetzlichen Richters“ aus – eine Regelung, die später auch in die StPO des Jahres 1968 übernommen wurde. Der Paragraph besagte: „(3) örtlich zu-

ständig ist auch das Gericht, in dessen Bereich der Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist.“

Hier hatte man sich, wie bereits beim JGG, am Verfahrensrecht der nationalsozialistischen Diktatur orientiert; die Nazis hatten 1935 eine entsprechende Regelung in die StPO aufgenommen. Diese Norm bot dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) die vielfach genutzte Möglichkeit, sich zum jeweiligen Zeitpunkt als besonders zuverlässig eingeschätzte Gerichte bzw. Richter für das angestrebte Urteil auszuwählen, indem Beschuldigte unabhängig vom ansonsten den Gerichtsstand begründenden Tatort in MfS-eigenen U-Haftanstalten untergebracht wurden, für die eine besonders zuverlässige IA-Strafkammer zuständig war. Genutzt wurde diese Regelung z. B. anlässlich der „Aktion Rose“ an der Ostseeküste im Frühjahr 1953.

Für die unmittelbare Justizpraxis nach der 2. Parteikonferenz ungleich wichtiger war ein weiteres Gesetz, dem die Volkskammer am 2. Oktober 1952 zustimmte – das „Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums (VESchG)¹²“ Es sollte als „Hebel zur Förderung der Arbeits- und Staatsdisziplin“ dienen. Der Grundtatbestand (§ 1) besagte:

„Diebstahl, Unterschlagung oder ein sonstiges Beiseiteschaffen von staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum oder von Eigentum gesellschaftlicher Organisationen werden mit Zuchthaus von einem bis fünf Jahren bestraft.“

In Betriebsversammlungen und auf Lohnzetteln „popularisiert“, hatte dieses Gesetz einen deutlich erziehungsdiktatorischen Charakter und diente dazu, mit terroristischer Gewalt der Bevölkerung – und wie sich alsbald zeigte, vor allem den Arbeitern – eine neue, sozialistische Eigentumsmoral beizubringen. Über die Erfolge im ersten Halbjahr nach Inkrafttreten des VESchG gab Generalstaatsanwalt Melsheimer im Mai 1953 Auskunft¹³: Demnach wurden zwischen Oktober 1952 und März 1953 verurteilt:

„Oktober	218	Verfahren mit	283	Personen
November	506	Verfahren mit	745	Personen
Dezember	966	Verfahren mit	1.391	Personen
Januar '53	1.344	Verfahren mit	1.900	Personen
Februar '53	1.593	Verfahren mit	2.303	Personen
März '53	2.391	Verfahren mit	3.572	Personen“
Insgesamt:			10.194	Personen

Nach Intervention der Rechtsabteilung der Sowjetischen Kontrollkommission schaltete der Justizapparat im April 1953 um. Die Bezirksstaatsanwälte erhielten per Rundverfügung¹⁴ die Anweisung, Verfahren nach dem VESchG bei Geringfügigkeit einzustellen. So extrem harte Urteile wie das folgende, das hier beispielhaft für unzählige andere Verurteilungen steht, die plötzlich intern kriti-

sirt wurden, sollten fortan ausgeschlossen werden: „Vom Kreisstaatsanwalt Rosslau wurden 2 Arbeiter auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums angeklagt, weil sie aus einem offenen Eisenbahnwaggon je eine Weintraube (Rebe) entwendeten. – Urteil am 26.1.1953 1 Jahr Zuchthaus.“¹⁵ Nicht nur die Anstrengungen zur personellen Verstärkung der nationalen Streitkräfte, auch die Justizpraxis entzog der Volkswirtschaft in ungeplanter Dimension wertvolle Arbeitskräfte.

Die beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft

Als Ergebnis der Bodenreform gab es 1950 auf dem Gebiet der DDR nahezu 889.000 landwirtschaftliche Betriebe, davon ca. 95 Prozent in privater Hand. Bis 1950 hatte sich die landwirtschaftliche Produktion so weit konsolidiert, dass in den wichtigsten Produktionsbereichen das Vorkriegsniveau erreicht worden war. Dies war in erster Linie ein Ergebnis von Leistungssteigerungen bei den Mittel- und Großbauern, während die kleinen Landwirte und Neubauern Probleme hatten und insbesondere Neubauern überproportional Höfe aufgaben¹⁶. Unter dem Gesichtspunkt von Produktionssteigerungen gab es keinen Anlass, nach der Bodenreform erneut die ländliche Sozialstruktur mit politischen Mitteln zu ändern. Doch waren neben dem gewerblichen Mittelstand die Landwirte die zweite große Gruppe selbständiger Produzenten, die bis zum Sommer 1952 noch nicht auf den sozialistischen Weg gebracht worden waren. Den Kampf gegen die starke soziale Stellung leistungsstarker Großbauern im Dorfe hatte die SED bereits früher, spätestens seit der 1. Parteikonferenz im Januar 1949, eingeleitet.

Seit der 2. Parteikonferenz ging es nicht mehr nur um die soziale Liquidierung der Großbauern, sondern um die Kollektivierung der Klein- und Mittelbauern vor dem Hintergrund massiver Versorgungsprobleme mit Grundnahrungsmitteln. Während einerseits die LPG-Bildung seit der 2. Parteikonferenz mit einem umfangreichen Katalog von Maßnahmen „über die Vergünstigungen für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ befördert wurde, wurde andererseits der sozialen Liquidierung der Großbauern, deren Beitritt in die LPG nicht vorgesehen war, kräftig mit administrativen und justiziellen Mitteln nachgeholfen. Klein- und Mittelbauern sollten zu sozialistischen Bauern umerzogen werden. Für Großbauern wurde keine Option eröffnet – die Politik zielte auf ihre Vernichtung als soziale Schicht, begründet mit dem Vorwurf der Sabotage.

Ende September 1952 schrieb Fritz Lange, Chef der in Enteignungskampagnen höchst erfahrenen Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK), an den Leiter der Bezirksinspektion der ZKSK Frankfurt/Oder¹⁷:

„Man soll in erster Linie mit sabotierenden Großbauern dort anfangen, wo sich bereits Produktionsgenossenschaften befinden. Wenn das Gericht gegenüber

solchen sabotierenden Großbauern Vermögenseinziehungen beschließt, kann das Land und das Inventar einer Produktionsgenossenschaft zugeteilt werden.“

Dahinter stand ein reales Problem: die wachsende Zahl der von ihren Eigentümern respektive Nutzern verlassenen landwirtschaftlichen Betriebe. Zunehmend war es zum Problem geworden, für deren Bewirtschaftung eine Lösung zu finden. Das Ergebnis waren eine ständig ansteigende Fluchtwelle von Bauern sowie die kontinuierliche Zunahme der Zahl von Bauern in den Haftanstalten. Mochte auch die Flucht von Großbauern gern in Kauf genommen werden – dass auch die besonders umworbenen Neu- und Kleinbauern in erheblichem Umfang flohen, war kaum eingeplant. Zur Flucht von Bauern finden sich im Berichtswesen folgende Angaben:

Flucht von Bauern 1952/53¹⁸

Quartal/Monat	insg.	Großbauern	Mittelbauern	Kleinbauern	Neubauern
1. Quartal 1952	455				
2. Quartal 1952	573				
3. Quartal 1952	1.013				
4. Quartal 1952	1.981				
September 1952	424	106	127	105	86
Oktober	526	247	102	91	86
November	643	295	96	101	151
Dezember	737	300	120	108	209
Jan. 1953	1.089	514	175	193	207
Feb.	1.955	1.053	305	272	325
März	2.641	1.463	421	372	385
April	1.945	1.055	324	303	263
Mai	1.408	727	257	251	173
Juni	2.038	1.061	393	333	251
Juli	281	89	73	52	67

Insgesamt schuf dieser Entzug landwirtschaftlicher Arbeitskräfte weitere Versorgungsprobleme, da mit der Flucht und Verhaftung auch unbestellte oder nicht abgeerntete landwirtschaftliche Flächen zunahmen. Denn es flohen ja nicht nur die Besitzer der Höfe, sondern mit ihnen auch die mitarbeitenden Familienangehörigen.

Für die Großbauern, in den Akten auch gern als „Kulaken“ bezeichnet, blieb als Angebot: „Wenn Grossbauern den Kreisräten ihren Besitz anbieten, so ist dieser anzunehmen. Nur in besonderen Fällen ist, wenn der Wunsch geäußert wird, 6 ha Boden durchschnittlicher Qualität zu behalten, diesem Wunsch nachzukommen, wenn der betreffende Grossbauer kein republikfeindliches Element ist.“¹⁹

Die Liquidierung des privaten Großhandels und Transportgewerbes

Ganz nach sowjetischem Vorbild wurden die massiven Versorgungsprobleme, die durch den verstärkten Rüstungs- und Militarisierungskurs der SED sowie durch die Kollektivierung und die Bemühungen um die soziale Liquidierung der Mittelschichten ausgelöst wurden, der Bevölkerung als Ergebnis sich steigernder Sabotagetätigkeit des Klassenfeindes präsentiert. Presse und Justiz oblag es, durch die Lieferung entsprechender Szenarien die Bevölkerung von dieser Erklärung zu überzeugen. Ins Zentrum der Erklärung für Versorgungsprobleme geriet neben den Großbauern der privatkapitalistische – aber auch der staatliche – Großhandel. Denn auf der Suche nach Sündenböcken für die wachsenden wirtschaftlichen Probleme reichte es bei einer Volkswirtschaft, in der nach Angaben Walter Ulbrichts im Jahre 1952 bereits ca. 78,1 Prozent der gesamten industriellen Bruttoproduktion von volkseigenen Betrieben erwirtschaftet wurde²⁰, offenbar nicht mehr aus, nur den privaten Sektor verantwortlich zu machen.

Auch hier orientierte man sich am sowjetischen Vorbild. Fritz Lange, bereits mehrfach erwähnt, bezog sich bei den von ihm gesteuerten Kampagnen explizit auf das so genannte Ramsin-Verfahren, auch als Prozess gegen die „Industrie-Partei“ bekannt. Dieses Verfahren wurde 1930 in der Sowjetunion geführt und löste eine ganze Welle von Prozessen mit ähnlichen Vorwürfen aus. Die Prozesse galten alten Wirtschaftsfachleuten, Technikern und Wissenschaftlern in der staatlichen Industrie, denen der Vorwurf gemacht wurde, die ökonomische Entwicklung sabotiert und mit Unterstützung westlicher Mächte einen Umsturz in der Sowjetunion geplant zu haben²¹.

Prominentestes Opfer der Kampagne in der DDR wurde der LDPD-Politiker Dr. Karl Hamann, Minister für Handel und Versorgung, der zusammen mit anderen Mitarbeitern unter dem Vorwurf der „bewussten desorganisierenden Tätigkeit der Leitung des Ministeriums für Handel und Versorgung“ verhaftet wurde²². In der Presse wuchsen die Berichte über Sabotageprozesse, die Schädlinge im Handel betrafen; mit Schauprozessen in den Betrieben sollte die Bevölkerung davon überzeugt werden, dass die u.a. vom Ministerpräsidenten Grotewohl eingestandenen Versorgungsprobleme²³ Folge sabotierender Eingriffe von Großbauern²⁴, privaten Großhändlern²⁵, Funktionären der staatlichen Handelsorganisationen²⁶ und Mitarbeitern aus der Leitungsebene volkseigener Betriebe seien. Bereits im Juli 1952 verurteilte das Oberste Gericht unter Vorsitz Hilde Benjamins sieben leitende Mitarbeiter und Ingenieure des Martin-Hoop-Werkes, eines Steinkohleschachtes im Zwickauer Revier. Der Vorwurf hieß Sabotage, nachdem infolge eines Grubenbrands 48 Bergleute zu Tode gekommen waren²⁷.

In der Literatur bisher kaum angesprochen ist die am 2. Dezember 1952 durch den Befehl 149/52 der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei praktisch

umgesetzte Kampagne zur Liquidierung des privaten Großhandels und Transportgewerbes²⁸. Zuvor war bereits im Kommuniqué der 10. ZK-Tagung vom 22. November 1952 vermeldet worden, dass die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus „die Entwicklung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels sowie den Kampf gegen jede Spekulation und Sabotage“ erfordere²⁹. Ein ausgefeilter Beschluss des Politbüros zur Liquidierung des Großhandels findet sich im Protokoll vom 20. Januar 1953³⁰. Es wird Bezug genommen auf eine „Auswertung der Erfahrungen der Studiendelegation, die in der Sowjetunion war“, und u.a. angewiesen: „Erforderlich ist ferner, schrittweise die Belieferung des privaten Großhandels einzustellen. Dabei sind folgende Methoden zur Anwendung zu bringen: Die Eintreibung der Steuerrückstände, verstärkte Maßnahmen der staatlichen Organe gegen Schieber und Saboteure und Aufkaufen von Einrichtungen.“

Wie die Akten zeigen, wurde die Sowjetische Kontrollkommission über die Erfolge dieser Kampagne laufend informiert. War ursprünglich vorgesehen, innerhalb von drei Monaten den gesamten privaten Großhandel zu liquidieren³¹, so war die Aktion angesichts der Vielzahl privater Betriebe und der Weisung, den Betriebsinhabern Verbrechen nachzuweisen, die die Enteignung begründen sollten, noch im vollen Gang, als der „Neue Kurs“ zu ihrem plötzlichen Ende führte. Denn auch ein Vorgehen nach der Devise „Wenn wir nichts finden, sollen wir ihnen etwas unterschieben“, wie sie der Leiter der Kriminalpolizei beim VP-Kreisamt Merseburg formulierte, erforderte einigen Aufwand³². Über den Umfang der Aktion gegen den Großhandel und davon betroffene Branchen geben folgende Tabellen Auskunft.

Überprüfte Betriebe und Strafverfahren³³:

Gesamtzahl der Betriebe:	13.286
Überprüfte Betriebe	3.091
Eingeleitete Verfahren	2.103
Festnahmen	1.677
Festgenommene Personen	2.295
Gesamtzahl der in diesen	
Betrieben Beschäftigten	36.164
Abverfügungen an den Staatsanwalt	1.750
Abgeurteilte Verfahren	607
Beschlagnahmte Vermögen	335.364.348,- DM
Aufgliederung nach Branchen, gemeldete Unternehmen, davon überprüft, eingeleitete Verfahren ³⁴ :	

Branche	Gemeldete Betriebe	Überprüfte Betriebe	Eingeleitete Verfahren
Lebensmittel	826	328	193
Gemüse	414	112	58
Vieh	32	13	12
Fisch	55	20	11
Getreide	116	28	18
Genussmittel	797	186	124
Industriewaren	1.957	176	113
Baustoff	341	89	69
Pharmazie	583	57	39
Holz	386	94	61
Papier	735	41	24
Getreide/Ölmühlen	789	262	156
Speditions-/Führunternehmen	2.904	773	564
Großtankstellen	85	13	12
Eisenwaren	344	84	56
Brauereien	94	51	33
Kohlen	208	86	53
Mineralöl	71	14	9
Düngemittel/Saatgut	85	23	16
Elektrotechnik	238	32	23
Bier	286	49	25
Futtermittel	147	19	8
Sonstige	1.793	541	426
Summe:	13.286	3.091	2.103

Erschrocken stellten die Funktionäre fest: „Bezugnehmend auf die jeweiligen Angestellten und die Beschäftigten der überprüften Unternehmen ist zu sagen, dass in den meisten Fällen festgestellt wurde, dass die Belegschaft die Einsetzung eines Treuhänders nicht begrüßte und vielfach mit dem Privateigentümer einverstanden war und so die teilweise durchgeführte Enteignung nicht einsah. [...] Bei der Firma Reifen-Müller in Schmöckwitz zeigte sich besonders stark, dass alle dort Beschäftigten zu ihrem ehemaligen Inhaber hielten. Dieser Standpunkt zeigte sich auch bei den faschistischen Provokationen am 17. 6. 1953 insofern, als dass der größte Teil mit in den Streik trat.“³⁵“

Scheinlösungen der Versorgungskrise: Steuer- und Preiserhöhungen

Die mit der forcierten militärischen Aufrüstung verschärften ökonomischen Probleme ließen sich nur durch Einsparungen im Konsum der Bevölkerung, durch Steuererhöhungen und Einsparungen im Sozialversicherungswesen lösen. Dies waren auch die Vorschläge der Sowjetischen Kontrollkommission im April 1952, die zu diesem Zeitpunkt die zusätzlichen Kosten auf 1,5 Mrd. DM veranschlagte³⁶. Die nach der 2. Parteikonferenz verschärfte Steuerpolitik und die radikale Praxis beim Eintreiben von Steuer- und Ablieferungsschulden, unter denen vor allem Bauern und Mittelschichten zu leiden hatten, waren mithin nicht nur politisch bewusst eingesetzte Klassenkampfinstrumente, sondern zugleich der verzweifelte Versuch, mit den selbst verursachten ökonomischen Problemen fertig zu werden³⁷.

Seit September 1952 deklarierte das Politbüro ein ums andere Mal ein Sparsamkeitsregime³⁸. Die seit Juli vorangetriebene Politik (Armeeaufbau, erhöhte Investitionen in der Schwerindustrie, Subventionierung der Kollektivierung der Landwirtschaft, Dienst für Deutschland usw.) verlangte zusätzliche Beiträge, die kaum aufzutreiben waren. Sie sollten vor allem von den bekämpften Mittelschichten aufgebracht werden, deren ökonomische Leistungskraft zur selben Zeit mit allen Mitteln gedrosselt wurde. Am 4. Februar 1953 veröffentlichte das „Neue Deutschland“ auf der Titelseite einen Beschluss des ZK der SED über den „Feldzug für strenge Sparsamkeit“. Es war die Rede vom „Kampf um die Erhöhung der Normen“, von „nicht berechtigten Leistungen im Sozial- und Versicherungswesen“, von „ungerechtfertigten Steuervergünstigungen für private Unternehmer und Geschäftsleute“.

Mit der „Verordnung zur Änderung der Einkommensbesteuerung“ und der „Zweiten Handwerkssteuerverordnung“ vom 5. März 1953 wurde zunächst die Einkommens- und Handwerkersteuer erhöht³⁹. Die „Verordnung über die Herausnahme der freiwilligen Versicherungen aus der Sozialversicherung“ vom 19. März 1953 führte dazu, dass Selbstständige aus der allgemeinen Kranken- und Sozialversicherung ausgeschlossen wurden und sich nur noch zu erhöhten Prämien in einer neuen Versicherungsanstalt versichern konnten⁴⁰. Der „schaffenden Intelligenz“ wurden mit der „Verordnung zur Änderung der Aufgaben des Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz“ vom selben Tage zum 1. Mai 1953 verbilligte Sonderzuteilungen von Konsumgütern entzogen⁴¹. Es folgte die „Verordnung der Preise für Branntwein“ vom 26. März 1953, die den Schnaps verteuerte⁴². Es gab die „Verordnung zur Aufhebung der Rationierung von Textilien und Schuhen“ vom 9. April 1953, die zu einer weiteren Preiserhöhung führte. Mit der „Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung“ vom 9. April 1953 wurden zum 1. Mai d. J. allen Freiberuflern

und Selbständigen, den in West-Berlin arbeitenden Grenzgängern, Hausbesitzern mit mehr als 4.800 Mark Jahreseinkommen, so genannten Großbauern sowie deren Angehörigen die Lebensmittelkarten entzogen⁴³. Gleichsam in einem Akt der Verzweiflung wurden mit entsprechenden Verordnungen vom 16. April 1953 auch noch die Preise für Kunstthong und Marmelade angezogen⁴⁴. Bereits am 17. März 1953 hatte das Politbüro entschieden, bisherige Fahrpreismäßigungen ab 1. April aufzuheben, u.a. die bisher geltende Ermäßigung von 75 Prozent für Arbeiterrückfahrkarten⁴⁵.

Während die Bevölkerung – nun einschließlich der „werkstätigen Arbeiter und Bauern“ – mit ständigen Preissteigerungen konfrontiert wurde, wusste das „Neue Deutschland“ von zunehmenden Forderungen aus den Betrieben nach einer Normerhöhung zu berichten⁴⁶.

Im Rahmen dieser Politik übernahm auch die Justiz eine wichtige Rolle als „Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung“, wie es der spätere DDR-Generalstaatsanwalt Josef Streit 1957 formulierte.

„Die Regierung soll doch ein Gesetz erlassen und alles zum Volkseigentum erklären.“ Mit diesen Worten versuchte 1960 in der Schlussphase der Zwangskollektivierung ein Bauer, sich einer ihn bedrängenden Agitationsbrigade zu erwehren⁴⁷. Doch wie 1960 bei der Zwangskollektivierung oder 1972 bei der abschließenden Verstaatlichung mittelständischer Industrieunternehmen verzichtete die Partei bereits 1952/53 darauf, schlicht zu erklären, dass der Aufbau des Sozialismus die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Verstaatlichung von Handel und Industrie erfordere, um dann die Enteignungen in einem allgemeinen Gesetz zu regeln. Vielmehr wurde der vergleichsweise mühevoll und aufwendige Umweg genommen, Zehntausende Strafverfahren mit dem Ziel der Enteignung einzuleiten.

Damit wurde allerdings seit der 2. Parteikonferenz nur eine Politik forciert, die bereits die Praxis der SED bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zuvor bestimmt hatte: den „Gegner“ für die innenpolitische Zuspitzung verantwortlich zu machen, ihm die Schuld aufzubürden für die ökonomischen Probleme und ihn unter Zuhilfenahme strafrechtlicher Formen moralisch zu diskreditieren. Die taktische Devise hatte Ulbricht bereits im Oktober 1948 formuliert: „Wenn wir auch sagen: der Gegner hat den Klassenkampf verschärft, so haben wir selbstverständlich [...] ihn auch verschärft. In der Öffentlichkeit aber sagen wir, daß der Gegner ihn verschärft hat. Wir kämpfen sozusagen aus der Verteidigung gegen ihn, was etwas leichter ist.“⁴⁸ Der Beitrag der Justiz zum Aufbau des Sozialismus findet letztlich seinen Ausdruck in der Entwicklung der Zahl an Straf- und Untersuchungshäftlingen. Sie wuchs parallel von Kampagne zu Kampagne und erreichte im Mai 1953 mit ca. 66.400 Häftlingen ihren Höhepunkt.

Wenn die Politik des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus mit dem Staat als Hauptinstrument einen abrechenbaren Erfolg hatte – dann hier: bei der Produktion von Häftlingen.

Flucht als Ausweg

Als Begleiterscheinung des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ verschwanden nicht nur Zehntausende Bürger in den Zuchthäusern – noch weit aus mehr DDR-Bewohner verschwanden ohne Abmeldung in die Bundesrepublik. Ein Vorstoß der SED-Führung Ende 1952, offensichtlich mit Unterstützung der Sowjetischen Kontrollkommission, das Flüchtlingsproblem durch die Schließung der Berliner Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin zu lösen, wurde am 2. Januar 1953 vom ZK der KPdSU verworfen⁴⁹. Am 9. September 1952 installierte das Politbüro eigens eine Kommission, um „Vorschläge für Maßnahmen gegen Republikflucht und zur Werbung von Fachkräften in Westdeutschland“ erarbeiten zu lassen⁵⁰.

Die von den DDR- und bundesdeutschen Behörden ermittelten Daten zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen sind zwar nicht in absoluten Größenordnungen deckungsgleich, wohl aber stimmen sie im Trend überein. Die schriftlichen Überlieferungen aus den ehemaligen DDR-Archiven weisen aus, dass auch die Sowjetische Kontrollkommission monatlich über die Flüchtlingszahlen informiert wurde⁵¹.

Flüchtlinge: Zählung DDR⁵² und Bundesrepublik⁵³ 1952/53

Quartal/Monat	DDR	BRD
1. Quartal 1952	33.022	36.243
2. Quartal 1952	29.083	35.983
3. Quartal 1952	40.174	56.566
4. Quartal 1952	33.709	53.601
<i>Insg. 1952:</i>	<i>135.988</i>	<i>182.393</i>

Juli 1952	15.190	
August	18.045	
September		23.331
Oktober	11.822	19.475
November	13.463	17.156
Dezember		16.970
Jan. 1953	15.488	22.396
Feb. 1953	29.323	31.631

März	39.223	58.605
April	36.075	36.695
Mai	27.858	35.484
Juni	37.360	40.381
Juli	11.383	17.260

Zutreffend hielt Politbüromitglied Herrstadt in seinen Notizen von der Sitzung am 6. Juni 1953 fest: „Jeder Flüchtling ein Propagandist gegen die SED.“

Resümee

Mit Zustimmung ihrer Schutzmacht hatte die SED spätestens seit der 2. Parteikonferenz in einem voluntaristischen Gewaltakt das Land in die Katastrophe, Zehntausende Bürger aber, soweit sie nicht geflüchtet waren, in die Bereitschaft zur politischen Rebellion getrieben, sobald Partei und Staat am 9. Juni 1953 mit dem „Neuen Kurs“ Schwäche zeigten. Wie sehr das blinde Maß an politischer Repression am 17. Juni das Fass zum Überlaufen gebracht hatte, zeigen bereits vor dem 17. Juni Demonstrationen vor Haftanstalten. Die zum Teil erfolgreichen Versuche am 17. Juni selbst, Gerichtsgebäude, Gefängnisse und MfS-Dienststellen zu stürmen, weisen aus, dass es bei der Rebellion am 17. Juni um weitaus mehr ging als nur um eine Rücknahme von Preis- und Normerhöhungen.

Es waren vor allem folgende Bedingungen, die die plötzliche Widerstandsbereitschaft der Bevölkerung hervorriefen:

1. Die Partei hatte den Fehler gemacht, nahezu der gesamten Bevölkerung den sozialen Krieg zu erklären, statt sich nach und nach einzelne soziale Schichten vorzunehmen.
Daraus hat die SED in der weiteren Politik Konsequenzen gezogen. 1960 wurde der Angriff nur gegen den bäuerlichen Familienbetrieb geführt – dort, wo Genossen vor Ort im revolutionären Eifer begannen, auch gleich kleine private Läden und Betriebe zu kollektivieren, wurden sie zurückgepfiffen.
2. Die Bevölkerung hatte – gerade auch aufgrund ihres Fleißes und Aufbauwillens – nach den Hungerjahren der Nachkriegszeit seit 1949/50 eine langsame, aber spürbare Verbesserung ihrer Lebenslage erlebt. Hungern musste niemand mehr, das Warenangebot wuchs, Preise für Waren des alltäglichen Verbrauchs waren gesenkt worden. Doch plötzlich verschlechterte sich die Lebenslage wieder rapide.
3. Die Partei hatte in den Monaten nach der 2. Parteikonferenz ein herrschaftstechnisch schlecht kalkuliertes Übermaß an Repression betrieben, so

dass die Instrumente der Sicherung der SED-Herrschaft die Gefährdung der Herrschaft mit verursacht hatten.

4. Mit dem „Neuen Kurs“ hatte die Partei eine zu große und zu plötzliche Wende angemeldet, die von der Bevölkerung zu Recht als Zeichen der Schwäche gewertet wurde.

Dies ist aber eine der in der historischen Konfliktforschung immer wieder auftauchende Konstellation. Menschen rebellieren nicht auf den Höhepunkten von Unterdrückung und Repression, sondern wenn das Herrschaftssystem plötzlich nachgibt, deutliche Schwächen zeigt.

Deshalb waren Herrstadts Einwände dagegen, die Zugeständnisse des so genannten Neuen Kurses „auf einen Schlag“ zu verkünden, herrschaftstechnisch durchaus klug. Herrstadt, zu diesem Zeitpunkt der bessere Technokrat in Sachen Herrschaftssicherung als Ulbricht und die sowjetischen Freunde, wollte die Linienänderungen häppchenweise, über 14 Tage verteilt, der Bevölkerung mitteilen. Er konnte sich nicht durchsetzen.

5. Schließlich – der Auslöser für den 17. Juni – die Streiks gegen die diktierte Normerhöhung. Mit dem „Neuen Kurs“ hatte die SED allen bisher drangsaliierten Bevölkerungsgruppen Verbesserungen versprochen. Nur die soziale Klasse, als deren Avantgardepartei die SED sich ausgab – die Arbeiter -, sollten weiterhin die angekündigten Lohnkürzungen akzeptieren, wie noch in der „Tribüne“, dem Blatt des so genannten Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, am Morgen des 16. Juni zu lesen war. Das brachte das Fass zum Überlaufen.

Anmerkungen

¹ Gurr, Ted Robert: *Why man rebell*, Princeton University Press 1970.

² Überarbeitete und gekürzte Fassung des Aufsatzes „Der totale soziale Krieg - Auswirkungen der 2. Parteikonferenz im Juli 1952“, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2002, Berlin 2002. Zit. nach *Dokumente der SED*, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 70ff.

⁴ Wortlaut des Briefes des Politbüros an Stalin vom 2. Juli in Staritz, Dietrich: *Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR*. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: *Deutschland-Archiv*, 24 (1991), H. 7, S. 698-699.

⁵ Vgl. Badstübner, Rolf; Loth, Wilfried (Hg.): *Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953*, Berlin 1994, S. 395.

⁶ Vgl. Diedrich, Torsten / Wenzke, Rüdiger: *Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1956*, Berlin 2001.

⁷ Zitiert nach Wolkow, Wladimir K.: *Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952)*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 48 (2000) 1, S. 46.

- ⁸ Lorenz, Thomas: Das Disziplinarrecht für Berufsrichter in der DDR von 1949 bis 1963. In: Rottleuthner, Hubert (Hg.): Steuerung der Justiz in der DDR, Köln 1994, S. 381.
- ⁹ Vgl. die Aufstellung der Direktoren der Bezirksgerichte. In: BArch DP1-S-0379, 1. Bestand, Bl. 161f.
- ¹⁰ GBl. Nr. 141, S. 983ff.
- ¹¹ GBl. Nr. 142, S. 995ff.
- ¹² GBl. Nr. 140, S. 982. Ausführlich hierzu Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1997, 2. Aufl., S. 64ff.
- ¹³ GStA, Bemerkungen zum VESchG, 12.5.53, in: BArch DY 30 IV 2/13/409.
- ¹⁴ Rundverfügung Nr. 13 vom 29. April 1950.¹⁴
- ¹⁵ Abt. Staatliche Organe: Analyse vom 13. April 1953 über die Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums, in: LHA Merseburg, SED BL Halle IV/2/3/607, Bl. 2-4.
- ¹⁶ Bell, Wolfgang: Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe, Münster-Hiltrup 1992, Schriftenreihe des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Reihe A, H. 413, S. 16.
- ¹⁷ Fritz Lange an Leiter der Bezirksinspektion Frankfurt/Oder, 26.9.1952, in: BArch DC 1/6268.
- ¹⁸ Zusammengestellt aus diversen Angaben in: BArch DO 1/11/961 und /962.
- ¹⁹ Protokoll des Politbüros vom 3. März 1953, Beschluss zu TOP 9, in: BArch DY 30 J IV 2/2/265.
- ²⁰ Rede Ulbrichts auf der 11. ZK-Tagung am 7.2.1953, in: BArch DY 30 IV 2/2.01/1.
- ²¹ Braun, Jutta: Justizkorrektur in der Gründungs- und Frühphase der DDR. Die ZKK als Sonderbehörde im Auftrag der Parteiführung, in: Engelmann, Roger; Vollnhals, Clemens (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft, Berlin 1999, S. 124.
- ²² Vgl. Neues Deutschland vom 18. Dez. 1952: „Minister Dr. Hamann abberufen“; B-Ausgabe, vom 5. Jan. 1953: „Dr. Hamann - bewußter Volksschädling“, und vom 10. Jan. 1953 „Die Lehren aus dem Fall Hamann“. Im Mai 1954 verkündete das Oberste Gericht der DDR gegen Hamann eine lebenslange Haftstrafe, die wenige Wochen später, am 17. Juni 1954, in einem neuen Prozess des Obersten Gerichts auf 15 Jahre reduziert wurde. Hamann sowie der ehemalige Staatssekretär im Handelsministerium, Paul Baender (SED), wurden 1956 vorzeitig entlassen. Siehe Beckert, Rudi: Die erste und letzte Instanz, Goldbach 1995, S. 114-144.
- ²³ Siehe Grotewohl: „Über einige Fragen der Ernährung“, in: Tägliche Rundschau vom 9. Dez. 1952, S. 1f.
- ²⁴ Siehe Tägliche Rundschau vom 9. Nov. 1952, S. 2: „Saboteure unserer demokratischen Entwicklung trifft die volle Schärfe des Gesetzes“; Neues Deutschland vom 17. März 1953, S. 5: „Sabotage von Großbauern schonungslos aufdecken“.
- ²⁵ Siehe Neues Deutschland vom 29. März 1953, S. 3: „Prozeß gegen verbrecherische Großhändler in Rostock eröffnet“.
- ²⁶ Siehe Neues Deutschland vom 3. Jan. 1952, S. 2: „Saboteure in der HO Thüringen abgeurteilt“; Neues Deutschland-Berlin-Ausgabe vom 9. Jan. 1953 brachte einen Bericht über ein Strafverfahren des Berliner Stadtgerichts gegen 24 „Wirtschaftsverbrecher“ und Neues Deutschland vom 15. März 1953: „Saboteure im staatlichen Einzelhandel erhielten gerechte Strafe“.
- ²⁷ Siehe Tägliche Rundschau vom 6. Juni 1952: „Gerichtliche Untersuchung des Zwickauer Grubenunglücks angeordnet“.
- ²⁸ MdI, HVdVP: Befehl 149/52, betr. Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen im privaten Großhandel, in privaten Fuhrunternehmen [...], 2. 12. 1952, in: BMI, Außenstelle Berlin, Referat Z3.
- ²⁹ Vgl. Tägliche Rundschau vom 23. Nov. 1952, S. 1.
- ³⁰ Anlage 4 zum Protokoll, SED, ZK, 21. 1. 1953, Die Aufgaben des Handels [...], in: BArch DY 30 J IV 2/2/258.
- ³¹ Vgl. MfS, KD Naumburg, 8.12.1952, betr.: Bericht über den Befehl 149/52 der VP, in: LA Merseburg, SED-BL Halle IV/2/3/607.
- ³² Siehe MfS, KD Merseburg, 5.12.1952, betr.: Unterredung mit dem K-Leiter Maul, in: LA Merseburg, SED-BL Halle IV/2/3/607.

- ³³ Aus BArch DO 1/11/0/757, Bl. 180. Die Tabelle ist undatiert. Da sie aber Daten aus einer Berliner Abschlussmeldung vom Juli 1953 enthält (Bl. 214-217), ist davon auszugehen, dass es sich um die Abschlussmeldung für alle Bezirke handelt.
- ³⁴ Ebd., Bl. 181.
- ³⁵ Abschlussbericht Präsidium VP Berlin, 7.7.1953, in: BArch DO 1/11/0/757.
- ³⁶ Siehe Diedrich/Wenzke: Armee (vgl. Anm. 7), S. 274.
- ³⁷ Zu den ökonomischen Problemen siehe Foitzik, Jan: Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aus den Jahren 1953/1954. - Einleitung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode), hg. vom Deutschen Bundestag, Band II/2, S. 1350ff.
- ³⁸ Siehe Politbürositzungen vom 2. 9. 1952; 14. 11. 1952; 13. 1. 1953; 17. 2. 1953; 14. 4. 1953.
- ³⁹ GBl. Nr. 32, S. 392ff.
- ⁴⁰ GBl. Nr. 39, S. 463ff.
- ⁴¹ GBl. Nr. 38, S. 455ff.
- ⁴² GBl. Nr. 40, S. 475f.
- ⁴³ GBl. Nr. 48, S. 543.
- ⁴⁴ GBl. Nr. 51, S. 569f.
- ⁴⁵ TOP 14, in: BArch DY 30 J IV 2/2/270.
- ⁴⁶ Siehe Neues Deutschland vom 13. März 1953: „Jetzt mit der Erhöhung der Arbeitsnormen beginnen“; Neues Deutschland vom 19. März 1953 „Arbeitsnormen richtig festlegen“, Neues Deutschland vom 22. März 1953: „Unsere Partei kämpft um technisch begründete Arbeitsnormen“, Neues Deutschland vom 22. März 1953: „Wir erhöhen unsere Normen freiwillig um 10 Prozent“, Neues Deutschland vom 26. März 1953: „Weg mit den ungesunden Normen“.
- ⁴⁷ HV Volkspolizei, Operativstab, Information Nr. 1/60, 18.3.60, in: BArch DY 30 IV 2/13/367.
- ⁴⁸ Zit. nach Staritz: Die SED (vgl. Anm. 4), S. 691.
- ⁴⁹ Vgl. Document Nr. 2, in: Ostermann, Christian F.: Uprising in East Germany 1953, Budapest/New York 2001, S. 43.
- ⁵⁰ Top 7, in: BArch DY 30 J IV 2/2/230. Vgl. z.B. Abt. Staatl. Verwaltung, Vorschläge für Maßnahmen gegen die Republikflucht [...], 25. 9. 1952, und: Richtlinien über Maßnahmen gegen die Republikflucht [...], 22. 12. 1952, in: BArch DY 30 IV 2/13/393.
- ⁵¹ Erkennbar am Verteiler, an Anschreiben und an Tabellen, die zum Teil russische Beschriftungen haben.
- ⁵² Zusammengestellt aus diversen Angaben in BArch DO 1/11/961 und /962.
- ⁵³ Es handelt sich um Anträge im Notaufnahmeverfahren; vgl. Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961, Düsseldorf 1994, S. 338.
- ⁵⁴ Ermittelt aus Angabe für Gesamtjahr 1952 abzüglich der Angaben für das 1.-3. Quartal 1952.
- ⁵⁵ Zitiert nach Scherstjanoi, Elke: „Wollen wir den Sozialismus?“ - Dokumente aus der Sitzung des ZK der SED am 6. 6. 1953, in: BzG, 33 (1991), S. 671.

Kirchenkampf und Klassenkampf

Junge Gemeinde 1953¹

Beginnen möchte ich mit einer kleinen Lesung, die Sie in das Jahr 1953, in eine norddeutsche Kleinstadt versetzt. Ich lese einen Text aus dem Roman „Ingrid Babendererde“ von Uwe Johnson²:

„Die Gustav Adolf-Oberschule hatte eine schöne Aula. An den Wänden war gutes altes Holz, auch in der Decke war so ein Holz-Kasten ausgespart, in dem die Streben der Dachverspannung hin und her gingen. Alles war sehr hell, denn die Wand zum Domplatz hin bestand fast nur aus hohen breiten Fenstern, durch die konnte man den Domturm sehen und die in der Sonne leuchtend aufgekanteten Dächer um ihn. Die Aula roch staubig und trocken. Über der Täfelung hing in der Mitte der Wand das Bildnis des Führers der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. An der Stirnwand war unübersehbar eine grosse rote Fahne an die Wand genagelt, darauf hatte die 9Bl die Losung befestigt aus einzelnen weissen Pappbuchstaben: REINIGT WACHSAM UND UNERBITTLICH UNSERE REIHEN VON DEN FEINDEN UNSERER DEMOKRATISCHEN ORDNUNG. Der siebenunddreissigste Buchstabe hing schief.

Davor auf den langen Bänken sassen versammelt alle Schüler, die am heutigen Tage zum Unterricht erschienen waren. Neben der Tür war angeschlagen ein Plan von Pius' Hand, der die Sitzgelegenheiten unter die Klassen verteilte; nach dem befand sich die 12A auf der hintersten Bank des Raums. Jürgen war nicht im Präsidium. Er sass neben Klaus am Gang. Er hatte nach vorn gehen wollen, aber da hielt Klaus ihn am Ärmel fest, er rührte sich gar nicht dabei und sagte: Setz dich mal hierher, du Veteran der Arbeiterbewegung. Jürgen blieb stehen und lächelte nachdenklich in seinem Gesicht, dann liess er sich nieder neben Klaus. Vor ihm sass Peter Beetz, und er betrachtete dessen nahezu kugeligen Hinterkopf. Peter Beetzens Haare waren da ganz kurz und schwarz, das nahm sich sonderbar aus zu seinem braunen Nacken. Neben ihm war Brigitt, und neben Brigitt hielt sich Ingrid gegen die breite Rückenlehne. Sie hatte ihren Hals hoch aufgereckt und sah Pius zu. Pius stand an dem rot verkleideten Rednerpult und redete; er schien damit im Unendlichen angefangen zu haben und bewegte sich nun wohl in der selben Richtung. Jürgen sah wieder auf Peter Beetzens Hinterkopf und

dann auf die Lehne vor ihm. In das Holz waren tief zwei Anfangsbuchstaben eingekerbt. Wer war A. S. gewesen? Klaus neben ihm hatte seinen Kopf weit zurückgelegt gegen die Wand, er schien zu schlafen mit offenen Augen. Er sah so über all die Köpfe vor ihnen nach vorn. Hinter Pius befand sich an ebenso rot verhängten Tischen das Präsidium. In dem waren vier völlig fremde Gesichter über blauen Hemden, ein Platz war frei.

– Die illegale: sagte Pius und atmete. – Die illegale Verbrecherorganisation. Vom kapitalistischen Ausland bezahlter Volksfeinde!... Die in der sozialistischen Heimat ihre reaktionäre Irrlehre verbreiten! Er sprach feierlich und in grosser Entscheidung gefasst. Nachdem er nun die terroristische Rolle der anarchistischen Jungen Gemeinde klar erwiesen habe, fordere er ihre anwesenden Mitglieder auf: durch eine unzweideutige Stellungnahme zu beweisen, dass sie würdige Schüler einer demokratischen Oberschule sind. Er trat zurück und begab sich hinter die Tischreihe des Präsidiums. Das Präsidium sah wartend und bereit in der Aula umher.

Peter Beetz stand gelassen auf vor Jürgen und ging an den Bänken entlang nach vorn. Ihm entgegen kam eine Welle von schweigend aufgewandten Gesichtern, die fiel gleich zurück. Die Aula war sehr still, alle hörten Dicken Bormanns ärgerliches Knurren. Sein auf die vordere Bank gestützter Fuss war abgeglitten; das hatte ihn so überrascht.

Peter Beetz erstieg das Podium und drehte sich um, er sah die Versammlung freundlich an. Er schien ein wenig zu lachen in seinem ordentlichen Gesicht; vielleicht sass Dieter Seevken gerade vor ihm. Da war eine Pause wegen seines Lachens (oder was das sein mochte), dann sagte er auf eine ebenmässige Weise: Das ist alles nicht wahr.

Die Versammlung wunderte sich, dass er noch da stand. In den hinteren Reihen wurde jemand von innigem Gelächter geschüttelt.

Und Pius beugte sich erstaunt vor und fragte: Was der Schüler habe damit sagen wollen, und der Schüler Beetz sagte: Er habe damit sagen wollen, dass das alles nicht wahr sei, sie seien keine illegale Organisation, und das Verhältnis war unbequem für den Schüler Beetz, denn er wollte sich Pius zuwenden, aber er mochte auch die Versammlung nicht vernachlässigen, so ging das hin und her, und das wurde immer schleuniger, sie sahen bald nur noch den grossen Rücken von Peter Beetz und die vorruckenden Oberkörper über den rot verhängten Tischen, und sie sagten: Peter Beetz sei doch illegal, und Peter Beetz sagte: Warum ihnen das eben auffalle während des behördlich verschärften Klassenkampfes?, da sagten sie: Sie sähen jetzt deutlich den organisierten Charakter der Jungen Gemeinde an Mitgliedsbüchern und Abzeichen. Peter Beetz sagte: Das Abzeichen sei ein Bekenntnis und die Verfassung der Republik versichere die Freiheit des Bekenntnisses, da fragten sie: Was ihm einfalle?, da sagte er: Ihm falle ein die

Verfassung zu kennen, die gehöre nämlich zum Unterricht der zehnten Klasse, da verwarnten sie ihn. Danach sagte er: Und er bezahle keinen anderen Mitgliedsbeitrag als den für die Freie Deutsche Jugend, und die Junge Gemeinde habe ja auch keine Mitgliedsbücher. Da sagte das Präsidium: Die Junge Gemeinde habe doch Mitgliedsbücher. Peter Beetz sagte: Sie habe keine Mitgliedsbücher, und nun sollte er sachlich diskutieren, und er sagte: Also sie habe Mitgliedsbücher, und da sollte er sachlich diskutieren und sie verwarnten ihn abermals. Und die Junge Gemeinde habe am siebzehnten März abends einundzwanzig Uhr die Stellung Martin Luthers im deutschen Bauernkrieg christlich gedeutet, was sage Peter Beetz nämlich zu dieser Schändung der heroischen Revolutionsgeschichte des deutschen Volkes? Dazu sagte Peter Beetz: Die Verfassung der Republik gestatte den Religionsgemeinschaften eine Meinung über die Lebensfragen des deutschen Volkes. Sie sagten: Er habe aber damit zum Boykott gehetzt, und er sagte: Er müsse wohl erst noch Theologie studieren um das verstehen zu können, und so verwarnten sie ihn zum dritten Mal. Dann stritten sie: Ob es die Regel sei dass in christlichen Heimen Körperbehinderte misshandelt würden, aber sie blieben uneinig. Und das Präsidium sagte: Die Junge Gemeinde lasse sich von den Amerikanern bezahlen für Sabotage und Spionage, und als Peter Beetz das nicht glauben wollte, sagten sie: Neulich sei ein Funktionär der Freien Deutschen Jugend nachts in der Eisenbahnstrasse von Angehörigen der Jungen Gemeinde mit Messern überfallen worden, das sei von einem amerikanischen Offizier so bestellt gewesen, und Peter Beetz sagte: Es sei nicht wahr. Und da fragten sie: Ob Peter Beetz meine dass das Präsidium lüge? Und er sagte: Er könne nicht umhin hier einen Irrtum zu vermuten, und er fragte: Warum die Regierung der Arbeiter und Bauern die Verfassung der Republik demokratisch brechen wolle? Da sagten sie: Ob er das so meine?, das meinte er so, und meinte er etwa er sei ein würdiger Schüler einer demokratischen Oberschule?, nein. Dies war nicht seine Meinung.“

Ein Schultribunal, eine öffentliche Denunziation und Diffamierung von 17-jährigen Schülerinnen und Schülern. Wie kam es dazu?

Ich werde in drei Teilen etwas über die Vorgeschichte dieser Schultribunale vortragen und beginne damit im Jahr 1946, zweitens werde ich noch einmal einen detaillierten Blick auf die Liquidierungsphase lenken und drittens über die Deeskalation berichten und Anmerkungen zum 17. Juni machen.

Rückblende

Die Stadthalle von Brandenburg im Juni 1946: Wenige Wochen zuvor war auf großen Druck der KPD-Funktionäre, die sich aus Moskau die Genehmigung für eine Jugendorganisation geholt hatten, die FDJ gegründet worden. Die Kom-

munisten hätten das alles gern einige Monate eher stattfinden lassen, aber den früheren Termin hatten die Kirchen zu Fall gebracht.

Im Gegensatz zu den Amerikanern ließen die Sowjets keine Jugendverbände zu, auch keine kommunistischen, sondern ordneten die Gründung von Jugendausschüssen an, die sich in Städten und größeren Orten bildeten und für infrastrukturelle, jugendkulturelle und praktische Lebensfragen zuständig waren.

Die Kommunisten stellten in der Regel die Leiter, aber es wurde – scheinbar – Wert auf eine paritätische Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen gelegt und dazu zählten neben den bürgerlichen Parteien auch die Kirchen. Auf diese Weise kamen die Kirchen in den Sog der „Einheitsjugend“.

Einheit war das große Stichwort, mit dem ständig operiert wurde, vor allem dann, wenn es darum ging, aufblühende Bereiche von Jugendarbeit, die sich kommunistischer Aufsicht entzogen, zu unterbinden. Die ursprüngliche kommunistische Vorstellung bestand darin, überhaupt keine andere Jugendarbeit zuzulassen bzw. diese in die Einheitsjugend zu integrieren, um sie zu kontrollieren.

Nun behaupteten aber die Kirchen, je länger je mehr, die kirchliche Jugendarbeit sei überhaupt keine Jugendarbeit, sondern Gemeindegarbeit. Jeder Pfarrer hat die Amtspflicht, Jugendliche um Bibel, Gebet und Gesangbuch zu sammeln. Das war die offizielle Version – und das war auch die einzig sichtbare Struktur. Denn die Verbände waren bereits 1933 aufgelöst. Es gab tatsächlich keine kirchliche Jugendorganisation.

Aber: was die Nazizeit überlebt hatte, war etwas, das ich eine verkirchlichte Jugendverbands-Mentalität nennen würde. Dieses Gefühl, zu einer festen Gemeinschaft zu gehören, lagerte sich nun an den Begriff Junge Gemeinde an, der erst ab 1949 zur flächendeckenden Bezeichnung kirchlicher Jugendarbeit wurde, – vorher gab es diesen Begriff in dieser Bedeutung nicht.

Allerdings: Die Evangelische Jugend in Deutschland, also die gesamtdeutsche Vertretung der kirchlichen Jugendarbeit, hatte 1946 vereinbart, ein gemeinsames Zeichen einzuführen und daraus eine Anstecknadel herzustellen, das „Kreuz auf der Weltkugel“, das dann im Konflikt 1952/53 eine zentrale Rolle spielte. Allein bis zum Ende der Besatzungszeit sind schätzungsweise 100.000 Zeichen in der DDR verliehen worden.

Dass Jugendliche diese Anstecknadel in der Schule getragen haben, natürlich nicht ohne provokative Absichten, war schon 1949, unmittelbar nach Gründung der DDR, der Anlass für die HVDVP³, gegen die kirchliche Jugendarbeit vorzugehen. Die Polizei stellte fest:

Jugendliche sammeln sich regelmäßig und sie tragen ein Abzeichen: also existiert eine Organisation. Organisationen sind aber nicht zugelassen, also handelt es sich um eine illegale Organisation.

Diese Argumentation wurde 1952/53 zentral. Auf dieser Linie – illegale Organisation – gab es permanent Konflikte, insbesondere in Sachsen, die aber im Dienste übergeordneter Interessen von KPD und später SED auf höchster Ebene eingedämmt wurden. Ein berühmtes Symptom für diese Konflikte war die zitierfähige Behauptung des sächsischen KPD-Jugendfunktionärs Robert Bialek:

„Wir werden [...] den Kirchen [...] täglich 10 Nackenschläge geben, bis sie am Boden liegen, und wenn wir sie wieder brauchen, streicheln wir sie ein wenig, bis die Wunden geheilt sind. Dann schicken sie wieder ein Rundschreiben aus, welches uns Mitglieder einbringt und dann schlagen wir wieder ihnen in den Nacken, bis sie am Boden liegen.“⁴⁴

Sie können sich vorstellen, dass es Erich Honecker einige Mühe gekostet hat, den totalen Eklat auf dem I. Parlament zu verhindern, was aber unter allen Umständen gelingen musste, denn nach außen hin war die KPD-Strategie Einheit und Bündnispolitik. Nach dem I. Parlament sind die so genannten Verbindungsstellen eingerichtet worden. Die Einrichtung dieser Stellen war eine Konzession der Kommunisten, um die Zustimmung der Kirchen zur Gründung der FDJ zu erhalten. Verbindungsstellen gab es auf Länder- und auf zentraler Ebene. In Berlin agierte Oswald Hanisch, einer von zwei Berliner Jugendpfarrern, als Verbindungsmann zum Zentralrat der FDJ. Es hat regelmäßige Treffen dieser Verbindungsleute in Berlin und Gespräche mit Erich Honecker gegeben, aber über keines dieser Gespräche existieren im Aktenbestand der FDJ Notizen. Wir sind hier vollständig auf die kirchlichen Quellen angewiesen, die ihrerseits wiederum lückenhaft sind. Im November 1947 geriet der Verbindungsmann im Zentralrat der FDJ unter Druck. Dieser Druck steigerte sich im Jahr 1948 und mit dem III. Parlament im Sommer 1949 war die Episode der Verbindungsstellen abgeschlossen.

Auch für die Landesleitung der FDJ Brandenburg wurden konfessionelle Vertreter benannt: Kaplan Bargenda für die Katholische Kirche, Landesjugendpfarrer Wolbrandt für die Evangelische Kirche, wenn es wichtig wurde. Und wichtig wurde es im Januar 1949, zu einer Zeit, als intern bereits beschlossen war, die Verbindungsstellen aufzulösen.

Auf einer dramatischen Sitzung des Landesvorstandes eskalierten die Anschuldigungen gegen die Verbindungsstellen. Eine „Resolution“ enthielt den Vorwurf, die Kirchen würden konfessionelle Jugendorganisationen betreiben. Hermann Axen gab die Argumente vor. Die neue „Phase der politischen Entwicklung“ sei bedroht durch die „antidemokratischen Kräfte der Westmächte“, was wiederum den Zusammenschluss der Jugend in einer „einzigsten politischen Organisation“ fordere. Zwar hätten die Kirchen früher gemeinsam mit der Arbeiterjugend gegen den Faschismus gekämpft, aber „es sei der Erfolg ausgeblieben, weil die organisatorische Einigung gefehlt hätte.“⁴⁵

In der Diskussion entzündete sich der Streit an Entrümmungsaktionen und Friedensdemonstrationen, die der Landesvorstand der FDJ auf Sonntagmorgen festgesetzt hatte. Die von der FDJ geforderten Entschuldigungsschreiben, die christliche Jugendliche für ihre Abwesenheit von den Aktionen beizubringen hatten, bezeichnete Bargenda als „einen überholten Bestandteil nazistischer Vokabularium“. Der Sonntag sei „der Tag des Gottesdienstes“, niemand hätte sich zu entschuldigen, „der das tue, was an diesem Tage zu tun sei“. Wolbrandt versuchte, den Spieß umzudrehen und den Vorwurf der Spaltung an die FDJ zurückzulegen: „Wohl der größte Teil hier im Saale sei doch wohl getauft und gehörte darum zur Kirche. Wenn sich Jugendliche der Kirche entzögen, spalteten sie doch die Kirche. Die Kirche ist im Vergleich zur FDJ doch die umfassendere Organisation, die gespalten werde.“ Die Vertreter der konfessionellen Jugendarbeit beendeten den ergebnislosen Schlagabtausch, indem sie die Sitzung vorzeitig verließen.

Das III. Parlament der FDJ im Juni 1949 gilt als Manifestation der Unterordnung des Jugendverbandes unter die SED. Die FDJ nahm „demonstrativ Abschied von der bis 1947 propagierten Überparteilichkeit“.⁶ Im Sommer 1950 wurde in den südlichen Teilen der Kirchenprovinz Sachsens und in Thüringen ein Testballon gestartet. Jugendlichen wurde in der Schule das Tragen des Abzeichens verboten. Bei diesem lokal begrenzten Vorgang wurde zum ersten Mal die Koordinierung des Apparates geprobt – Polizei, Innenministerium, Volksbildungsministerium und FDJ. Zum ersten Mal wurden Jugendliche dort unter Druck gesetzt, wo ihre persönliche Zukunft durch staatliche Sanktionen gefährdet werden konnte – in der Schule. Das war 1950.

Das Jahr 1951 gilt als Atempause. Dies wird auf die deutschlandpolitischen Ambitionen der Sowjetunion zurückgeführt, die eine in den Westzonen verbreitete pazifistische Neigung, insbesondere in Kreisen der evangelischen Kirche, ausnutzen wollte. In den „Friedenskampf“ sollten auch „Geistliche und Gläubige“ in der DDR einbezogen werden. Das erklärt die auffällige Zurückhaltung der Behörden mit „Maßnahmen“ gegen die Junge Gemeinde im ersten Halbjahr 1951. Der Kirchentag in Berlin im Juni bot Gelegenheit, ein Entgegenkommen unter Beweis zu stellen, das östliche, vor allem aber westliche Ressentiments gegen das kommunistische Regime abbauen sollte. Für die jugendlichen Teilnehmer am Kirchentag in Berlin 1951 errichtete die FDJ im Osten Berlins das Zeltlager Schmetterlingshorst, wofür der Landesjugendwart des Jungmännerwerkes Sachsen dem zuständigen Sekretär des Zentralrates der FDJ förmlich dankte⁷.

An den Weltjugendfestspielen, die zwei Monate später stattfanden, beteiligte sich die kirchliche Jugendarbeit nicht offiziell, betreute aber die Besucher im Westteil der Stadt. Durchschnittlich fuhr jeder vierte Teilnehmer/jede vierte

Teilnehmerin in den Westteil. Für die FDJ-Mitglieder hatte die Grenzwanderung allerdings ein Nachspiel. In eindringlichen Gesprächen wurde ihre berufliche Position vor und nach den Weltfestspielen geprüft.

Mit ihrer Demonstration gegenseitiger Akzeptanz blieben die Weltjugendfestspiele eine politisch kalkulierte Ausnahmesituation, die den Übergang zur harten Repression noch nicht erkennen ließ. Diese setzte mit einem Besuch der Staats- und Parteiführung der DDR in Moskau im April 1952 ein. Der Staatschef Pieck notierte: „Pazifistische Periode ist vorbei.“⁸

Die auf Weisung Moskaus einsetzende Sowjetisierung und Militarisierung der Gesellschaft wurden auf der 2. Parteikonferenz im Juni öffentlich gemacht. Die kirchenpolitischen Auswirkungen des einsetzenden Terrors trafen zuerst die kirchliche Jugendarbeit.

Liquidierungsphase

Für seine Kampfansage an die Junge Gemeinde nutzte Ulbricht ein jugendpolitisches Forum – das IV. Parlament der FDJ. „Warum“, fragte er, „nehmen wir nicht offen den Kampf gegen diese Elemente auf und entlarven sie als das, was sie sind?“⁹

Unter Verwendung einer erprobten Strategie stellte er die Partei und ihre Sache in eine Defensivposition, von der aus jede Verschärfung des Klassenkampfes als Verteidigung gegen eine „feindliche Arbeit“ – in diesem Falle gegen die Gefährdung der Einheit der Jugend – ausgegeben werden konnte. Während das Stereotyp von der Einheit der Jugend zum rhetorischen Handwerk der Funktionäre gehörte, war die Ausweitung der Spionagehysterie auf die kirchliche Jugendarbeit neu. Der Spionagevorwurf, in den Polizeiberichten noch ein Aspekt unter mehreren, avancierte in den Vorlagen von SED und FDJ zu einem zentralen Argument. Agententätigkeit war ein Codewort für die Eröffnung uneingeschränkter Repression jenseits verfassungsrechtlicher Grundlagen.

Das maßgebliche Thema des IV. Parlamentes war jedoch die Militarisierung der Jugend, wobei die FDJ zum „wichtigsten Rekrutierungsinstrument“ für die kasernierte Volkspolizei wurde. Die Verknüpfung beider Themen in der Ulbricht-Rede hebt den Zusammenhang zwischen den Angriffen auf die kirchliche Jugendarbeit und der forcierten Aufrüstung hervor.

Der Ort, den Ulbricht für seine Kampfansage gewählt hatte, verweist auf die wichtige Rolle der FDJ als „Transmissionsriemen“ der jugendpolitischen Parteibeschlüsse¹⁰. Ihr Beitrag zur verschärften Stalinisierung lag in der Gewinnung Jugendlicher für die SED-Politik. Es ist auffallend, dass alle Vorlagen und Entwürfe zur Repression und Liquidierung der Jungen Gemeinde mit deutlicher Kritik an der ungenügenden Arbeit des Jugendverbandes einhergingen.

Die Kombination der verschiedenen Ansprüche stellte eine Überforderung für die Funktionäre und den gesamten Verband dar. Einerseits war ihm die gesellschafts-politische Mobilisierung aller Jugendlichen aufgetragen – die Gestaltung eines „frohen Jugendlebens“ inbegriffen –, andererseits wurde er zunehmend als „Kaderreserve“ für die Bereitstellung von Nachwuchsfunktionären gebraucht, die – hatten sie sich bewährt – in andere Bereiche abgezogen wurden. Mit eigenen Vorlagen, die den Parteibeschlüssen zuvorkommen und diese an Schärfe über-treffen sollten, versuchten sich die FDJ-Funktionäre aus ihrer kritisierten Position zu befreien. Flächendeckende Wirksamkeit konnten sie jedoch erst nach einem Beschluss des Politbüros entfalten.

Ein besonderer Dorn im Auge von Partei und FDJ waren die erfolgreichen Großveranstaltungen der Jungen Gemeinde, die an Himmelfahrt im Durchschnitt 4000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammelten. Im Sommer 1952 ging es darum, an zwei Orten, nämlich in Lübbenau und in Sehlis bei Leipzig ein Exempel zu statuieren. Beide Jugendtage wurden kurzfristig von höchster Stelle, also von Ulbricht persönlich, verboten. In beiden Fällen benutzte der Apparat eine Argu-mentation, die sich der katastrophalen Versorgungslage bediente, die er einerseits selbst zu verantworten hatte und die andererseits die Zustimmung zum System beträchtlich herabsetzte. In Sehlis mussten die Straßenbahnwagen plötzlich für das bevorstehende FDJ-Parlament geschont werden, der Sonderzug nach Lübbenau konnte auf einmal „mangels einer Lok“ nicht fahren und die 500 kg Fleisch für die Versorgung der Jugendlichen beschlagnahmte die Polizei.

Zu erklären sind die Beschlagnahmungen und Verweigerungen nur mit einer ideologischen Kompensationsfunktion. Die demonstrative Verweigerung von Ressourcen war ein Signal an die nichtkirchliche Öffentlichkeit. Die Kirche, so die beabsichtigte Wirkung auf das Bewusstsein der Bevölkerung, verschärfe mit ihren überzogenen Ansprüchen die Lage unverhältnismäßig, zumal sich das allgemeine Interesse eher auf Fußball und Betriebsfeiern richtete, für die zum gleichen Zeitpunkt 120 Straßenbahnwagen zur Verfügung gestellt wurden. Der 17. Juni zeigte ein Jahr später, dass Versuche dieser Art, den Mangel durch ideologische Erklärungsmuster zu kompensieren, scheiterten.

Eine weitere Gemeinsamkeit beider Jugendtage betrifft die Rolle der FDJ. Sie trat als Schläger- und Störtrupp im Blauhemd auf, was in den Berichten Betroffener bisweilen den Eindruck von 'geschlagenen Schlachten' entstehen lässt. Die FDJ, so die Schlachtordnung, kämpfte mit schwerer Technik wie Motorrädern und Lautsprecherwagen, während die Teilnehmer der evangelischen Jugendtage als 'Waffe' ihren Glaubensmut trugen.

Die Jugendlichen im staatlichen Jugendverband, die sich zum Mitmachen bei den Störaktionen bewegen ließen, waren die Ausputzer der Parteipolitik, die dort

eingesetzt wurden, wohin die administrativen Behinderungen nicht reichten – auf das kircheneigene Gelände, auf dem die Jugendtage doch stattfanden.

Ein weiteres Gemeinsames, das auf einer anderen Ebene liegt, sind die Elemente von Resistenz, die sich in den Berichten erkennen lassen. Zunächst ist die Teilnahme der Jugendlichen selbst zu nennen, die sich von den Verbotsgerüchten und persönlichen Behinderungen nicht einschüchtern ließen.

Darüber hinaus sind Verhaltensweisen unter der nicht direkt betroffenen Bevölkerung zu beobachten, die als Resistenz zu deuten sind: Einfache Beamte der Straßenbahn stellten, entgegen den Anweisungen der Dienstvorgesetzten, für die Rückfahrt von Sehlis doch „10 Straßenbahn-Einsatzwagen“ zur Verfügung. Als resistent gegen die Mobilisierungsversuche der FDJ erwies sich auch die Bevölkerung von Lübbenau, die sich nicht zur Teilnahme an einem „Volksfest mit Schießen“ bewegen ließ, das als Konkurrenz zum Jugendtag spontan angesetzt war. Nach dem Verbot der Massenquartiere kamen Familien in Lübbenau für Unterkunft und Versorgung der Teilnehmer auf:

„Im Anschluß an die Geistliche Abendmusik meldeten sich in Lübbenau und Zerkwitz auf Grund unserer Aufrufe so viele Gemeindeglieder, die sich bereit erklärten, Jugendliche noch in ihren Häusern aufzunehmen, daß tatsächlich kein einziger Jugendlicher die Nacht in den Kirchen selbst verbringen mußte“.¹¹

Soweit zur Vorgeschichte. Gleichzeitig liefen die Versuche, die so genannten Maßnahmen zu koordinieren, auf Hochtouren. Wirksamkeit entfalteten die Liquidierungsabsichten, nachdem das Politbüro im Januar 1953 einen „Maßnahmenplan“ beschloss, der die Oberschulen zum Hauptkampfplatz der Auseinandersetzungen bestimmte.

Sie werden im Folgenden sehen, dass Uwe Johnson für seine Romane wie ein investigativer Journalist recherchiert hat. Nichts von dem, was ich Ihnen vorgetragen habe, ist frei erfunden. Johnson bezieht sich beispielsweise auf zwei Ausgaben der Jungen Welt, dem Sprachrohr der FDJ (auf die Ausgabe vom 13. Januar und die berühmte Extra-Ausgabe von April). In der Sonderausgabe der Jungen Welt vom 17. April 1953 sehen Sie alle Elemente der Liquidationsphase auf einen Blick:

1. Spionagevorwurf an erster Stelle,
2. auch der Illegalitätsvorwurf taucht wieder auf, er ist allerdings weiter nach unten gerutscht. Er findet sich bei den Abbildungen der Schaukästen. Schaukästen waren quasi die Fernseher der Jungen Gemeinde in den 1950er Jahren, also die einzigen Medien zur Visualisierung von Botschaften: Die FDJ-ler wurden von ihrer Führung angewiesen, die Schaukästen zu demolieren. Dies war eine der Begleitmaßnahmen zu den Schultribunalen. (Und im übrigen ist da-

ran zu erinnern, dass die HJ¹² die Schaukästen der evangelischen Jugendverbände 1933 auch demoliert hat.) Hier ist der Schaukasten der Jungen Gemeinde der Thomasgemeinde in Leipzig abgebildet: Er zeigt eine mutige öffentliche Stellungnahme:

„Liebet Eure Feinde und: Laßt Euch nicht zum Werkzeug irgendeiner Friedenspropaganda machen, die in Wirklichkeit Hass sät und den Krieg betreibt...“ – Das war eine Provokation angesichts der Militarisierung und des Feindbildaufbaus.

3. Geht es um die Diffamierung des Leipziger Studentenpfarrers Hamel. Hamel war eines der ersten Opfer der Verhaftungswelle, die im Frühjahr 1953 anrollte. Eine ganze Reihe der verhafteten kirchlichen Mitarbeiter stammte aus der Jugendarbeit. Bei allen verhafteten Frauen ist das z. B. der Fall. Sie waren als Gemeindeförderinnen oder Katechetinnen in den Gemeinden tätig.
4. „Ich trete aus“: die sogenannten Reverse, – auch nachzulesen bei Johnson. Zur Unterzeichnung dieser vorformulierten Abschwörungen konnten besonders diejenigen Jugendlichen, die kurz vor dem Abitur standen, durch Erpressversuche veranlasst werden.

Und damit zurück zu den Schultribunalen. Wir werfen einen Blick auf die inneren Vorgänge auf den Ebenen von Partei und FDJ. Im März 1953 hatte Ulbricht die Liquidierung kirchlicher Arbeit, die sich inzwischen nicht auf die Junge Gemeinde beschränkte, zur ‚Chefsache‘ gemacht. Er gab neue Richtlinien vor, die eine Eskalation der Ereignisse provozierten. Am 17. März fasste das Politbüro einen Beschluss, der dem Staatssekretariat für Inneres und dem Volksbildungsministerium einen regelrechten Auftrag zur ‚Strafverfolgungsjagd‘ auf Mitarbeiter und Teilnehmer der kirchlichen Jugendarbeit erteilte.

Damit existierte eine konkrete Handlungsanweisung für den Umgang mit den „Tatsachenzusammenstellungen“, die im Parteiapparat aufgrund örtlicher Berichte laufend angefertigt wurden. Die Wirkung dieser Beschlüsse machte sich in den Durchsuchungen der Dienststellen der Jugendarbeit durch Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und in der erwähnten Verhaftungswelle bemerkbar.

Zu diesem Zeitpunkt spielte die FDJ keine eigenständige Rolle, sondern sie war der große Transmissionsriemen zur Umsetzung der Politbüro-Beschlüsse. Eine Woche nach dem Politbürobeschluss, also am 25. März, kam ein „Plan“ des Zentralrates der FDJ zum Zuge. Dieser beinhaltete die Vorbereitung von Schulversammlungen, die „gegen den faschistischen Terror in Westdeutschland protestieren“ und „gleichzeitig die feindlichen Elemente“ in der jeweiligen Bildungseinrichtung „entlarven und entfernen“ sollten. Die Aktion sollte an je einer Schule in jedem der 15 Bezirke der DDR beginnen und dann auf alle 341 Oberschulen aus-

geweitet werden¹³. In den bisher ‚vakanten‘ Schulen wurden eigens FDJ-Sekretäre eingesetzt und in die Durchführung der Kampagne eingewiesen. Die erste Welle der Schulversammlungen rollte vom 28. März bis zum 4. April 1953. – Das war die Karwoche!

Die zweite, größere Welle begann ab Mitte April:

„Es besteht kein Zweifel, daß bei einer entsprechenden Aufklärungsarbeit in kurzer Zeit das von uns gesteckte Ziel der Liquidierung der Jungen Gemeinde erreicht werden kann.“¹⁴ Zeitgleich mit den Schultribunalen betrieb Partei, Staatsapparat und FDJ intensiv die „Zerschlagung“ der örtlichen Jungen Gemeinden. Laufend wurden Berichte über den „Stand der Liquidierung“ angefertigt und die Funktionäre entsprechend instruiert. Den Mangel an Beweisen glichen FDJ und Administration durch Manipulation und Fälschung aus.

Der Zentralrat der FDJ startete am 1. April 1953 eine Kampagne, die die Kreisleitungen aktivieren sollte. Für die mehr als 300 Kreise wurde ein gleich lautender Brief aufgesetzt, der einen fingierten Ort nannte, in dem eine „starke und aktive Gruppe der Jungen Gemeinde besteht“. Unter Angabe einer Frist von 14 Tagen forderte die Zentrale die Kreissekretäre auf, „Maßnahmen“ zu ergreifen. Eine Reihe von Kreisleitungen zeigte sich begriffsstutzig und gab die nichtmanipulierte Rückmeldung, dass sich entweder der genannte Ort nicht im Kreisgebiet befände oder dort keine Junge Gemeinde bestünde¹⁵.

Deeskalation und 17. Juni 1953

Ende Mai 1953 zeigten sich Anzeichen einer Entspannung, als Grotewohl und Ulbricht in Reden „Missgriffe“ und „Überspitzungen“ bei der Entlassung von Oberschülern andeuteten. Ulbricht führte die Unterscheidung zwischen „Agenten, die die Junge Gemeinde anführen, und irregeleiteten Jugendlichen“ ein. Die abrupte Kehrtwende war einem Memorandum „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ zu verdanken, das die neue Sowjetführung den DDR-Funktionären am 2. Juni 1953 übergeben hatte. Darin wurde die „völlige Revision der seit der 2. Parteikonferenz verfolgten Politik eines forcierten ‚Aufbaus des Sozialismus‘“ dekretiert. Auf dem Feld der Kirchenpolitik warfen die Sowjets der DDR-Führung schwerwiegende Fehler vor.

Ein für uns wichtiger Satz des Memorandums lautete: „Die Verfolgung der einfachen Teilnehmer der kirchlichen Jugendorganisation Junge Gemeinde ist einzustellen und die politische Arbeit unter ihnen zum Schwerpunkt zu machen.“ Dieser Teil des Dekretes bedeutete zwar das Ende des aktuellen Terrors, jedoch keine Veränderung des grundsätzlichen Zieles, die Kirchen zum ‚Absterben‘ zu bringen. Lediglich die Methoden und der Zeitplan wurden revidiert. 1954 setzten

im Parteiapparat Überlegungen zu einer systematisch vorgehenden Kirchenpolitik ein, die sich nicht mehr der offenen, sondern einer verdeckten Repression bedienen sollte.

Eine teilweise religiös qualifizierte Erleichterung brachte die Veröffentlichung des Kommuniqués „über eine Besprechung von Vertretern des Ministerrates und Vertretern der evangelischen Kirchen“ am 10. Juni 1953, die am 11. Juni auf Seite 2 des Neuen Deutschland erschien. Für die Jugendarbeit entscheidend waren die beiden Sätze: „Es sind keinerlei weitere Maßnahmen gegen die sogenannte Junge Gemeinde... einzuleiten.“ Und: „Alle... an den Oberschulen entfernten Schüler sind sofort wieder zum Unterricht zuzulassen. Es ist ihnen die Möglichkeit zu geben, die versagten Prüfungen nachzuholen.“ In diesem Gespräch nannte Grotewohl eine Zahl von 712 relegierten Schülern. Ich gehe davon aus, dass es ungefähr 900 relegierte Oberschüler und -schülerinnen waren.

Wir sehen also, dass für die Kirchen ein gewisser Satisfaktionsgrad erreicht war, als die Ereignisse des 17. Juni anrollten. Haben sich Mitglieder der Jungen Gemeinde daran beteiligt? Evangelische Jugendliche haben sich genauso an den Protestaktionen beteiligt wie FDJler. Es gibt weder für das eine noch für das andere Zahlen. Aber wenn wir uns die Photos aus diesen Tagen ansehen, dann ist jedenfalls zu erkennen, dass Menschen aller Altersstufen an den Protesten beteiligt waren. (Die männlichen Jugendlichen erkennen Sie an den Knickerbockern, eine andere Frage ist, wie viele Schülerinnen auf der Straße waren.)

Vier Tage nach dem Aufstand wurden die Bezirksleitungen der SED zu Berichten über die Beteiligung der Kirchen aufgefordert, und eine der ersten Fragen lautete, ob Gruppen der Jungen Gemeinde in Erscheinung getreten seien. Daraufhin berichteten die Sachsen: Der neue sächsische Landesbischof (übrigens genau am 17. Juni gewählt) habe angerufen und erklärt, dass das Landeskirchenamt selbst festgestellt habe, dass auffallend viele Kugelkreuze in Dresden getragen werden. Das Landeskirchenamt habe noch am Morgen an alle Bezirkskirchenämter, Superintendenturen und an die Innere Mission Anweisung gegeben, alle Christen der evangelisch-lutherischen Landeskirche zur Ruhe und Ordnung aufzufordern und sich von den Demonstrationen fernzuhalten. Vor allem aber sollte das Kugelkreuz nicht als Herausforderung getragen werden.

Die Bezirksleitung Halle gab zu Protokoll: „Gruppen der Jungen Gemeinde sind insbesondere in Halle und Bitterfeld unter den randalierenden Jugendlichen besonders aktiv gewesen. Auch liegen Berichte aus einer Reihe von Ober- und Grundschulen vor, wo unter Anführung von Mitgliedern der 'Jungen Gemeinde' Zerstörungen, Abreißen von Bildern versucht und zum Teil durchgeführt wurden.“¹⁶

Der Haken an diesen Berichten ist aber, dass vollkommen identische Nachrichten über die Beteiligung von FDJlern beim Zentralrat der Jugendorganisation

eingingen. Dort zeigte sich die Führung besorgt darüber, dass die Mehrzahl der Verbandsmitglieder sich aktiv am Aufstand beteiligt hatte. Es gab öffentliche Verbrennungen von Mitgliedsbüchern, und als die FDJ eine Revision ihres Mitgliederbestandes im Spätsommer 1953 abschloss, stellte sie fest, dass sie die Hälfte ihrer zuvor eingeschriebenen Mitglieder verloren hatte. Die entscheidende Niederlage, die die SED, aber auch die Kirchen einstecken mussten, war die Abwanderung Jugendlicher¹⁷.

Die Abwanderung traf die Kirchen ungemein hart. Denn viele gerade der aktiven Kirchenmitglieder gingen. Für die Junge Gemeinde, wie ich sie vorhin beschrieben habe, hatte die Verfolgungswelle einen massiven Einbruch zur Folge. Denn diese hatte eine doppelte Abwanderung zu verzeichnen, zum einen in den Westen und zum anderen in den Sozialismus hinein, viele trauten sich nicht mehr, dazuzugehören und blieben fern.

Anmerkungen

- ¹ Für tiefergehende Informationen und weitere Quellenangaben vgl. Ueberschär, Ellen: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945-1961, Stuttgart 2003.
- ² Johnson, Uwe: Ingrid Babendererde. Reifeprüfung 1953, Leipzig 1992, S. 140-143.
- ³ HVDVP, für: Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei des Ministeriums des Innern der DDR.
- ⁴ SAPMO-BArch, DY 24 3823.
- ⁵ Bericht über die Landesvorstandssitzung der FDJ Brandenburg, am 12.1.1949 von Kaplan Bargenda, in: LABB, J2.
- ⁶ Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko, Wien 2000, S. 58.
- ⁷ Stafette 8/51, S. 33.
- ⁸ Zitiert nach Goerner, Martin Georg: Kirche als Problem der SED, Berlin 1997, S. 80.
- ⁹ Ulbricht auf dem IV. Parlament der FDJ, in: Zentralrat der FDJ (Hg.): IV. Parlament der FDJ. Messehalle Leipzig, vom 27. bis 30. Mai 1952, S. 238.
- ¹⁰ Vgl. Mähler, Ulrich: 'Die gesamte junge Generation für den Sozialismus begeistern'. Zur Geschichte der FDJ, in: Weber, Jürgen (Hg.): Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 73-98, hier S. 77.
- ¹¹ Kirchliches Jahrbuch 1952, S. 200.
- ¹² HJ = Hitler-Jugend, Jugendorganisation der NSDAP
- ¹³ „Plan zur Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Massenarbeit und zur Zerschlagung der feindlichen Tätigkeit an unseren allgemeinbildenden Schulen“, am 25.3.1953, in: SAPMO-BArch, DY 24 11887, Bl. 16-22.
- ¹⁴ Honecker an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der FDJ am 15.4.1953, in: SAPMO DY 24 11895
- ¹⁵ Mit Datum 1.4. gingen 66 Briefe mit gefälschten Informationen heraus, weitere in den darauf folgenden Tagen, in: SAPMO-BArch, DY 24 3664. Negative Rückmeldungen kamen aus Torgau, Borna, Schwerin, Pirna.
- ¹⁶ Alle Zitate in: SAPMO DY 30/IV 2/14/31.
- ¹⁷ Statistik Abwanderung Jugendlicher in: Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949-1961, S. 307.

Warum fand in der DDR kein Schauprozess statt?

Der Begriff Schauprozess wird vielfältig verwendet. Beim Blick in Nachschlagewerke oder neuerdings in das Internet zeigt sich, welche unterschiedlichen Arten von Prozessen in aller Welt inzwischen darunter verstanden werden. Hier ist der Terminus einzugrenzen. Gemeint sind jene wenigen großen Prozesse in kommunistisch-stalinistischen Regimen, bei denen ehemalige Führer des Kommunismus öffentlich unter absurde Anklage gestellt und nur aufgrund erpresster eigener Geständnisse (fast alle zum Tode) verurteilt und anschließend hingerichtet wurden. Diese Schauprozesse hatten mit ordentlichem Gerichtswesen oder gar Rechtsprechung nichts zu tun. Anstoß, Verlauf und Regie bestimmte allein die politische Führung, die Urteile standen schon von Anfang an fest. Solche Schauprozesse sollten Angst und Schrecken verbreiten, doch ebenso der Mobilisierung für das Regime dienen sowie „Abweichungen“ verhindern. Unser Thema muss also genauer lauten: Warum gab es in der DDR keine großen Schauprozesse gegen kommunistische Führer?

Denn politische Schauprozesse gegen Funktionäre des Regimes wurden – ebenso wie solche gegen Feinde des Systems – durchgeführt. Hier sei nur auf ein Beispiel eines Schauprozesses in der DDR verwiesen. Wie die Vorgaben der politischen Entscheidungsträger aussahen, ist den Unterlagen für diese Art von Schauprozess zu entnehmen, der bereits im April 1950 stattfand. In einem ökonomisch geprägten Tribunal sind damals der Sozialdemokrat Willi Brundert und der Christdemokrat Leo Herwegen als „Wirtschaftsverbrecher“ zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden¹. Unter den Archivalien befinden sich genaue „Regie-Anweisungen“ der SED-Führung. Das „Kleine Sekretariat“ des Politbüros hatte in seiner Sitzung am 27. Februar 1950 „in Vorbereitung und Durchführung des Prozesses Herwegen-Brundert“ die „folgenden Maßnahmen“ angeordnet:

- 1.) Der Prozess wird dem Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik übergeben, der Anklage beim Obersten Gerichtshof der DDR erhebt.
- 2.) Der Prozess ist so zu führen, dass die Rolle des Monopolkapitals, seine

Zersetzungsarbeit mit Hilfe käuflicher Agenten und deren verbrecherische Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik deutlich zu Tage tritt.

- 3.) Der Prozess wird in Dessau geführt.
- 4.) Termin April 1950.
- 5.) Verantwortlich für die Zusammenstellung und Überprüfung der aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik an dem Prozess teilnehmenden Delegationen sind das Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB, das Sekretariat des Zentralrates der FDJ, das Bundessekretariat des DFD.
- 6.) Die gesamte Presse ist zuzulassen.
- 7.) Die Anklageschrift ist vor der Herausgabe dem Sekretariat zur Begutachtung vorzulegen.“²

Die Anordnungen des „Kleinen Sekretariats“ beweisen, dass die SED damals unter Ulbricht bis hin zu Einzelheiten das „Drehbuch“ verfasste³. Das trifft erst recht zu für den in der DDR geplanten typischen Schauprozess gegen führende Kommunisten.

Ein Merkmal der kommunistischen Verfolgungen waren im Stalinismus die Repressalien, die „Säuberungen“ der eigenen Partei. Dadurch wurden mehr kommunistische Führer, Funktionäre und Mitglieder umgebracht als von den Feinden des Kommunismus. Schauprozesse gehörten während der Diktatur Stalins zu den Ritualen der Verfolgungen. Spektakulär waren Schauprozesse gegen kommunistische Spitzenführer. In den Moskauer Tribunalen von 1936 bis 1938 wurden sie nach absurden Geständnissen verurteilt und hingerichtet. Dies wiederholte sich nach 1945 in den „Volksdemokratien“.

Im September 1949 standen in Budapest der bisherige kommunistische ungarische Innenminister Lászlo Rajk und sieben hohe Parteifunktionäre vor Gericht. Im Dezember 1949 wurden in Sofia neben Traitscho Kostoff, dem ehemaligen „zweiten Mann“ Bulgariens nach Georgi Dimitroff, zehn weitere leitende Kommunisten abgeurteilt. Sämtliche angeklagte Spitzenfunktionäre (außer Kostoff, der dies verweigerte) hatten „gestanden“, für Jugoslawien und die USA spioniert und gegen die „Volksdemokratien“ konspiriert zu haben. Kontakte zu Noel Field, amerikanischer Quäker und Kommunist, der im Schweizer Exil bis 1944 kommunistische Emigranten vieler Länder finanziell unterstützt hatte, dienten den Anklägern als „Beweis“. Fast alle Beschuldigten wurden hingerichtet oder zu lebenslanger Haft verurteilt. Erst im Verlauf der „Entstalinisierung“ erfolgte ihre juristische und selten die politische Rehabilitierung, später wurden schließlich die Anschuldigungen gegen sie als falsch verworfen.

Im November 1952 fand dann in Prag der Slánský-Prozess statt, ein dramatischer Schauprozess mit antisemitischer Tendenz gegen den Generalsekretär der

KPC Rudolf Slánský und weitere Spitzenführer. Hingegen war der Prozess gegen Koci Xoxe 1949 in Albanien ein Geheimprozess, ebenso noch 1954 der gegen Vasile Luca in Rumänien. In Polen gab es zwar viele politische Prozesse, doch ein großer, gegen Wladyslaw Gomulka vorbereiteter Schauprozess unterblieb. Befohlen und angeleitet wurden die Säuberungen von der Sowjetunion, die ihre Vorherrschaft in den Ländern Osteuropas mit allen Mitteln absichern wollte⁴.

Die SED brüstete sich später, in der DDR hätte es nie Schauprozesse gegeben, die Ulbricht-Führung habe dies verhindert. Tatsächlich kam es aber auf unterer Ebene zu „Schauprozessen“ und ein typisch stalinistischer Schauprozess gegen SED-Führer wurde auch dort geplant, zunächst gegen das Politbüromitglied Paul Merker u.a., dann gegen den Ulbricht-Rivalen Franz Dahlem. Wie und warum sie in der DDR zwar vorbereitet, aber nicht mehr durchgeführt wurden und auf Geheimprozesse ausgewichen werden musste, ist nun anhand von Archivalien genauer zu belegen.

Die SED-Propagandisten und -Geschichtsschreiber behaupteten dennoch stets, in der DDR sei es wegen der angeblichen Standfestigkeit der deutschen Partei zu keinem Schauprozess gekommen, speziell ihr Generalsekretär Ulbricht habe das vereitelt. Diese Legende hatte Ulbricht selbst gestrickt, als er sich im Januar 1963 vor den Delegierten des VI. Parteitag der SED dazu äußerte:

„Man kann der Meinung sein: Die Folgen des Stalinschen Personenkultes haben sich in der DDR nicht so stark ausgewirkt, weil die sowjetischen Genossen, die damals als Vertreter der Besatzungsmacht hier waren, Leninisten waren. Außerdem begünstigte der Charakter unserer Partei als Einheitspartei [...] die Einhaltung der marxistisch-leninistischen Partei- und Staatsnormen. So konnten z.B. Agenten Berijas keinen Schaden bei uns anrichten, weil sie nicht in die DDR hereingelassen wurden, das war nicht sehr demokratisch gemacht, aber sie wurden nicht hereingelassen. Das genügt.“⁵

Um seine Version abzusichern, sollte das so auch im seinerzeit für die SED verbindlichen Geschichtswerk, in der achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1966, festgeschrieben werden⁶. Zunächst war beabsichtigt, die Schauprozesse gegen Rajk oder Slánský gar nicht zu erwähnen. Doch dann schrieb Walter Ulbricht am 3. August 1965 an den „werten Genossen Dr. Gemkow“ im Institut für Marxismus-Leninismus: „Im Zusammenhang mit meinen Darlegungen auf der 10. Tagung des ZK zum Geschichtswerk, mache ich darauf aufmerksam, dass es notwendig ist eine Einschätzung der Rajk- und Slánskýprozesse zu geben.“⁷

Entsprechend diesen Anweisungen Ulbrichts war dann in Band 7 zu lesen: „Außerdem wirkten sich die Prozesse gegen Laszlo Rajk in der Ungarischen Volksrepublik, Traitscho Kostoff in der Volksrepublik Bulgarien und Rudolf

Slánský in der Tschechoslowakischen Republik, die in den Jahren 1950 [sic! tatsächlich 1949, H.W.] und 1952 stattfanden, auf die Entwicklung der SED aus. Diese Prozesse beruhten, wie sich später herausstellte, zu einem großen Teil auf falschen Anschuldigungen, die maßgeblich auf das schändliche Treiben des politischen Abenteurers L.P. Berija, [...] zurückzuführen waren.“⁸

Danach folgte die Lüge, die erklärt, warum überhaupt von diesen stalinistischen Schauprozessen berichtet wurde: „Die Parteiführung der SED, unterstützt von Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht, setzte den Bestrebungen L.P. Berijas, auch in der DDR solche Prozesse durchzuführen, entschieden und erfolgreich Widerstand entgegen. Seine Beauftragten wurden nicht in die DDR hereingelassen.“⁹

Dies blieb die SED-Version bis zum Ende der DDR. Zum Beispiel tischte der Schriftsteller Stephan Hermlin im „Spiegel“ (Nr. 6) 1989 die alten Falschmeldungen Ulbrichts auf, wonach die DDR die einzige „Volksdemokratie“ gewesen sei, die sich den „Anweisungen Berijas widersetze“. Der „mutige“ Ulbricht habe damals Berija nicht nur „Köpfe“ verweigert, sondern zu ihm sogar gesagt: „Fahren Sie nach Hause“. Selbstverständlich hätte Ulbricht, immer einer der devotesten Vasallen Stalins, es nie gewagt, den von 1945 bis 1953 zweitmächtigsten Mann der Sowjetunion, Berija, „nach Hause zu schicken“. Vielmehr hatte auch Ulbricht diesem Stalin-Beauftragten eifrig zugearbeitet.

Planungen von Schauprozessen

Die SED-Praktiken konnte die frühe westdeutsche DDR-Forschung bereits seinerzeit aus deren offiziell publizierten Materialien und Zeitzeugenberichten enthüllen. Beispielsweise hatte der SED-Verlag bereits Ende 1949 das Protokoll des Rajk-Prozesses vom September in deutscher Sprache veröffentlicht. Und in einem Vorwort dazu (datiert vom 29. Oktober 1949) schrieb Kurt Hager, der Prozess „lehrt uns folglich, dass die Wachsamkeit gegenüber den Feinden“ der DDR nicht „erlahmen“ dürfe, sondern sie „rücksichtslos“ zu entlarven seien. „Er lehrt uns, dass jeder faule Liberalismus gegenüber der Schädlingarbeit der Tito-Agenten und anderer Trotzkiten ein Verbrechen an der Arbeiterklasse und ein Verrat an ihren Zielen ist.“¹⁰

Die „Lehren“ daraus waren für die SED eindeutig: durch „Wachsamkeit“ wie in Ungarn und (nach dem Kostoff-Prozess im Dezember 1949) in Bulgarien¹¹ galt es, innere Feinde zu „entlarven“ und vor Gericht zu stellen. Ganz in diesem Sinne hieß es im Januar 1950 in der SED-Zeitschrift „Einheit“: „Es ist verbrecherischer Leichtsinns zu glauben, dass bei uns in Deutschland, ja auch in der Deutschen Demokratischen Republik, so etwas nicht vorkommt. Mister Field ist auch in Berlin kein Unbekannter.“ Daher sei es die Aufgabe, „die

Feinde der Partei und der Arbeiterklasse unter jeder Maske zu erkennen, zu entlarven und ohne Sentimentalität unschädlich zu machen“.¹² Und der ZPKK-Vorsitzende¹³ Matern forderte in der gleichen Nummer der Zeitschrift, es seien „gründliche und ernste Überprüfungen notwendig“.¹⁴ Der Tenor solcher offizieller Verlautbarungen bestätigte, was mit Dutzenden von Beispielen nachgewiesen werden konnte, nämlich wie die Säuberungen gezielt vor sich gingen und auch die SED einen großen Schauprozess plante¹⁵.

Insgeheim begannen die Ermittlungen gegen die hohen Parteifunktionäre, die in westlicher Emigration Verbindungen zu Noel H. Field gehabt hatten – wie erst jetzt die Archivalien zeigen – schon bald nach dem Rajk-Prozess und noch vor dem Kostoff-Prozess. Die bestimmende Rolle spielte Ulbricht. An ihn schrieb der ZPKK-Vorsitzende Matern am 24. Oktober 1949:

„Nach dem bisher zusammengetragenen Material ist das Ganze ein umfangreicher Komplex. Die von Field angeknüpften Verbindungen betreffen Genossen aus allen [vier Besatzungs-] Zonen. Die Aufhellung und Durchleuchtung ist also keine Zonenangelegenheit, sondern muss in seiner Gesamtheit untersucht werden. Das wird eine komplizierte und ernste Sache, da die Untersuchungen und Feststellungen sich auch auf eine Anzahl leitender Genossen in den verschiedensten Funktionen erstrecken. Untersucht werden müssen alle Beziehungen zu Field und ihre Art, Intensität, Dauer und Inhalt. Weiter, ob daraus andere Verbindungen und Beziehungen entstanden und noch heute bestehen. Das zweckmäßigste wird sein, eine Kommission einzusetzen, in der auch Genossen [der KPD] aus dem Westen vertreten sind. Von der ZPKK schlage ich vor Matern und Herta Geffke. Dazu müsste die Westkommission 2 Genossen benennen. Da ich nur die Arbeit leiten könnte, wäre außerdem ein Sekretär der Kommission notwendig. Dafür schlage ich vor den Genossen Sepke, Vorsitzender der LPKK Mecklenburg, der nach Abschluss der Kommissionsarbeit wieder nach Mecklenburg in seine Funktion zurückgeht.“¹⁶

Bereits am nächsten Tag gab Ulbricht grünes Licht und teilte Matern per Hauspost mit:

„Mit Deinem Vorschlag betreffend Kommission zur Untersuchung der Verbindungen von Field bin ich mit Deinen Vorschlägen einverstanden. [sic] Schlage bitte selbst einen Genossen aus dem Westen vor, dem man volles Vertrauen schenken kann. Dann könnte man die Kommission in der nächsten Sitzung des Sekretariats beschließen. Über die gesamte Zusammensetzung der Kommission mache bitte bis zum Freitag den 28.10. eine Vorlage. W. Ulbricht“¹⁷

Also wurde sogar die ZPKK von der geheimen Untersuchung ausgeschlossen, die allein von einigen Ulbricht-Vertrauten durchgeführt wurde. Da nur eine kleine Sonderkommission tätig war, ist es wenig erstaunlich, dass sich die Nach-

forschungen gegen Merker, Bauer usw. in den umfangreichen Protokollen der ZPKK kaum widerspiegeln. Die Kommission selbst wurde rasch aktiv. Am 15. November 1949 forderte Herta Geffke Personalunterlagen bei der Kaderabteilung an, darunter die von Leo Bauer, Willi Kreikemeyer, Bruno Goldhammer, Maria Weiterer, Bruno Fuhrmann, Hans Teubner u.a.¹⁸ Die Verfolgungsaktion mit dem Ziel eines „deutschen Rajk-Prozesses“ nahm damit ihren Lauf.

Dass die Vorbereitungen zur SED-Säuberung der Moskauer Führung keineswegs genügten, zeigen Notizen, die sich Wilhelm Pieck über ein Gespräch mit Sowjet-Botschafter W. Semjonow am 24. Dezember 1949 machte: „Schwächen in der Partei [-] Ideologische Schwächen – noch schlimmer, kein Kampf gegen Titoismus [-] Neues Deutschland ignoriert [-] kein Abdruck – Gheorgiu-Dej - Togliatti Resolution [-] über Prozess Rajk-Kostoff unzulänglich [-] keine deutschen Artikel seit August [-] völliges Versagen - warum? [-] falsche pol.[itische] Linie? [...-] ob nicht Agenten im Apparat - bei Eisler - Leute von Westmächten¹⁹“

Schon vorher, nach einer Zusammenkunft am 12. Dezember, hatte Pieck notiert: „Wachsamkeit“ und „Umgebung Eisler“.²⁰ Am 14. Februar 1950 schrieb Pieck dann nach einer Unterredung mit Semjonow von einer „neuen Etappe der inneren Entwicklung der DDR“, der „Klassenkampf“ verschärfe sich²¹. Das war eine weitere Aufforderung zur Säuberung in der Parteiführung mit dem Ziel eines Schauprozesses.

Als erster wurde der 2. Vorsitzende der westdeutschen KPD, Kurt Müller, am 22. März 1950 vom kurz zuvor in der DDR geschaffenen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin verhaftet²². Der damalige Staatssekretär des MfS, Erich Mielke, nahm sich persönlich der „Sache Müller“ an. Er versuchte alles, um vom Inhaftierten „Geständnisse“ für einen in der DDR beabsichtigten Schauprozess, einen „deutschen Rajk-Prozess“, zu erpressen. Kurt Müller schrieb darüber nach seiner Rückkehr aus sowjetischer Haft 1956 detailliert in einem Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl:

„Was waren nun die ‚gewünschten Aussagen‘? Das offenbarte sich bereits bei meiner zweiten ‚Vernehmung‘ durch Mielke. Mielke erklärte mir bei dieser ‚Vernehmung‘ ganz offen: ‚Sie sind doch ein politischer Mensch und müssen begreifen, dass wir in Deutschland einen großen Prozess zur Erziehung der Partei und der Massen brauchen. In diesem Prozess werden Sie der Hauptangeklagte sein‘. Er fügte hinzu: ‚Wir brauchen einen Prozess wie den Rajk-Prozess in Budapest‘ und erklärte mir, dass dieser Prozess, zu dem dann Betriebsdelegationen eingeladen werden sollten, unbedingt in acht bis neun Monaten steigen müsse.

Als ich Mielke auf seine dauernden Forderungen nach Aussagen sagte, dass ich unschuldig sei und nicht wisse, was ich aussagen solle, antwortete er: ‚Ich verbiete Ihnen, das Wort unschuldig hier noch einmal zu gebrauchen. Sie wissen

nicht, was Sie aussagen sollen? Ich habe Ihnen doch das Protokoll des Rajk-Prozesses übergeben lassen. Da wissen Sie doch, was Sie auszusagen haben'. Diese Forderung, eine dem Rajk-Protokoll entsprechende Aussage zu machen, um den Rajk-Prozess in Berlin zu kopieren, wurde dann im Laufe der ‚Vernehmung‘ von Mielke und anderen ständig wiederholt. Dabei wurden die mannigfaltigsten Methoden des physischen und psychologischen Drucks angewandt²³.“

Ganz ähnlich ging die DDR-Staatssicherheit gegen den im August 1950 verhafteten Chefredakteur des Ostberliner Deutschlandsenders, Leo Bauer, vor. Auch er machte nach seiner Freilassung 1956 konkrete Mitteilungen über den geplanten „deutschen Rajk-Prozess“, der bereits für das Jahr 1951 terminiert war. Bauer berichtete u.a.:

„Am 25. August 1950, gegen 22 Uhr, erhielt ich im Gefängnis den Besuch des Mitglieds des Zentralkomitees der SED, des Staatssekretärs im Staatssicherheitsministerium der DDR, Mielke. Unumwunden teilte er mir in Gegenwart eines anderen Beamten mit, dass es die Absicht der Partei sei, spätestens im Februar 1951 gegen Merker, Ende, Kreikemeyer, Goldhammer und mich einen Schauprozess analog zu den Prozessen Rajk und Kostoff (Bulgarien) durchzuführen und dass er von mir erwarte, dass ich der Partei keine Schwierigkeiten dabei machen würde. Der Begleiter Mielkes unterstrich einige Wochen später in einer neuen Vernehmung, die sehr ‚freundlich‘ verlief, die persönliche Rolle von Ulbricht in der ganzen Angelegenheit, indem er feststellte, es würde im entscheidenden Maße von Walter Ulbricht persönlich abhängen, welchen Verlauf die Untersuchung nehme.“²⁴

Über gleiche Erfahrungen schrieb ein dritter führender Kommunist. Es war der Nachfolger von Kurt Müller als 2. Vorsitzender der westdeutschen KPD, Fritz Sperling, den die DDR-„Organe“ am 26. Februar 1951 verhafteten.²⁵ Auch er wurde zuerst von Mielke verhört, den er vom gemeinsamen Besuch der „Leninschule“ in Moskau 1935 kannte. Wie von Müller und Bauer wollte Mielke nun von Sperling ebenfalls ein Geständnis über seine „Agententätigkeit“ erpressen. Offensichtlich sollte auch er damit für einen Schauprozess „präpariert“ werden. Über die Methoden des MfS teilte Sperling später mit:

„Ja, ich wurde auch geschlagen (zeitweilig). Ich wurde mit Fäusten geschlagen, ich wurde mit einem Vierkantlineal aus Stahl geschlagen. Bei einer Vernehmung wurde ich an den Tisch gesetzt. Der Chef der sowjetischen Vernehmer-Brigade, welcher neben mir saß, schlug mich mit der flachen Hand in kurzen Intervallen auf das kranke Herz, obwohl er wusste, dass ich zweimal einen Herzinfarkt hatte. Diese Tortur dauerte etwa zwei Stunden. Bei anderen Einzelvernehmungen musste ich stundenlang stehen. Die Hände waren mit Handschellen auf den Rücken gefesselt, und ich musste das Gesicht zur Wand drehen. Zu den

Vernehmungen wurde ich im Jahre 1951 bis 1952 überhaupt nur gefesselt geführt, obwohl keinerlei Fluchtmöglichkeiten und keine Fluchtabsicht bestand. Ich wurde nur von einem deutschen Vernehmer in einer Nacht, als er mich ohne Zeugen allein vernahm, geschlagen. Es handelt sich dabei um den Oberstleutnant, der unmittelbar mit den sowjetischen Vernehmern zusammenarbeitete und diesen unterstellt war. [...] Ich sollte gezwungen werden, Paul Verner, der damals politisch verantwortlich für die Westarbeit werden sollte, als Agenten zu bezeichnen. Desgleichen sollte ich folgende Genossen als Agenten bezeichnen: Walter Hähnel, Adolf Pöffel, Bruno Fuhrmann, Otto Niebergall. Bei Paul Verner und Adolf Pöffel sollte ich [...] nicht nur aussagen, dass diese beiden genannten Genossen Agenten sind, sondern auch aussagen, dass sie schon in der Illegalität für die Gestapo gearbeitet hätten.⁴²⁶

Über diese Verhörpraxis, auch zur Denunzierung anderer Funktionäre, hatte Sperling zwar bereits nach seiner Haftentlassung im Jahre 1956 eine Kommission der KPD informiert, doch seine Auskünfte (er starb 1958) wurden erst nach Öffnung der Ostberliner Archive bekannt.

Säuberungen und Schauprozesse

Die SED bediente sich zur Herrschaftsausübung grundsätzlich der Methoden, die bereits in der UdSSR Stalins angewandt worden waren. Mit den Verfolgungen auf verschiedenen Ebenen sollten mehrere Ziele gleichzeitig erreicht werden. Politische Säuberungen trafen in erster Linie die bewussten Gegner des Systems. Für die Entwicklung der SBZ/DDR ist hierbei beispielhaft, dass die Verfolgungen bürgerlicher und vor allem sozialdemokratischer Oppositioneller der Festigung des SED-Regimes dienten.

Doch gerieten zunehmend auch kommunistische Funktionäre und selbst hohe Parteiführer in die Mühlen der Repressalien. Anfangs solche, die irgendwann einer „abweichenden“ Gruppe angehört hatten, dann „Abweichler“ von der gerade gültigen Parteilinie, und schließlich mussten sie als Sündenböcke für Schwächen des Staates und Versagen der Wirtschaft herhalten. Vor allem galt es im Rahmen der Stalinisierung der kommunistischen Parteien, gerade auch der SED, eine völlige Einschwörung auf Stalin und dessen Politik durchzusetzen. Das krankhafte Misstrauen steigerte sich, weil selbst bisher nicht als Oppositionelle aufgetretene „Kader“ als „Agenten entlarvt“ wurden. Es ging bei der Vorbereitung der Schauprozesse 1950/51 und 1952/53 nicht vorrangig um die Säuberung von Oppositionellen, sondern um die Verfolgung potentieller Gegner. Damit verbunden war häufig die „Täter-Opfer-Problematik“: Frühere Täter wurden zu Opfern, und deren eigene Vergangenheit zwang sie, „mitzuspielen“. Schließlich gab es Rivalitäten und Cliquenkämpfe in der Spitze (Ulbricht – Dahlem ana-

log zu Gottwald – Slánský oder Rákosi – Rajk). Letztlich waren indes in allen Fällen Stalins Anweisungen entscheidend.²⁷

Stets waren die Schauprozesse (und in der DDR die geheime Vorbereitung von Schauprozessen) augenfällige Indizien rigoroser innerkommunistischer Säuberungen. Als direkt Betroffener analysierte der ehemalige ungarische Kommunist Hodos zutreffend:

„Der Hauptzweck der Schauprozesse war also die Vorbeugung eines jeden Ungehorsams, die Ausschaltung selbst der Möglichkeit einer unabhängigen Regierung in den nach der Zerschlagung jeglicher Opposition mit unumschränktem Machtmonopol regierenden kommunistischen Parteien. Sie dienten letztendlich der totalen Sicherung der Herrschaft Stalins über die neu erworbenen Satellitenstaaten.“²⁸

Schauprozesse waren im Stalinismus systemimmanent, sie zielten darauf ab, von „Abweichungen“ abzuschrecken, aus Angst vor Verfolgung der Führung blind zu gehorchen, also strikte Disziplin in der kommunistischen Partei aufrechtzuerhalten.

Den gleichen Zweck hatten die Vorbereitungen der SED, 1951 und nochmals 1953 ebenfalls solche Tribunale durchzuführen. Die Planungen dazu sind den Akten noch nicht bis ins Detail zu entnehmen, dennoch steht außer Zweifel, dass die SED-Spitze beabsichtigte, nach sowjetischen Vorgaben durch die DDR-Justiz stalinistische Schauprozesse mit entsprechend „präparierten“ Angeklagten, erpressten typischen Geständnissen und längst beschlossenen Urteilen zu veranstalten.

Vorbereitung von zwei Schauprozessen in der DDR

Nach dem heutigen Stand der Forschung ist davon auszugehen, dass die SED entsprechend der Stalinschen Anleitung zwei Schauprozesse vorbereitete. Zunächst wurde 1950/51 ein „deutscher Rajk-Prozess“ geplant.

Am 1. September 1950 stand im „Neuen Deutschland“ zu lesen, dass Paul Merker, Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Willy Kreikemeyer, Lex Ende²⁸ u.a. wegen Verbindung zu Noel Field und „Hilfe für den Klassenfeind“ aus der SED ausgeschlossen worden seien. Diese Parteisäuberung im Jahre 1950 zielte offensichtlich direkt auf die Einleitung eines Schauprozesses in der DDR. Nicht mehr „belangt“ werden konnte der „Agent“ Paul Bertz, früher ZK-Mitglied und Mitglied des Reichstags. Er hatte bereits im April 1950 Selbstmord begangen.³⁰

Welche Schritte hatte die SED-Spitze bis zur Presse-Veröffentlichung der Ausschlüsse unternommen? Über eine Besprechung am 3. Juli 1950 mit sowjetischen Vertretern, darunter wiederum Semjonow, hatte Pieck in seinen Notizen festgehalten, dort seien „Untersuchungen über parteifeindliche Elemente“ the-

matisiert worden. Dazu sollten sowohl an „Staatssicherheit Zaisser“ als auch an „PKK Matern“ „Direktiven“ ergehen, d.h. neben der ZPKK auch das Ministerium für Staatssicherheit eingeschaltet werden.³¹

Eine Woche danach, am 11. Juli 1950, fasste das Politbüro der SED unter Tagesordnungspunkt 14 nach einer „Mitteilung des Vorsitzenden der ZPKK über die Angelegenheit Abusch“ den Beschluss: „Im Zusammenhang mit dem Fall Field scheidet Genosse Abusch aus dem Sekretariat des Politbüros aus“.³²

Alexander Abusch wurde vorgeworfen, er habe Noel H. Field näher gekannt und ihn sowohl bei einer „Friedenskonferenz“ in Paris als auch bei der Beerdigung Egon Erwin Kischs in Prag getroffen. Doch Abusch, der erst einen Tag vor seiner Absetzung zum „Fall Field“ vernommen worden war, betonte immer wieder, er habe diesen „niemals gesehen und niemals gesprochen“. Obwohl die ZPKK am 18. Juli mitteilte, die Verbindung sei „nicht nachweisbar“, wurde entschieden, Abusch „abzuberufen“. Er durfte „keine leitenden Parteifunktionen haben“.³³

Wenige Tage später, am 20. Juli 1950 auf dem III. Parteitag der SED, gab Wilhelm Pieck in seinem Rechenschaftsbericht deutliche Signale für Säuberungen und einen Schauprozess. Er erwähnte nicht nur die Verhaftung des „Trotzkisten Kurt Müller“, sondern kritisierte zugleich, „dass im Kampf gegen die Trotzkisten und Titoisten bei uns keine genügende Aktivität entwickelt wurde“, so dass die „trotzkistische Agentur“ noch nicht vollständig aufgedeckt sei. Ohne Namen zu nennen verwies er darauf, dass im Rajk-Prozess „festgestellt“ wurde, dass Field auch „unter deutschen Emigrantengruppen“ gewirkt habe und er berichtete von Untersuchungen der ZPKK. Piecks Fazit: „Die Aufgabe besteht darin, die Wachsamkeit der Partei zu erhöhen und die trotzkistische und titoistische Agentur aus unseren Reihen auszumerzen.“³⁴ Erstes Ergebnis dieser Aufforderung: der Parteitag wählte das Politbüromitglied Paul Merker nicht mehr ins ZK.

An der Sitzung des Politbüros am 11. Juli 1950 hatte Paul Merker³⁵ allerdings noch teilgenommen und, wie alle anwesenden Mitglieder, dem Beschluss zur Absetzung Abuschs zugestimmt. Kurz darauf rückte Merker selbst ins Zentrum der Säuberung - ein typisches Beispiel für die Verstrickungen, für die „Opfer-Täter-Problematik“ innerhalb kommunistischer Führungen. Gleiches gilt für Abusch, der wiederum später Merker schwer belastete.³⁶

Am 22. August 1950 befasste sich das Politbüro intensiver mit der Säuberung. Ihm lag von der ZPKK, die den Auftrag hatte, diese „Angelegenheit“ zu untersuchen, der Entwurf einer „Erklärung zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service-Committee Noel H. Field“ vor. Die Behandlung des Entwurfs geschah im Politbüro jedoch überstürzt (war etwa der Druck der sowjetischen „Berater“ zu groß?), denn zu

diesem Termin befand sich der dafür zuständige Vorsitzende der ZPKK, das Politbüro-Mitglied Hermann Matern, noch in Polen! Ihm waren vom Politbüro am 4. August vier Wochen Urlaub genehmigt worden. Also musste sich das Gremium trotz Abwesenheit Materns mit dem „Entwurf“ einer Erklärung der ZPKK beschäftigen. Das Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 22. August 1950 weist aus, dass Materns Stellvertreterin Hertha Geffke, teilgenommen hatte. Als das ZK der SED schon zwei Tage danach, am 24. August, zusammentrat, hielt Hertha Geffke dort ein Referat.

Abermals hinzugezogen wurde Geffke, als das Politbüro dann am 29. August Änderungen an der „Erklärung“ festlegte, da Matern (außerdem Zaisser und Honecker) „wegen Urlaub“ immer noch fehlte.³⁷ Bereits drei Tage später, am 1. September 1950, veröffentlichte das Zentralorgan „Neues Deutschland“ Einzelheiten und nannte in einem ausführlichen Artikel erstmals auch sämtliche Spitzen-Funktionäre, die ausgeschlossen oder gerügt worden waren.

Im Arbeitsplan der SED für September/Oktober 1950, den Walter Ulbricht am 7. September 1950 an Wilhelm Pieck schickte, war schließlich die „Durchführung von Prozessen gegen die Agenten des angloamerikanischen Geheimdienstes, die Wahlen und den friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik verhindern wollen“, angekündigt. Außerdem wurde die Aufgabe der „sorgfältigen Aufdeckung der feindlichen illegalen Gruppen innerhalb der SED (insbesondere Trotzlisten)“, gestellt.³⁸

Bemerkenswert die hektische Eile im August, nachdem etliche Zeit verfloßen war (denn die Beschuldigungen gegen Field im Rajk-Prozess erfolgten bereits elf Monate früher). Plötzlich wurde diese Angelegenheit innerhalb weniger Tage, sogar bei Abwesenheit des zuständigen ZPKK-Vorsitzenden durchgepeitscht. Die gleichzeitig erfolgten Verhaftungen und Verhöre unterstreichen die forcierte Vorbereitung des „deutschen Rajk-Prozesses“.

Drei Besonderheiten sind heute aus den einst geheimen Unterlagen zu rekonstruieren, die den engen Zusammenhang von Säuberung und geplantem Prozess erkennen lassen.

Erste Besonderheit: Die Einstellung „der Partei“ gegenüber ihrem bisherigen Politbüro-Mitglied Paul Merker änderte sich in einem entscheidenden Punkt. Im „Entwurf“ vom 22. August (Anlage Nr. 5 zum Protokoll) stand noch: „Die am engsten mit Field verbundenen Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Willi Kreikemeyer, Lex Ende und Maria Weiterer haben dem Klassenfeind in umfangreicher Weise Hilfe geleistet und werden aus der Partei ausgeschlossen. Die Genossen Paul Merker, Bruno Fuhrmann, Hans Teubner, Walter Beling und Wolfgang Langhoff,³⁹ deren Beziehungen zu Field ebenfalls sehr enge waren, werden aller ihrer Funktionen enthoben.“⁴⁰

Den geänderten endgültigen Wortlaut beschloss das Politbüro am 29. August. Neben Verschärfungen der „Erklärung“ und dem maßgeblichen neuen Satz „Außerdem wird die Untersuchung noch weitergeführt“, hieß es nun, „Paul Merker wird an die Spitze der aus der Partei Auszuschließenden gestellt“.⁴¹ Nur in dieser letzten Fassung wurde der Text der „Erklärung“ der Öffentlichkeit überhaupt bekannt. Damit war der Weg frei, eine bedeutende kommunistische Persönlichkeit als exponierten Angeklagten vor ein DDR-Tribunal zu stellen.

Wenn Merker trotz monatelanger Untersuchungen zunächst lediglich der Funktionen enthoben werden sollte, er dann aber innerhalb weniger Tage an „die Spitze“ der Auszuschließenden rückte, deutete dies auf einen baldigen Prozess. Paul Merker, der immerhin seit 1926 dem Politbüro angehörte, aber schon einmal 1930 vorübergehend als „Abweichler“ abgesetzt worden war, schien von seiner politischen „Biographie“ her als Hauptangeklagter für einen geplanten Schauprozess, einen deutschen „Rajk-Prozess“, geradezu prädestiniert.

Zweite Besonderheit: Von den am 1. September erstmals öffentlich genannten Ausgeschlossenen waren Leo Bauer, Bruno Goldhammer und Willi Kreikemeyer bereits am 23. August 1950, also schon eine Woche vor der Bekanntgabe der Angelegenheit, festgenommen worden. Auch hierbei war die Vorgehensweise symptomatisch. Das Politbüro hatte am 22. August beschlossen: „Die Genossin Geffke wird beauftragt, den von dem Dokument Betroffenen am 23.8.1950 Kenntnis zu geben...“⁴² Daraufhin ist Bauer, wie er später berichtete, schon beim Verlassen des Parteigebäudes sofort von der Staatssicherheit verhaftet worden. Kreikemeyer ist unter bis heute ungeklärten Umständen im Gefängnis gestorben. Inzwischen ist den Akten zu entnehmen, dass auch er von Mielke, mit dem er gemeinsam bei den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg war, verhört wurde. Der zusammengebrochene Kreikemeyer notierte:

„Als ich am Freitag von der ZPKK erfuhr, dass ich wegen meines Vergehens aus der Partei ausgestoßen worden bin, bin ich vollkommen erschüttert und gebrochen. Ich sagte der Genossin Geffke, dass dies für mich das Todesurteil bedeutet. So ist das doch auch. Wenn man 40 Jahre seiner Partei treu gedient hat und wird dann ausgeschlossen und von den eigenen Genossen ins Gefängnis geworfen, so sieht man, auch wenn ich das Gefängnis wieder einmal verlassen kann, nur ein Trümmerfeld vor sich.“⁴³

Die SED-Spitze verlangte vom MfS (unter Leitung sowjetischer „Berater“), die im August 1950 verhafteten Kreikemeyer, Bauer und Goldhammer ebenso wie den schon im März verhafteten Kurt Müller und den danach im Februar 1951 festgenommenen Fritz Sperling für den 1951 geplanten Schauprozess zu „präparieren“. Festnahmen und Erpressungen von Geständnissen erfolgten auch hier wie bei allen Schauprozessen stufenweise.

Dritte Besonderheit: Dem Protokoll der ZK-Tagung vom 24. August 1950⁴⁴ ist außerdem ein anderer bemerkenswerter Vorgang zu entnehmen. Einige ZK-Mitglieder waren bemüht, frühere „Sünden“ sofort mit „Fehlern“ oder „Verbrechen“ nach 1945 zu verknüpfen, um die für einen Schauprozess benötigten Anschuldigungen konstruieren zu können.

Interessanterweise war es Wilhelm Pieck - der sich wohl an die Säuberungen und ihre Folgen in sowjetischer Emigration noch klar erinnerte -, der versuchte zu bremsen: „Wir müssen das gesamte Gewicht auf die damaligen Verfehlungen legen, denn sonst müssten wir uns den Vorwurf machen, dass wir selbst nicht die nötige Wachsamkeit entwickelt haben. Ich denke also, wir lassen die Aussprache darüber, was nach 1945 verschuldet worden ist, für heute.“

Das Protokoll fährt allerdings fort: „Walter Ulbricht: Alle diese Fragen wirken sich aber auch unmittelbar auf die Gegenwart aus. Wilhelm Pieck: Schließlich und endlich haben wir sie alle mit großen Vertrauensposten bedacht. (Zuruf: Weil wir das nicht wussten!)“

Doch Ulbricht machte in seinen Ausführungen deutlich, dass es in der „Erklärung“ um Gegenwart und Vergangenheit ging: „Leute, die Verbindungen haben mit alten KPO-Leuten, mit den Trotzlisten, lässt man auf ihre alten Positionen... Die Diskussion zeigt nur, dass man sie [die Erklärung] noch verschärfen muss.“

Pieck stimmte Ulbricht resigniert zu: „Ausgezeichnet! Ich bin absolut damit einverstanden, was Du gesagt hast.“

Schließlich war es Erich Mielke (der Kurt Müller ja bereits „verhört“ hatte und sich einen Tag später Leo Bauer vornahm), der laut ZK-Protokoll eine direkte Linie von den politischen „Säuberungen“ der Partei zu den üblichen stalinistischen „Indizien“ in Schauprozessen zog.

„Mir scheint, dass es hier nicht richtig ist, wenn man die alten Dinge von den Dingen trennt, die heute sind. [...] Es sind ja auch schon von den Organen der Sicherheit eine Reihe von Menschen festgenommen worden, die unmittelbar damit in Verbindung standen, Trotzlisten, Diversanten und Mörder. Man kann diese Dinge nicht trennen.“

Mit der Säuberung während des Monats August 1950 und den Verhaftungen von Parteiführern sowie den Begründungen dazu waren – dies geht aus den zugänglichen Materialien hervor – Schritte zu einem DDR-Schauprozess im Jahre 1951 eingeleitet. Entsprechend hatte der parteioffizielle Dietz-Verlag 1951 einen Auswahlband mit Gerichtsreden A.J. Wyschinskis herausgebracht – nämlich dessen Anklagetiraden in den Moskauer Schauprozessen.⁴⁵

Die wirklichen Gründe warum das geplante Tribunal 1951 nicht stattfand, sind noch immer nicht nachzuweisen. Es bleibt deshalb weiterhin bei Vermutun-

gen, die in der Literatur (Carola Stern, George H. Hodos usw.) aufgestellt wurden, sowie bei Hinweisen des Betroffenen Leo Bauer: Die Häftlinge waren zwar rechtzeitig verhaftet und „präpariert“, hatten aber zu spät „gestanden“. Vor allem hielten Stalin und Berija seinerzeit wohl wegen der deutschen Teilung sowie ihrer aktuellen Deutschlandpolitik einen Schauprozess in Ost-Berlin für nicht opportun.

Vorbereitungen eines „deutschen Slánský-Prozesses“

Die Vorbereitungen für einen großen Prozess gingen jedoch weiter und 1952/53 kam es wieder zu Planungen, diesmal für einen „deutschen Slánský-Prozess“. Nach einem Gespräch am 1. April 1952 in Moskau mit Stalin, Molotow, Malenkow, Mikojan und Bulganin notierte sich Pieck: „Prozesse durchführen“. Dies ist im Zusammenhang mit der Verschärfung des Kalten Krieges und der verstärkten Militarisierung in der DDR erwähnt worden, könnte sich aber auf Schauprozesse bezogen haben.⁴⁶ Deutlicher äußerte sich Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952. Bereits fünf Monate vor dem Slánský-Prozess in Prag verlangte er „aus dem abgrundtiefen Verrat der Tito-Clique und aus der zersetzenden Tätigkeit der Slánský-Gruppe in der Tschechoslowakei, der Gomulka-Gruppe in Polen und aus dem Fall Luca, Georgescu und Ana Pauker in Rumänien“ zu lernen, dass der „Feind“ die Partei zersetzen wolle durch „Einschmuggeln feindlicher Elemente in den Parteiapparat“.⁴⁷ Damit war erkennbar, welche Säuberungen und Prozesse vorbereitet wurden. Inzwischen war die „Funktionärebene“ der im Schauprozess Abzuurteilenden jedoch „höher“ angesetzt worden. Nach der Einleitung und Durchführung eines Schauprozesses in Prag im November 1952 gegen den Generalsekretär der KPC sowie zwei stellvertretende Generalsekretäre und andere höchste Funktionäre waren nunmehr auch in Ost-Berlin wichtige Politbüromitglieder vor Gericht zu stellen, d.h. Beschuldigte einer etwa gleich „hohen Ebene“ zu finden.

Zudem waren Paul Merker u.a. im Slánský-Prozess direkt als Agenten denunziert worden. Am 25. November informierte „Neues Deutschland“ in einem Prozessbericht über die Aussagen des tschechischen Angeklagten Artur London, damit war im SED-Organ nun öffentlich vom „Trotzkisten Paul Merker“ zu lesen. In den folgenden Tagen blieb der Slánský-Prozess ein Hauptthema in den Medien der DDR. Es wurde sogar mitgeteilt, der Sohn des Angeklagten Ludvik Frejka habe für seinen Vater die Todesstrafe gefordert.⁴⁸

Ein Leitartikel im „Neuen Deutschland“ machte am 30. November erneut deutlich, dass die „Lehre“ der SED aus Prag endlich ein Schauprozess auch in der DDR sein müsse. Es war die Rede davon, die „Erfahrungen der Partei Lenins und Stalins voll auszuschöpfen“, das erfordere eine erhöhte „Wachsamkeit“ gegen

jede „Abweichung“, gegenüber allen „getarnten Feinden“, und zwar „ohne Ansehen der Person“.

Beim Rückblick auf diese hysterische öffentliche Kampagne mutet es seltsam an, was jetzt aus den geheimen Akten hervorgeht. Das Politbüro der SED hatte seinerzeit erst am 25. November 1952 intern Stellung genommen, also an dem Tag, an dem „Neues Deutschland“ bereits die Prager Beschuldigung gegen den „Trotzkisten Merker“ abdruckte. Ohne den „Auftrag“ bekannt zu geben, gab das Politbüro dem MfS freie Hand. „Aus den Rundfunkmitteilungen [!] über den Prozess gegen das imperialistische Verschwörerzentrum in der Tschechoslowakei geht hervor, dass Paul Merker, Eisler, Schrecker und andere Verbindungen hatten. Das Politbüro beauftragt die Organe der Staatssicherheit, unverzüglich die Untersuchungen darüber durchzuführen.“⁴⁹

Schon einen Tag später, am 26. November, zog Matern auf der 65. Sitzung der ZPKK ziemlich deutlich den Bogen vom Slánský-Verfahren zu einem DDR-Schauprozess: „Seit längerer Zeit haben die feindlichen Agenten die Aufgabe, sich in alle möglichen Positionen zu drängen und sie einzunehmen. Wir müssen zweierlei sehen: Es gibt Positionen, die Nachrichten-Positionen sind, und solche, die machtpolitischer Natur sind. Beispiel: der Prozess in Prag. Ein Nachrichten-Spion war Simone, aber die anderen, die spielten eine ganz andere Rolle. Bei diesen waren die Nachrichten nicht die Hauptfrage, sondern hier war es die Machtfrage gewesen, die Partei zu erobern und die Staatsmacht zu durchsetzen. Auch bei uns wird das wahrscheinlich der Fall sein.“⁵⁰

Bereits zwei Tage danach, am 28. November, wurde Paul Merker verhaftet, ebenso Hans Schrecker.⁵¹ Sofort begannen wieder „zielstrebig Vorbereitungen für Prozesse nach sowjetischem, ungarischem und tschechoslowakischem Vorbild.“⁵²

Noch kurz vor Weihnachten, am 20. Dezember, fasste das ZK der SED einen „Beschluss“ über die „Lehren“ aus dem Slánský-Prozess.⁵³ Darin wurde angedroht, „alle Verräter, Spione und Mörder, mögen sie ihre Verbrecherarbeit noch so getarnt durchführen“, würden „früher oder später durch das Volk selbst gerichtet“. Somit war eine Warnung an Spitzenkader der SED deutlich zu erkennen, insbesondere da das Pamphlet „offensichtlich ein Produkt sowjetischer Stellen“ war.⁵⁴ Sogar die Namen „deutscher Verräter“ wurden darin genannt, vor allem galten die Angriffe den „Agenten“ Paul Merker sowie Kurt Müller, Fritz Sperling u.a. Eindeutig hieß es: „Die Entlarvung und Unschädlichmachung von Agenten wie Merker ist für die Partei heute von größter Wichtigkeit“. Merker wurde (obwohl kein Jude) nicht nur als „Subjekt der US-Finanzoligarchie“, sondern – entsprechend der antisemitischen Tendenzen im Slánský-Prozess – als „Zionist“ beschimpft.

Geheim blieb eine Rede Materns vor der ZPKK, in der er im Januar 1953 noch deutlicher wurde: „Bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik sind auch Agenten. Diejenigen, die sabotieren, sind natürlich schlimm, aber schlimmer sind die, die auf lange Sicht arbeiten, die sich in Partei, Staat und Wirtschaft in Position gebracht haben. Diese müssen wir finden, – beschäftigen damit können sich nachher die Staatsorgane. Die Parteikontrollkommission muss sich orientieren auf diese Seite, [...] dass wir darauf sehen, dass der Partei-, Staats- und Verwaltungsapparat sauber ist... [...] Aufzeigen der politisch-ideologischen Feindarbeit von Merker, Müller usw...“⁵⁵

Rudolf Herrstadt überlieferte, dass der damalige „Hohe Kommissar“ der UdSSR in Ostberlin, Semjonow, im „Winter und Frühjahr 1952/53 in einer Psychose“ war, weil die Vorbereitungen des deutschen Schauprozesses nicht genügend schnell vorankamen.⁵⁶ Konkret wurde der Name von Gerhart Eisler genannt, der als potenzieller Angeklagter eines Schauprozesses hervorragend geeignet schien: In der alten KPD als „Versöhnler“ ein Abweichter, nach 1933 in der Westemigration, war er als Jude und Bruder der verhassten „Parteifeindin“ Ruth Fischer bereits seiner wichtigen Funktionen in der DDR enthoben.

Am 25. März 1953, also nach Stalins Tod (5. März) machte Ulbricht auf einer Sitzung dem „erweiterten Politbüro“ klar, dass er die Säuberung in Richtung Schauprozess forcieren wolle. „Es ist notwendig, die ständige Wachsamkeit im Partei- und Staatsapparat und in den Massenorganisationen zu erhöhen und trotzkistische und andere feindliche Elemente aus der Partei zu entfernen, d.h. im Partei- und Staatsapparat und in den Organen der Massenorganisation eine Säuberung durchzuführen.“⁵⁷

Jetzt war als Hauptangeklagter des deutschen Schauprozesses neben dem 1952 verhafteten Paul Merker aber Franz Dahlem, bis 1952 „zweiter Mann“ nach Generalsekretär Ulbricht, vorgesehen. Einem (erst nach dem Zusammenbruch der DDR veröffentlichten) Teil der Memoiren Dahlems⁵⁸ ist zu entnehmen, dass er nach seiner Absetzung im Frühjahr 1953 intern der Zusammenarbeit mit den amerikanischen und französischen Geheimdiensten und „der Verbindung mit der Gestapo bezichtigt“ wurde.

Außerdem hatte das Politbüro eine Kommission eingesetzt, die am 17. März 1953 die ZPKK beauftragte, die „notwendigen Untersuchungen“ über Dahlem einzuleiten, dessen Funktionen inzwischen „ruhten“. Über die „Auswertung“ der Beschlüsse von Dezember 1952 bzw. März 1953 berichtete Matern ausführlich der 13. Tagung des ZK dann im Mai 1953. Interessanterweise wurde diese Rede damals nur gering gekürzt veröffentlicht, wohl um damit die Stoßrichtung gegen einen künftigen Hauptangeklagten Dahlem zu zeigen.⁵⁹

Nicht abgedruckt wurde allerdings, dass die Untersuchung nur von Matern, Sens und Tenner durchgeführt worden war, sie der ZPKK aber keinen Bericht darüber erstatteten, sondern ihre Ergebnisse „dem Politbüro zur Entscheidung direkt“ vorlegten. Auch davon, wer befragt wurde, war damals nichts zu lesen (Anton Ackermann, Elli Schmidt, Ernst Melis, Käthe Dahlem, Gerhart Eisler, Anton Joos und Walter Hähnel sowie Grete Keilson). Gegen Dahlem, zwischenzeitlich aus dem ZK entfernt, liefen die Untersuchungen auf vollen Touren.

Dass die SED bei der Prozessvorbereitung gegen Dahlem schrittweise vorgehen wollte, erläuterte Matern noch Ende Mai auf der Sitzung der ZPKK: „Gleich nach dem 13. Plenum haben eine Reihe von Genossen gesagt, warum wurde Genosse Dahlem nicht ausgeschlossen? Wir sollten aber lernen von den Bruderparteien, die solche Fragen auch nicht auf einmal lösten und dabei eine weit gründlichere Entlarvung durchführten, z.B. Gomulka in Polen, Slánský in der ČSR, André Marty in Frankreich.“⁶⁰

Für den großen politischen DDR-Schauprozess schienen die politischen Rahmenbedingungen nun Anfang 1953 günstig zu sein. Im Januar wurde in der Sowjetunion die sogenannte „Ärzte-Gruppe“ verhaftet, das galt als Impuls für einen eventuellen erneuten Moskauer Schauprozess. Die französische KP schloss ihre bekannten Führer André Marty und Charles Tillon aus. Im Februar brach die Sowjetregierung die Beziehungen zu Israel ab. Sofort verlautete auch in den SED-Blättern: „Den Zionismus entschieden bekämpfen!“. Es sei „leicht zu verstehen“, dass der USA-Imperialismus den Zionismus für das „Einschleusen von Verrätern und Spionen“ benutze und daher „seine Agentenbanden zu einem großen Teil aus Juden bestehen“.⁶¹

Doch schon wenige Wochen nach dem ZK-Beschluss vom Mai erschütterte der Aufstand vom 17. Juni 1953 die DDR, zudem war Stalin ja seit März 1953 tot. Auch die SED-Spitze musste allmählich erkennen, dass die Zeit für Schauprozesse gegen höchste Parteiführer in der DDR wie im gesamten Ostblock vorbei war.

Die geplanten Tribunale eines Schauprozesses gegen Franz Dahlem, Paul Merker, Gerhart Eisler und andere waren also ab Sommer 1953 keineswegs durch die Entscheidungen der SED-Spitze verhindert worden, sondern durch die Maßnahmen der neuen Sowjetführer. Bedroht waren seinerzeit allerdings auch Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, die als Gegner Ulbrichts 1953 abgesetzt, aber erst 1954 aus der SED ausgeschlossen wurden. Nach den zaghaften Ansätzen der Entstalinisierung, dem „Tauwetter“ in der UdSSR, war in der DDR ein Schauprozess im stalinistischen Stil gegen führende Kommunisten nicht mehr möglich.

Weiterhin Repressalien

Immerhin hielt die SED bis 1956 am harten Kurs gegen die bereits verhafteten, ursprünglich für den Schauprozess „vorgesehenen“ Kader fest. Kurt Müller und Leo Bauer waren schon vorher von sowjetischen Instanzen abgeurteilt worden. Leo Bauer (zusammen mit der Stieftochter Noel Fields, Erika Glaser), im Dezember 1952 zum Tode verurteilt, was 1953 zu 25 Jahren Zwangsarbeit umgewandelt wurde, kam 1955 frei. Kurt Müller erhielt durch „Fernurteil“ der sowjetischen Staatsorgane im März 1953 eine Strafe von 25 Jahren, auch er kehrte im Oktober 1955 in die Bundesrepublik zurück.

Die anderen verhafteten führenden Kommunisten ließ die SED durch DDR-Juristen verurteilen. Jetzt sind aus den Akten die damaligen Geheimprozesse näher zu beleuchten. Paul Merker erhielt am 30. März 1955 acht Jahre Zuchthaus. Wieder bestimmte die SED-Spitze. Die Sicherheitskommission der SED hatte nämlich am 8. März beschlossen (anwesend waren Ulbricht, Grotewohl, Matern, Schirdewan, Stoph, Wollweber und Röbeln): „Der Bericht des Genossen Wollweber über den Stand der Untersuchungen gegen Paul Märker [sic!] und Fechner wird zur Kenntnis genommen. Es wird vorgeschlagen, in ca. 4 Wochen beide Fälle der Justiz zur Aburteilung zu übergeben. Strafmaß darf nicht unter 6 Jahre sein“. ⁶² In der Urteilsbegründung hieß es weiterhin, Merker habe sich in Mexiko „auf die Kreise der emigrierten jüdischen Kapitalisten gestützt“, er vertrat „zionistische Tendenzen“. ⁶³

Fritz Sperling wurde am 18. März 1954 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie zuvor die Vernehmer, blieben die DDR-Richter bei den Anschuldigungen: Kriegsverbrecher, Faschist, Spion und Parteifeind. ⁶⁴ Bezeichnend war, dass über das Gerichtsverfahren noch 1954 auch die Sowjets genau informiert wurden. DDR-Generalstaatsanwalt Melzheimer hatte vor und nach dem Prozess gegen Sperling an Oberst Jakobow beim Hohen Kommissar der UdSSR in Berlin-Karlshorst zu berichten. ⁶⁵

Am 28. April 1954 verurteilte die erste Strafkammer des Obersten Gerichtes der DDR Bruno Goldhammer zu zehn Jahren Zuchthaus. Die Anklage gegen den angeblichen Agenten des USA-Geheimdienstes stimmte „fast wörtlich“ mit der gegen Sperling überein. ⁶⁶ Einen Tag nach Goldhammers Verurteilung monierte der Staatsanwalt gegenüber der Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK der SED, die Gerichtsverhandlung habe sich schwierig gestaltet, da der Angeklagte „seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter und bei den Freunden [also den sowjetischen Organen, H.W.] zum Teil widerrief, zum Teil bagatellierte und für ungültig erklärte“. ⁶⁷ Schließlich erhielt der nach dem Slánský-Prozess verhaftete Hans Schrecker (wie die übrigen unter zynischer Berufung auf die gegen Nazis gerichtete Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats) ebenfalls als „Agent“ we-

gen „militaristischer Propaganda und Friedensgefährdung“ im Februar 1954 eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren. Beschuldigt wurde er außerdem der Verbindung zu dem (damals noch gar nicht verurteilten) „Agenten Merker“.⁶⁸

Der frühere Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift der westdeutschen KPD „Wissen und Tat“, Alfred Drögemöller, kam nie vor ein DDR-Gericht. Er wurde während seiner fast dreijährigen Haft zunächst von sowjetischen Vernehmern, dann vom MfS verhört. Achtzehn Monate lang eingesperrt in einer winzigen, fensterlosen Zelle, die – so schrieb er später – „weniger eine Gefängniszelle als ein Steinsarg“ war.⁶⁹ Der Hamburger Landesvorsitzende der KPD, Wilhelm Prinz, war wie Sperling im Februar 1951 in Ost-Berlin verhaftet worden. Er kehrte im Sommer 1954, ohne Urteil entlassen, in die Bundesrepublik zurück, wo er in Zeitungen über seine Haft berichtete.⁷⁰

Der SED-Spitze unter Ulbricht war es aufgrund der veränderten politischen Lage zwar nicht mehr möglich, einen öffentlichen „deutschen Slánský-Prozess“ durchzuführen, aber ihre Säuberungsmaßnahmen hat sie keineswegs aufgegeben, wie die Bestrafungen der betroffenen Inhaftierten beweisen. Erst 1956 sah sich das SED-Politbüro (entsprechend den sowjetischen Vorgaben nach den ersten Enthüllungen über den Stalin-Terror auf dem XX. Parteitag der KPdSU) gezwungen, die Verurteilten Merker, Sperling, Goldhammer, Schrecker usw. freizulassen.⁷¹

Doch Kreikemeyer blieb verschwunden, sein Schicksal ist bis heute nicht genau zu ermitteln.⁷² Er wurde ebenso Opfer der Säuberungen wie Paul Bertz, der vor der drohenden Verhaftung 1950 den Freitod gewählt hatte.

Auch das waren Folgen der Vorbereitungen von Schauprozessen in der DDR.

Es gab den geplanten Schauprozess in der DDR zwar nicht, aber die spärlichen Dokumente zur Vorbereitung beweisen, dass ein solches Tribunal nach dem Willen der stalinistischen SED-Führung durchaus stattfinden sollte.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. dazu Brundert, Willi: Es begann im Theater. „Volksjustiz“ hinter dem Eisernen Vorhang. Hannover 1958; Braun, Jutta/Klawitter, N./Werkentin, F.: Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 4), Berlin 1997, S. 37 ff.
- ² SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/3/988.
- ³ Ulbricht selbst hat bis zur Umwandlung von Haftstrafen in Todesstrafen damals direkt in Prozesse eingegriffen. Vgl. dazu Fricke, Karl Wilhelm: Ein Federzug von Ulbrichts Hand: Todesstrafe, in: Deutschland Archiv, Jg. 24 (1991), H. 8, S. 840 ff. - Vgl. auch Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995.
- ⁴ Zu den Hintergründen vgl. Hodos, George Hermann: Schauprozesse in Osteuropa 1948-1954, Berlin 2001. Vgl. auch Mählerl, Ulrich: Schauprozesse und Parteisäuberungen in Osteuropa nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (abgekürzt: APuZ), B-37/38/96 vom 6. Sept. 1996.
- ⁵ Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitags der SED. 15.-21. Januar 1963. Berlin (Ost) 1963. Bd. 1, S.239.
- ⁶ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1966 (abgekürzt: GdA). Vgl. dazu jetzt auch Lokatis, Siegfried: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln-Weimar 2003.
- ⁷ SAPMO, DY 30/IV A2/9.07, Bl. 246.
- ⁸ GdA, Bd. 7, S. 227 f.
- ⁹ Ebd., S. 228.
- ¹⁰ Lászlo Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht. Berlin (Ost) 1949, S. 8.
- ¹¹ Das Protokoll des Kostoff-Prozesses erschien allerdings erst 1951 (aus dem Russischen übersetzt!) im Dietz-Verlag in Ost-Berlin.
- ¹² Einheit, Jg. 5 (1950), H. 1, S. 14. Es ist bezeichnend für die Methoden des Stalinismus, dass mit diesem Artikel Georg Krausz beauftragt wurde. In der KPD als „Versöhnler“ diskriminiert, wurde er 1945 nach der Entlassung aus dem KZ Buchenwald von der russischen Geheimpolizei nochmals bis 1948 inhaftiert. Zu Krausz vgl. jetzt: Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2004, S. 406 f.
- ¹³ ZPKK für: Zentrale Parteikontrollkommission, d.i. 1949 gebildetes zentrales Gremium zur politischen Kontrolle der Mitglieder der SED. Nach dem gleichen Muster entstanden solche Einrichtungen auch in den regionalen und lokalen Gliederungen der SED.
- ¹⁴ Einheit, ebd., S. 20.
- ¹⁵ Vgl. z.B. meinen späteren Beitrag „SED und Stalinismus“ auf der 22. Tagung zur DDR-Forschung im Mai 1989 zu den Säuberungen und Vorbereitungen eines Schauprozesses, in: Die DDR im vierzigsten Jahr. Edition Deutschland Archiv, Köln 1989, S. 3 ff.
- ¹⁶ SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/4/108, Bl. 265.
- ¹⁷ Ebd., Bl. 266.
- ¹⁸ Ebd., Bl. 154a.
- ¹⁹ SAPMO, BArch. NY 4036/736. Vgl. auch den Abdruck in Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried: Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, Berlin 1994, S. 321.
- ²⁰ Ebd., S.319. Auch vor dem Rajk-Prozess hatte die SMAD (Tjulanow) Pieck darauf verwiesen: „Trotzkistische Elemente - antisowjetische Agitation. Tito-Stützpunkt“.
- ²¹ Ebd., S. 285.
- ²² Ebd., S. 334.
- ²² Vgl. Weinke, Annette: Der Justizfall Kurt Müller, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 45 (1997), H. 4, S. 293 ff.
- ²³ Müller, Kurt: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956. Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, in: APuZ, B-11/90 vom 9. März 1990, S.19. Vgl. auch Dowe, Dieter (Hg.): Kurt Müller (1903-1990) zum Gedenken. Bonn 1991; Otto, Wilfriede: Erich Mielke. Biographie,

- Berlin 2000, S. 131 ff. Kurt Müller hatte als KPD-Führer bereits vor seiner Verhaftung ein Protokoll des Rajk-Prozesses vom Mitarbeiter des ZK der SED, Erich Glückauf, überreicht bekommen. Es war ein offenbar eigens angefertigtes Exemplar vor Erscheinen der deutschen Ausgabe. Vgl. ebd., S. 19 ff. und Anm. 10.
- ²⁴ Bauer, Leo: „Die Partei hat immer recht.“ In: APuZ, B-27/56 vom 4. Juli 1956.
- ²⁵ Vgl. zu Sperling Jahnke, Karl Heinz: ... ich bin nie ein Parteifeind gewesen, Bonn 1993; Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten (Anm. 12), S. 750 f.
- ²⁶ SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/202/5, S.16 ff., Bl. 115.
- ²⁷ Vgl. auch Klein, Thomas: Die Herrschaft der Parteibürokratie. Disziplinierung, Repression und Widerstand in der SED, in: APuZ, B-20/96 vom 10. Mai 1996, S.7 - Vgl. auch ders.: Reform von oben? Opposition in der SED, in: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition, Berlin 1995, S. 125 ff.
- ²⁸ Hodos, Georg Hermann: Schauprozesse, in: Maderthner, Wolfgang u.a.: „Ich habe den Tod verdient“. Wien 1991, S. 16.
- ²⁹ Zu den Personen vgl. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 12).
- ³⁰ Vgl. zur Person Bertz: ebd., S. 91 f.
- ³¹ SAPMO, BArch. DY 30 NL 36/736.
- ³² SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/2/097.
- ³³ SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/202/8. Allerdings war Abusch der erste hohe Funktionär, der dann als IM im Kulturbereich für die Stasi arbeitete. Vgl. Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur, Berlin 1996, S. 563 ff., Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 12), S. 52 f.
- ³⁴ Protokoll der Verhandlung des III. Parteitags der SED. 20. bis 24. Juli 1950, Berlin (Ost) 1951, Bd. 1, S.81 ff.
- ³⁵ Vgl. zu Merker Kießling, Wolfgang: Partner im Narrenparadies. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 12). S. 499 f.
- ³⁶ Vgl. Kießling, Wolfgang: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, Berlin 1995, S. 22.
- ³⁷ Vgl. SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/2/106.
- ³⁸ Vgl. SAPMO, BArch. DY 30 NL 36/736.
- ³⁹ Zu den Personen vgl. Kießling, Narrenparadies (Anm 35). Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 12). Hans Teubner hatte 1949 besonders eifrig „Wachsamkeit“ und die „Zerschlagung“ der „Agenturen“ des „Trotzkismus und Sozialdemokratismus“ gefordert. Vgl. Einheit, 4 (1949), Heft 7, S. 590 ff. und Heft 12, S. 1140 ff. - Zu Langhoff vgl. auch Langhoff, Wolfgang: Theater für ein gutes Deutschland. Hg. Meiszies, Winrich, Düsseldorf 1992.
- ⁴⁰ Vgl. SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/2/105.
- ⁴¹ Vgl. SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/2/106.
- ⁴² Vgl. SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/2/105.
- ⁴³ Zitiert in Kießling, Wolfgang: Willi Kreikemeyer, der verschwundene Reichsbahnchef, Berlin 1997, S. 27. Vgl. dort die Einzelheiten. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm.12), S. 408 ff.
- ⁴⁴ Vgl. SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/1/144.
- ⁴⁵ Vgl. Wyschinski, A.J.: Gerichtsreden. Berlin (Ost) 1951. Noch 1952 erschien eine zweite Auflage. Auf dem Umschlag wurde Wyschinski zynischerweise als „Verfechter der sozialistischen Gesetzlichkeit“ vorgestellt.
- ⁴⁶ SAPMO, BArch. DY 30 NL 36/696. Vgl. auch Badstübner/Loth (Anm. 19), S. 396.
- ⁴⁷ Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz der SED. 9. bis 12. Juli 1952, Berlin (Ost) 1952, S. 151.
- ⁴⁸ „Neues Deutschland“ vom 26. Nov. 1952.
- ⁴⁹ Vgl. SAPMO, BArch. DY 30 IV, 2/2/249.

- ⁵⁰ Protokoll der 65. Sitzung der ZPKK, SAPMO, DY 30 IV 2/4/444, Bl. 7f.
- ⁵¹ Zu Schrecker vgl. Wilfriede, Otto: Antizionismus - übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, in: Keßler, Mario (Hg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Bonn 1993, S. 95ff. Schreckers Verhaftung war im Westen früher nicht bekannt, vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/Main 1969, Bd. 2, S. 288.
- ⁵² Klein, Thomas: Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Hg. Deutscher Bundestag, Frankfurt/M. 1995, Bd. VII, 2, S. 1042, - Vgl. auch Otto, Wilfriede: ebd. S.1437 ff.
- ⁵³ Dokumente der SED. Bd. IV: Berlin (Ost) 1954, S. 199 ff.; Vgl. auch „Neues Deutschland“ vom 4. Jan. 1953.
- ⁵⁴ Kießling: Merker in den Fängen (Anm. 36), S. 8.
- ⁵⁵ Protokoll der 67. Sitzung der ZPKK am 17. Januar 1953, in: SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/4/445.
- ⁵⁶ Herrnstadt, Rudolf: Das Herrnstadt-Dokument, Hg. Stulz-Herrnstadt, Nadja, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 273.
- ⁵⁷ Stenographische Niederschrift von der Sitzung des erweiterten Politbüros am 25. März 1953, in: SAPMO, BArch. DY 30 IV 2/2/270, Bl. 82.
- ⁵⁸ Vgl. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32, Jg. 1990, Heft 1, S.17 ff.
- ⁵⁹ „Neues Deutschland“ vom 19. Mai 1953. - Matern, Hermann: Über die Durchführung des Beschlusses des ZK der SED „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský“, 13. Tagung des ZK der SED, 13.-14. 5. 1953, Berlin (Ost) 1953, S. 3 ff.
- ⁶⁰ Protokoll der 75. Sitzung der ZPKK und der Vorsitzenden der BPKK am 27.5.1953, in: SAPMO, BArch. DY 30 N2/4/446 Bl. 149 f.
- ⁶¹ „Neues Deutschland“ vom 10. Feb. 1953. Auch hier war es die übliche und hinterhältige Methode, diesen Artikel von einem „Betroffenen“ schreiben zu lassen. Verfasser war Victor Stern, Dekan an der Parteihochschule „Karl Marx“, einst führend in der KPC und selbst Jude. Vgl. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 12), S. 763 f.
- ⁶² Protokoll der Sicherheitskommission am 4. 3. 1955, in: BA-MA, BVW 1/39545.
- ⁶³ Kießling: Merker in den Fängen (Anm. 36), S. 24. Im Mai 1954 hatte Alexander Abusch gegenüber dem MfS Merker in diese Richtung „belastet“, ebenso taten dies Kläre Quast und Johann Schmidt (ebd., S. 22f.) - Vgl. auch Beckert, Rudi: Die erste und letzte Instanz. Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht der DDR. Goldbach 1995, S. 194 ff.
- ⁶⁴ Jahnke: Ich bin nie... (Anm. 25), S. 86 f.
- ⁶⁵ Vgl. Beckert: Instanz (Anm. 63), S. 185.
- ⁶⁶ Vgl. ebd., S. 188.
- ⁶⁷ Ebd., S. 189.
- ⁶⁸ Klein, Thomas/Otto, Wilfriede/Grieder, Peter: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt/Oder 1996, S. 45. Dort auch der Hinweis auf das Schicksal des kommunistischen Ehepaars Schlotterbeck, die früh vor Merker, Bauer usw. „gewarnt“ hatten, dann selbst verurteilt wurden.
- ⁶⁹ Zitiert in ebd., S. 201.
- ⁷⁰ Vgl. z.B.: Gefangener des SSD. Der ehemalige KPD-Landesratsvorsitzende Wilhelm Prinz berichtet über seine Erlebnisse in sowjetzonalen Zuchthäusern (Copyright by dpa). Rhein-Neckar-Zeitung vom 11./12. Sept. 1954 bis 13. Okt. 1954 (23 Fortsetzungen).
- ⁷¹ Vgl. etwa wie zur „Revision“ des Urteils gegen Merker das Faksimile in Beckert: Instanz (Anm. 63), S. 204ff.
- ⁷² Vgl. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (Anm. 12), S. 411.

Befreiung des Ostens? Die CIA, der Westen und die Aufstände zwischen 1953 und 1956

1. Vier Aufstände und ein Konzept

Vier Aufstände erschütterten den sowjetischen Machtbereich zwischen 1953 und 1956: In der Tschechoslowakei und der DDR 1953, in Polen und Ungarn 1956. Sie beeinflussten nicht nur die sowjetische Anschauung über die Sicherung ihres Herrschaftsraums, sondern auch die Vorstellungen des Westens von den Möglichkeiten und Grenzen seiner Einflussnahme.¹ Aus der Sicht der Aufständischen hatten sie dagegen vor allem eines gemeinsam: Sie waren Versuche, mehr nationale Unabhängigkeit gegenüber der UdSSR zu erreichen.

Die ersten Anzeichen von Unruhen im Ostblock, die von den USA als möglicher Beginn eines Umbruchs angesehen wurden, kamen aus der Tschechoslowakei und der DDR. Dass die Aktionen in beiden Fällen mit ökonomischen Forderungen begannen und zumindest teilweise in politischen Forderungen gipfelten, entsprach den Erwartungen der US-Planer, hatte doch die Psychologische Kriegsführung und nicht zuletzt die immer wieder zugrunde gelegte „Magnettheorie“ bereits seit Jahren wirtschaftlich–soziale Fragen in den Vordergrund gestellt. „Unser Plan ist, Hoffnung aufrechtzuerhalten – Hoffnung auf eine schließliche Befreiung, und den Widerstandsgeist gegen die Unterdrücker zu entwickeln und zu bewahren, ohne offene Aktionen zu inszenieren, weil diese nur zum Ergebnis haben würden, dass die Tapfersten getötet würden“, fasste Eisenhowers Berater für die Psychologische Kriegsführung, Charles Douglas („C.D.“) Jackson, in einer Rede 1952, knapp ein Jahr vor den Juni-Unruhen 1953, die Strategie zusammen.²

Die „Politik der Befreiung“ („Liberation Policy“) war seit ihrer Entstehung 1947 in der öffentlichen Diskussion, hatte aber in den außenpolitischen Krisen 1948 und 1950, schließlich vor allem im Wahlkampf 1952 an radikaler Rhetorik gewonnen. Ihr Erfinder, John Foster Dulles, der ab Januar 1953 als Außenminister der Vereinigten Staaten amtierte, hatte das Konzept in der Auseinandersetzung mit der Eindämmungspolitik („Containment Policy“) der Regierung Truman entwickelt, der er Passivität und Zynismus im Umgang mit den

„Versklavten Nationen“ im sowjetischen Machtbereich vorwarf. Die von den Demokraten entworfene „Containment Policy“, so sein Vorwurf, warte nur darauf, dass sich Moskau entscheide, weiter zu expandieren. Deren Verfechter, insbesondere der „Erfinder“ der Eindämmungspolitik, George F. Kennan, hielten den „Befreiungspolitikern“ wiederum vor, leichtfertig Hoffnungen zu erzeu- gen und vor allem mit der Gefahr des Atomkrieges zu spielen. Unabhängig von den zum Teil scharfen Debatten wuchsen allerdings beide Konzepte noch vor den ersten Aufständen im Juni 1953 zu einer integrativen Strategie zusammen.³

Die wichtigsten Instrumente einer „Befreiungspolitik“ waren Flugblatt- und Radiopropaganda, aber auch wirtschaftlicher Druck und zu einem kleineren Teil verdeckte Operationen. Die Frage, wie man die Grenze zwischen der Förderung einer Freiheitsbewegung und der Verhinderung eines Massenaufstands wahren wollte, blieb dabei ungeklärt. Eines ließ sich jedoch zwischen 1953 und 1956 nicht leugnen: Die Aufständischen in allen vier Staaten erwarteten direkte Hilfe vom Westen, insbesondere von den USA, und sie beriefen sich auf die Politik der Befreiung.

Die unmittelbare Vorgeschichte der Unruhen 1953 war in beiden Staaten ähnlich,⁴ obwohl die Tschechoslowakei politisch und wirtschaftlich ganz andere Voraussetzungen mitbrachte als die DDR. In beiden Ländern waren die Signale in Richtung der von Moskau gewünschten „Volksdemokratie“ gestellt. Das Staatsdefizit in der Tschechoslowakei war infolge der verordneten Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, aber auch aufgrund von Missernten und einem Anstieg des privaten Konsums gewachsen. Zwischen 1949 und 1953 wurden etwa die Hälfte aller Investitionen im Rüstungssektor verbraucht.⁵ Parallel wuchsen die Privatguthaben aufgrund der guten Arbeitsmarkt- lage, verbunden mit einem nach wie vor geringen Konsumangebot. Als zentrales Mittel zur Krisenlösung fasste die tschechoslowakische Regierung bereits 1952 eine umfassende Währungsreform ins Auge.

Die US-Stellen hielten das Land für westlich ausgerichtet, mehrheitlich anti- kommunistisch, allerdings durch die Erfahrung des Münchner Abkommens von 1938 nachhaltig traumatisiert. Widerstandspotentiale vermuteten sie in der Ar- mee, der katholischen Kirche und unter Studenten. Auch der slowakisch- tschechische Gegensatz galt als politischer Sprengstoff.⁶ Die größte Gefahr für die herrschende Kommunistische Partei vermuteten die Beobachter der CIA, ebenso wie beispielsweise die Analytiker im amerikanischen Außen- und Vertei- digungsministerium, allerdings in den wirtschaftlichen Problemen. Wie auch Po- len, Ungarn und DDR erklärten sie die Tschechoslowakei deshalb zum zentralen Anwendungsgebiet für die Psychologische Kriegsführung. Bereits 1951 gab es Anzeichen dafür, dass das Land für solche Programme empfänglich war: Als den

Tschechoslowaken auf Flugblättern und in Rundfunksendungen die Folgen einer bevorstehenden Währungsreform ausgemalt worden waren, führte dies fast unmittelbar zu massiven Hamsterkäufen.⁷ Die auf die als staatlicher Raubzug in den unerwünschten Privatguthaben durchgeführte Geldumstellung am 1. Juni 1953 folgenden Unruhen, die unter dem Begriff „Pilsener Aufstand“ bekannt wurden, mussten zwar von außen nicht angeheizt werden, weil die Empörung gegen diese Willkür auch so groß genug war, sie konnten aber eine prowestliche Dimension bekommen.⁸ Und dies war die Hoffnung, die sich bei den amerikanischen Beobachtern fand. Der Aufstand entwickelte sich aus dieser Sicht geradezu nach Plan von vorwiegend ökonomischen Protesten hin zu umfassenden politischen Protestdemonstrationen. Es war exakt das Szenario, das die US-Planer und die Strategen der Befreiungspolitik in ihren Visionen von der Selbstbefreiung der „Captive People“ in den Jahren zuvor vor Augen gehabt hatten. Ausdrücklich wurde die Verbundenheit der Aufständischen mit dem Westen in den Berichten der US-Botschaft herausgestellt: „Pilsener Leninwerke zerstört, Arbeiter ausgesperrt, Rathaus und Archive brennen, US-Flagge weht.“⁹

Der ungleich gewalttätigere und machtvollere Aufstand vom 17. Juni, der in der DDR nur zwei Wochen nach den Ereignissen von Pilsen losbrach, hatte mit einer ähnlichen politischen Rahmenhandlung begonnen. Auch die Reaktionen des Westens waren ähnlich. Für die US-Planung war die Frage, wie mit der DDR umzugehen sei, lange vor diesem Zeitpunkt geklärt worden. Die Gründung dieses Staates sei illegal und finde gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung statt, hieß es in der amerikanischen Regierungserklärung am 12. Dezember 1949.¹⁰ Der 1950 vorgelegte vertrauliche Maßnahmenkatalog der Psychologischen Kriegsführung, der erst in den neunziger Jahren freigegebene „Carroll-Speier Report“, hatte entsprechend konsequent auf die inneren Probleme der DDR gesetzt.¹¹ Wallace Carroll, der bereits im Zweiten Weltkrieg als Leiter des Office of War Information in Europa einschlägige Propagandaerfahrungen sammeln konnte, wandte sich ein Dreivierteljahr später noch einmal mit einer Art Thesenpapier zur Psychologischen Kriegsführung direkt an den amerikanischen Hochkommissar für Deutschland, John J. McCloy. Dem Schriftstück hatte er bereits in Anlehnung an die Terminologie der Befreiungspolitik einen markanten und für die Zeit, als man sich mit provokanter Rhetorik überbot, gleichwohl typischen Titel gegeben: „Taking the Offensive“ – „Die Offensive ergreifen“. In ihm war als Planung für die folgenden 18 Monate vorgesehen: „To liberate Eastern Germany“ - „Ostdeutschland befreien“.¹² Wallace Carroll argumentierte, dass ein wiedervereinigtes und gleichzeitig an den Westen gebundenes Gesamtdeutschland ein großer Schritt sei, die sowjetische Herrschaft auch insgesamt zurückzudrängen („a major step in rolling back the Iron Curtain“).¹³

2. Eine Politik des „kalkulierten Risikos“

Stärker als alle anderen ostmitteleuropäischen Staaten unter sowjetischer Kontrolle war die DDR zum Objekt der praktischen Befreiungspolitik geworden. Sie beschränkte sich nicht nur auf die umfassenden Aktivitäten halboffizieller radikaler Befreiungsgruppen, wie der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Auch der RIAS setzte mit seiner Linie des „Kalkulierten Risikos“ („Calculated Risk“) und der „Konstruktiven Subversion“ („Constructive Subversion“) auf die innere Auflösung der DDR. Aufrufe zum Generalstreik unterblieben zwar am 17. Juni, allerdings gab es Kommentare wie jenen am 16. Juni von Eberhard Schütz, einem ehemaligen Mitarbeiter des Deutschen Dienstes im BBC während des Zweiten Weltkrieges: „Macht euch die Unsicherheit der Funktionäre zunutze, verlangt das Mögliche, aber jeder einzelne muss wissen, wie weit er gehen kann.“¹⁴ Tagebuchautor Victor Klemperer, der am 17. Juni die Ereignisse zufällig in Berlin verfolgte, hörte einen „triumphierenden RIAS“ im Radio.¹⁵ Und in der Tat weiß man mittlerweile durch die Aussagen anderer Angehöriger des Senders, dass der RIAS sich ebenso verhielt wie die in München ansässigen US-Stationen Radio Freies Europa (RFE) oder Radio Liberation (RL). Der amerikanische Leiter des RIAS, Gordon Ewing, habe zwar gewusst, hieß es in einem kurz nach dem 17. Juni entstandenen amerikanischen Bericht zur Psychologischen Kriegsführung, dass seine Entscheidungen möglicherweise Krieg oder Frieden bedeuteten. Gleichzeitig habe Ewing aber geahnt, dass man ihn genauso dafür verantwortlich machen würde, wenn die beste Gelegenheit verstreiche, das kommunistische Regime in Ostdeutschland zu erschüttern.¹⁶ Ewing habe das kalkulierte Risiko, den Aufstand anzuzünden, um den Kommunisten zumindest eine partielle Niederlage zuzufügen, dann auch bewusst genutzt, weil er fälschlicherweise vermutet habe, dass die Sowjets nicht gewaltsam eingreifen würden. Später, in einem am 9. November 1953 im State Department verfassten Bericht zum Aufstand, hieß es entsprechend, der RIAS habe eine wichtige Rolle in der Verbreitung des Aufstandes in der gesamten DDR gespielt.¹⁷ Auch die radikalen Befreiungsorganisationen versuchten einzugreifen.¹⁸ Letztlich waren alle privaten, parteigebundenen und amtlichen antikommunistischen Organisationen in irgendeiner Weise am Aufstand beteiligt: Man druckte zum Beispiel Flugblätter nach und einzelne Angehörige der antikommunistischen Organisationen waren tatsächlich auch als Streikführer direkt beteiligt, so der SPD-Ostbüro-Mitarbeiter Siegfried Berger.¹⁹ Initiiert worden war der Aufstand jedoch von ihnen nicht.

Es ist viel darüber spekuliert worden, warum Eisenhower so zurückhaltend und vor allem so vollkommen anders reagierte, als seine bisherige Rhetorik es hätte vermuten lassen. Wo sein größtes Interesse lag, war eindeutig: Die USA

wollten keinen Krieg mit der UdSSR, der im Fall einer direkten Einmischung unvermeidlich erschien. Während der Konferenz des für die US-Strategieplanungen zentral wichtigen National Security Councils (NSC), in deren Verlauf der Präsident und die Geheimdienstvertreter am 18. Juni 1953 über die Ereignisse in der Tschechoslowakei und der DDR diskutierten, zeichneten sich die wichtigsten Schlussfolgerungen aus den beiden Aufständen bereits ab. Verantwortung für die Unruhen lehnte man ab.²⁰ Gleichzeitig sah man die wesentlichen politisch-psychologischen Vorteile auf der eigenen Seite. Die diskreditierte Sowjetunion könne nun kaum noch ihre störenden „Entspannungsoffensiven“ gegen die Westbindung der Bundesrepublik fortsetzen.²¹ Der in Hochstimmung befindliche Präsidentenberater C. D. Jackson, der die Aufstandsbewegung bereits auf die Sowjetunion übergreifen sah,²² bot sich an, auf der Basis der NSC-Empfehlungen die weiteren Maßnahmen für die nächsten zwei Monate zu koordinieren. Eisenhower stimmte ausdrücklich zu.²³

Diese und die weiteren US-Entscheidungen während und nach dem Aufstand zeigten, dass man entschlossen war, die explosive Stimmung in den kommunistischen Staaten hinter dem Eisernen Vorhang konsequent weiter zu nutzen. Dieser Wille war bei allen amerikanischen Institutionen festzustellen. Am 25. Juni 1953 legte auch die Ostabteilung des US-Hochkommissariats in Berlin (HICOG Eastern Affairs Division Berlin) ein Arbeitspapier vor, in dem ausdrücklich der Einsatz der offiziellen, halboffiziellen und privaten Befreiungsorganisationen während des Aufstandes hervorgehoben wurde. Der RIAS, der Untersuchungsausschuss Freier Juristen, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und die CDU- und SPD-Ostbüros, wurden als „machtvolle Instrumente“ bezeichnet, mit deren Hilfe der Widerstandsgest in der DDR-Bevölkerung auch weiterhin wach gehalten werden solle, der „bis heute noch nicht unter Kontrolle gebracht worden“ sei.²⁴ Am selben Tag präsentierte auch Präsidentenberater Jackson seinen angekündigten 60-Tage-Plan. Wenig überraschend setzte er ebenfalls auf die weitere Förderung des aktiven und passiven Widerstandes im kommunistischen Machtbereich. Wenige Tage später, am 29. Juni wurde dann auch das entsprechende NSC-Strategiepapier (NSC 158), das bereits die Schlussfolgerungen aus dem Aufstand vom 17. Juni 1953 verarbeitet hatte, vorgelegt. Es trug den bezeichnenden Titel „United States Objectives and Actions to Exploit the Unrest in the Satellite States“²⁵ und berief sich ausdrücklich auf die als bewährt angesehene Rollback-Strategie. Auch in Zukunft, so hatte auch das NSC vermerkt, sollten der Widerstand innerhalb des kommunistischen Machtbereichs gefördert, die Autorität der Regierungen in Osteuropa untergraben und vorhandene Unruhen als sichtbares Zeichen für den Verfall des Ostblocks genutzt werden.

Insgesamt wurde der 17. Juni 1953 auf diese Weise als eine Bestätigung der Schlussfolgerungen aus dem Pilsener Aufstand verstanden: Es sah tatsächlich so aus, als ob die bisherige „Liberation Policy“ die „Captive People“ zum Aufstand gebracht hatte. Aufgrund dieses Erfolges wirkten die US-Maßnahmen während des Aufstandes vom 17. Juni als Beispiel für zukünftige Offensiven. Eine der ersten Maßnahmen war die US-Lebensmittelhilfe für die DDR-Bevölkerung, die unmittelbar nach dem Aufstand geplant worden war.²⁶ DDR-Bürger konnten sich zwischen Ende Juli und Mitte Oktober 1953 Pakete aus Westberlin abholen. Etwa jeder vierte nahm dieses Angebot wahr. Fünfeinhalb Millionen Pakete wurden ausgegeben und DDR-Bürger reisten zum Teil aus den entferntesten Gebieten an.²⁷ Sie taten dies offenbar mit Freude, wie Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit missbilligend in ihren Berichten vermerkten: Es handele sich um eine politische Demonstration der Bevölkerung, einen bewussten Affront gegen die Regierung, der zudem im deutlichen Zusammenhang zum Aufstand vom 17. Juni stehe, hieß es in der Meldung des „Geheimen Informators“ mit dem Decknamen „Riga“, der im August 1953 die Ausgabe der Nahrungsmittelhilfe in Westberlin beobachtete. Es herrsche „in der Bevölkerung aus der DDR u.[nd] dem demokr.[atischen] Sektor, die zum großen Teil wieder besser gestellten Schichten angehört, [...] eine eigenartige Stimmung [...]. So, als [ob] alle aus Opposition und auf Bestellung kämen. Gerade diese Kreise betrachten es als ihre 'Pflicht', um der 'Hilfsaktion' den Rücken zu stärken – und aus Trotz – wie viele sagten. [...] Besonders aufnahmefreudig nehmen gerade Eisenbahner den kleinen 'Telegraf', die 'Tarantel' sowie so genannte religiöse Zeitschriften der 'Zeugen Jehovas' und das 'Petrusblatt' entgegen. Noch zu bemerken ist, dass Abholer aus Bad Liebenwerda äußerten, dass es dem dortigen Bürgermeister dreckig gehen würde, wenn es nächstens richtig losgehen würde. Er wäre ein ganz gemeiner Hund, weil er gesagt haben soll, dass er sich jeden merken würde, der sich in Westberlin ein Paket abholt.“²⁸

Angesichts der Entschlossenheit der US-Administration, die offensichtliche Schwäche des Ostblocks weiter zu nutzen, war es wenig erstaunlich, dass jetzt auch in anderen Staaten hinter dem Eisernen Vorhang, wo der Widerstandswille gegen die Kommunistischen Parteien als besonders hoch eingeschätzt wurde oder sich bereits gezeigt hatte, neue Propagandamaßnahmen eingeleitet wurden. Die „Operation Prospero“, der Abwurf von einigen Millionen Flugblättern mittels 650.000 Ballons, wurde knapp sechs Wochen nach den Massendemonstrationen in der Tschechoslowakei durch das halboffizielle National Committee for a Free Europe durchgeführt. Als Flugblätter wurden unter anderem Nachdrucke der durch die Währungsreform neueingeführten Ein- Kronen-Scheine eingesetzt. Deren Text erinnerte ausdrücklich an den Raub der Privat-

guthaben durch die tschechoslowakische Regierung. Die Vorderseite des nachgebildeten Geldscheines war zur Hälfte mit der tschechischen Aufschrift überdruckt: „Hunger-Krone – ein Geschenk der Sowjetunion“²⁹. Der weitere Text lautete in freier Übersetzung: „Das ist der Beweis für den Bankrott Eurer Regierung und den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Fünf-Jahres-Planes, dies soll Euch daran erinnern, was Euch die Regierung gestohlen hat. Dies ist die Aufforderung zu kämpfen, dies ist die Forderung, die gesamte Kraft des Volkes an der Schwäche des Regimes zu messen und Widerstand zu leisten so viel und so gut es möglich ist. Die Völker der anderen von der Sowjetunion versklavten Staaten vereinigen sich, und sie werden Euch in Eurem Kampf unterstützen. Die freie Welt steht hinter Euch. Alle Macht dem Volk!“

Das war zweifellos offensive Befreiungspolitik, wie sie deutlicher kaum denkbar war und auch das Hilfeversprechen des Westens mit einbezog. Ansonsten arbeiteten auf diese Weise nur noch die radikalen Befreiungsorganisationen wie der NTS, der ebenfalls Geldscheinnachbildungen verwandte.³⁰ Auf der Rückseite des Kronenscheines setzte sich diese Argumentation fort. „Tschechen und Slowaken“, hieß es hier unter anderem: „Das Regime wird schwächer und ängstlicher vor Euch. Die Macht liegt beim Volk, und das Volk steht gegen das Regime. Vereinigt und mobilisiert Eure Macht! Nieder mit den Kolchosen! Besteht auf den Rechten der Arbeiter! Fordert heute Zugeständnisse, morgen die Freiheit!“

Auch das zweite Flugblatt ließ keinen Zweifel daran, was seine Absender bezweckten. Es bot vier Photos des Aufstandes vom 17. Juni in der DDR. Die Bilder zeigten eine Demonstrantengruppe mit dem Transparent „Freie Wahlen“, die Verbrennung einer sowjetischen Fahne, brennende SED-Plakate und marschierende Demonstranten, die am Straßenrand Beifall von Passanten erhielten. Das dritte Flugblatt, das sich ebenfalls an die „Tschechen und Slowaken“ richtete und mit der Abbildung der Westberliner „Freiheitsglocke“ versehen war, informierte den Finder über die Machtkämpfe in der UdSSR nach dem Tod Stalins am 5. März 1953. Ausführlich wurde auch auf diesem Flugblatt auf die Ausweitung der Aufstandsbewegung im Ostblock eingegangen. Weitergeführt wurde diese Argumentation dann wenig später in einer ähnlichen Operation mit dem Namen „Veto“. Hier wurden die in der Tschechoslowakei kursierenden „Zehn Forderungen“ der Opposition verbreitet.³¹ Zusammengefasst waren die Inhalte der Flugblätter, die durch entsprechende Radioprogramme begleitet wurden, vor allem darauf gerichtet, den vorhandenen Grad der Empörung, wie auch der damalige Direktor des Senders Radio Freies Europa, Alan Michie, später offen einräumte, weiter zu forcieren.³² 1954 wurde diese Maßnahmen im großen Stil vor allem auf das politisch labile Ungarn, aber auch auf Polen ausgedehnt.³³

3. Der Aufstand in Polen

Es ist insbesondere für die Aufstandsbewegung in Polen und Ungarn im Herbst 1956 von Interesse, dass die im Sommer 1953 gewonnenen Erfahrungen, die in die NSC-Strategiepapiere 158 und 174 eingeflossen waren, kontinuierlich für die nächsten drei Jahre fortgeschrieben worden waren. Fast völlig unverändert tauchten die genannten einschlägigen Schlußfolgerungen im Juli 1956 im NSC-Papier 5608 auf. Für die weitere Entwicklung der Befreiungsidee war aber ebenso von Bedeutung, dass der Erwartungsdruck an den Westen, die USA und insbesondere an die Praktiker der Psychologischen Kriegsführung nach 1953 kontinuierlich weiter angestiegen war. Den Vorwurf, 1953 durch fehlenden Mut eine große historische Chance zur friedlichen Befreiung von Satellitenstaaten verspielt zu haben, wollten die Verantwortlichen nicht auf sich sitzen lassen.³⁴ Entsprechend verstärkten sie ihre Bemühungen im Vorfeld der Aufstände von 1956. Als Chruschtschow im Februar 1956 in einer Geheimrede überraschend die so genannte Entstalinisierung begann, setzte die CIA sofort eine ganze Arbeitsgruppe darauf an, den explosiven Text zu beschaffen. Als man ihn im April 1956 in den Händen hielt, wurde er hunderttausendfach als Flugblatt über Ostmitteleuropa abgeworfen. In den USA galt die Rede auch unter jenen, die der Befreiungspolitik eher kritisch gegenüberstanden, als „pures Gold“.³⁵ Nach amerikanischen Erkenntnissen war die Resonanz auf die Flugblätter hervorragend. Im Auswertungsbericht vom Oktober 1956 war zu lesen, dass sie tatsächlich die „politische Evolution“ in den kommunistischen Staaten förderten.³⁶ Dies sah man in Ungarn noch deutlicher als in Polen, denn dort, so der Bericht, stehe die politische Propaganda aus dem Westen immer noch im dem Verdacht, den Ambitionen der Bundesrepublik in Bezug auf die „verlorenen Ostgebiete“ zu dienen. Es herrsche die Auffassung vor, Westdeutschland wolle mit Hilfe der Amerikaner die Grenzen von 1937 wiederherstellen, das heißt, die Befreiungspolitik zur Wiederherstellung der alten Reichsgrenzen nutzen.³⁷

Für das Verständnis der insbesondere ab Februar 1956 geradezu euphorischen Einschätzung der Möglichkeiten zur „Befreiung des Ostens“ in den offiziellen und halboffiziellen bzw. privaten Institutionen und Organisationen ist zu berücksichtigen, dass man nach der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 die Hoffnung auf einen Wandel im Osten bereits verloren hatte.³⁸ Nach dem Stimmungseinbruch nach den Aufständen 1953 zeigte sich im Frühjahr 1956 zum ersten Mal wieder echte Bewegung in den Satellitenstaaten. In der NSC-Konferenz am 22. März 1956 sprach Allen Dulles in Anlehnung an seine Ausführungen während des Juni-Aufstandes 1953 sogar wieder von „großen Möglichkeiten“.³⁹ Zwei Wochen später, am 24. April, bestätigte auch der regelmäßige „Intelligence Brief“ des State Department die Auffassungen der CIA. Allen Dul-

les fasste alle Hoffnungen in der US-Administration zusammen, als er auf der NSC-Konferenz am 10. Mai 1956, also knapp fünf Wochen vor dem so genannten „Posener Aufstand“ erklärte, die Entstalinisierung „repräsentiere für die USA die größte Chance der letzten zehn Jahre.“⁴⁰ Diese Chance wollte man sich im Übrigen auch nicht durch Zweifel und Kritik seitens der Verbündeten verderben lassen. Als die Regierung der Bundesrepublik, von deren Territorium aus die Mehrzahl der Flugblattoperationen startete, im Frühjahr 1956 aufgrund eines erneuten Flugzeugabsturzes zum wiederholten Male die Ballonaktionen zur Disposition stellte, kam es am 27. April zu einer denkwürdigen Unterredung zwischen Vertretern des westdeutschen Auswärtigen Amtes auf der einen Seite und Vertretern von Radio Freies Europa sowie US-Botschafter James Conant auf der anderen Seite. Dass Conant hier „mit unangebrachter Schärfe“, wie das deutsche Protokoll irritiert vermerkte, gegenüber den Deutschen auf der Weiterführung der Ballonaktionen bestand, hatte eindeutig etwas mit der gerade begonnenen Offensive und den amerikanischen Hoffnungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU zu tun. Die bundesdeutschen Partner stellten schließlich ihre Bedenken wieder zurück. Das Ostlektorat des Auswärtigen Amtes wies am 4. Juli – also knapp zwei Wochen nach dem Beginn des Aufstandes in Polen – darauf hin, dass „es im Augenblick nicht darauf ankommt, die Wirksamkeit dieser Aktion zu prüfen, sondern den Eindruck zu vermeiden, die Bundesregierung würde in einem vielleicht entscheidenden Augenblick [!] eine Propaganda verhindern, die sie jahrelang hingenommen [!] hat“.⁴¹

Als in Polen die Unruhen am 22. Juni 1956 als klassische Arbeiterdemonstration begannen, sprangen die Übereinstimmungen zum Jahr 1953 unmittelbar ins Auge. Die SED befürchtete entsprechend früh ein Übergreifen des Aufruhrs.⁴² Im Zentrum der Unruhen, im westpolnischen Poznan, herrschten zwar besondere wirtschaftliche und politische Bedingungen. Grundsätzlich jedoch entsprach die dortige Stimmung der politischen Atmosphäre im übrigen Land.⁴³

Die Zwangskollektivierung und die forcierte Industrialisierung hatten auch hier mehr Probleme als Lösungen erzeugt. Neu war, dass die polnische Presse bereits seit 1954 die Entwicklung mit teils scharfer Kritik begleitete und die Bevölkerung umfassender als in anderen Satellitenstaaten über Fehlentwicklungen informiert war. In der Arbeiterschaft sorgte auch diesmal die Erhöhung der Normen für den nötigen Zündstoff. Nachdem am 27. Juni in Warschau die Gespräche zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Regierung Jósef Cyrankiewicz gescheitert waren, standen am Vormittag des 28. Juni rund 100.000 Menschen auf den Straßen von Poznan, wo sich der Protest, wie drei Jahre zuvor in der Tschechoslowakei und der DDR, schnell radikalisierte. Die Demonstranten sangen religiöse und nationale Lieder, stürmten dann das

Stadtgefängnis und beantworteten die Schüsse von Polizei und Armee schließlich mit eigenen Waffen. Die Arbeiterdemonstration war wieder zu einem bewaffneten Volksaufstand geworden. Die offizielle Bilanz entsprach auffallend genau der des 17. Juni in der DDR: 53 Menschen waren getötet worden, etwa 200 wurden verletzt.

In Ungarn sollte die Bilanz wenig später weitaus blutiger ausfallen. Auch in Ungarn waren die Kommunisten in der Bevölkerung verhasst geblieben.⁴⁴ Der Mitte Oktober 1956 vom neugegründeten ersten unabhängigen Studentenverband vorgelegte Forderungskatalog zeigte, was man wollte: Ernennung des Reformers Imre Nagy zum Ministerpräsidenten, Überprüfung der Arbeits- und Ablieferungsnormen, Mehrparteiensystem, freie Wahlen, bürgerliche Freiheiten, nationale Unabhängigkeit der Wirtschaft, Wiedereinführung der ungarischen Nationalsymbole und -feiertage.⁴⁵ Erst kürzlich freigegebene Dokumente über die Entscheidungsfindung in Moskau zeigen, dass der ungarische Ministerpräsident Ernő Gerő am Abend des 23. Oktober den sowjetischen Militärattaché um Truppenunterstützung bat. Dies war aus formalen Gründen zunächst abgelehnt, dann aber von Chruschtschow in einer telefonischen Diskussion mit Gerő zugesagt worden. Den Hintergrund für die sowjetische Entscheidung bildeten die parallel sich entwickelnde Suez-Krise und die Furcht, auch noch in Europa an Einfluss zu verlieren.⁴⁶ Die Rote Armee schlug zwischen dem 4. und 11. November 1956 den Aufstand in Ungarn blutig nieder. Die ungarische Seite meldete 300 Tote und rund 1.000 Verwundete. Die Sowjets sprachen von 669 Toten und 1.540 Verwundeten. Auch in Ungarn war wie in allen anderen aufständischen Staaten mit der Niederwerfung der Unruhen nicht das Ende des Widerstandes erreicht. Streiks flammten noch monatelang immer wieder auf.

Die US-Regierung reagierte während der Aufstände in Polen und Ungarn weitgehend wie im Juni 1953. Über Polen war man am 28. Juni informiert. Außenminister Dulles äußerte, jetzt müsse man den Druck fortsetzen. Wenn im sowjetischen Machtbereich etwas beginne, sich aufzulösen, sei es möglich, dass es schnell gehe. („When they begin to crack, they can crack fast. We have to keep the pressure on.“)⁴⁷ Keinesfalls aber wollte man in die Kämpfe direkt eingreifen. Bereits am Nachmittag des 29. Juni hatten der Außenminister und der CIA-Chef eine Nahrungsmittelhilfe für Polen beschlossen. Die Operation allerdings sollte – auch dies eine Schlussfolgerung aus den 1953 gewonnenen Erfahrungen – vom Internationalen Roten Kreuz durchgeführt werden, um den Eindruck einer amerikanischen Propagandaaktion zu vermeiden.⁴⁸ Während man über die eingeleiteten verdeckten Operationen zur Verschärfung der innenpolitischen Lage nach wie vor nur wenig sagen kann, außer der Tatsache, dass solche Maßnahmen zur „zur Nutzung (exploitation) der Unruhen in Posznan“ ein-

geleitet wurden,⁴⁹ sind die Schritte der Psychologischen Kriegsführung rekonstruierbar. Zum einen strebten die Amerikaner eine diplomatische Verurteilung der Niederschlagung des Aufstandes durch die Vereinten Nationen an.⁵⁰ Zum anderen wurde die bisherige Radiopropaganda noch einmal intensiviert: Die ersten Sendungen, die sich mit Polen beschäftigten, wurden von RFE einen Tag nach Beginn der Demonstrationen in Poznan am 29. Juni ausgestrahlt. In den Kommentaren wurde wiederum vor allem unterstrichen, dass es keinen Kompromiss zur Freiheit geben könne. Entsprechende Erklärungen gab es von amerikanischen Politikern, die zum Teil über die Medien auch in Ostmitteleuropa bekannt wurden und entsprechende Hoffnungen auslösten. Allerdings war die Besorgnis, die Situation zu verschärfen, vorhanden. So erhielt RFE, nachdem es zu sowjetischen Truppenaufmärschen an der Grenze zu Polen gekommen war, von der New Yorker Leitung die Anweisung, keine Programme auszustrahlen, die als Öl im Feuer verstanden werden konnten.⁵¹ Druck übte man vor allem auf die polnische Abteilung bei RFE aus, um zu verhindern, dass Scharfmacher die Situation zusätzlich anheizten. Gleichzeitig war Eisenhower allerdings auch bemüht, den innenpolitischen Erwartungen – nicht zuletzt der Millionen polnischstämmigen US-Bürgern – vor den Präsidentschaftswahlen im November gerecht zu werden und das amerikanische Interesse an einem politischen Wandel in Polen zu unterstreichen. In den offiziellen Stellungnahmen Eisenhowers sind diese wahltaktischen Erwägungen nicht zu übersehen.

Wie deutlich die polnischen Demonstrationen im Juni 1956, die in den friedlichen „Polnischen Oktober“ mündeten, für die US-Regierung wiederum als Bestätigung des bisherigen außenpolitischen Kurses gewertet wurden, zeigte sich, außer in den erwähnten NSC-Papieren, vor allem in dem kurz danach verabschiedeten Wahlkampfprogramm der Republikanischen Partei am 21. August 1956. Das Papier wiederholte im Wesentlichen die Formulierungen des Parteiprogramms von 1952, das damals unzweideutig auf die Befreiungspolitik gesetzt hatte, unterstrich aber darüber hinaus die bisherigen Erfolge der „Liberation Policy“.⁵² Die „Wahlplattform“ betonte zudem ausdrücklich, dass man auch in Zukunft sowohl an der Befreiung Osteuropas als auch an der Befreiung Ostdeutschlands festhalten werde. Es ist schwer zu entscheiden, ob gerade dies für die Hoffnungen des zwei Monate später beginnenden Ungarischen Aufstandes eine Rolle spielte. Unbestreitbar ist aber, dass die Aufständischen hier speziell auf den militärischen Einsatz des Westens hofften.

4. Der Ungarische Aufstand

Als der Ungarische Aufstand am 23. Oktober mit Studentendemonstrationen begann, sah es für die US-Regierung nach einer Wiederholung der pol-

nischen Ereignisse aus, zumal sich die Ungarn sichtlich eng an das polnische Vorbild hielten. Zudem war man in den ersten Tagen nur unvollkommen über die Vorkommnisse in Budapest informiert, da der Kontakt zur amerikanischen Legation unterbrochen worden war und keine Telegramme und Telefongespräche durchkamen.⁵³ Als am 25. Oktober ein erster Kabelbericht eintraf, lag der Berichtersteller dabei, wie CIA-Chef Allen Dulles dem NSC mitteilte, auf dem Fußboden der Budapester US-Vertretung, um nicht von Schüssen getroffen zu werden.⁵⁴ Abgesehen davon, dass die Situation auf diese Weise auch für die weit entfernten Beobachter ein viel dramatischeres Bild als in Polen vermittelte, handelte die US-Regierung wie während des „Posener Aufstandes“. Dies bestätigte ausdrücklich auch das am 31. Oktober 1956 vorgelegte erste NSC-Papier zum Fall Ungarn.⁵⁵ Die USA beharrten darauf, die sowjetische Intervention offiziell vor den Vereinten Nationen verurteilen zu lassen und Außenminister Dulles veranlasste bereits am Abend des 23. Oktober erste Schritte in dieser Richtung.⁵⁶ Ansonsten blieb die Reaktion nach dem Beginn der blutigen Auseinandersetzungen aber erstaunlich farblos. Während der obligatorischen NSC-Zusammenkünfte, in der CIA-Chef Allen Dulles am 26. Oktober über die Kämpfe der vorangegangenen beiden Tage berichtete, gab es allerdings dann doch Diskussionen darüber, ob ein westliches Eingreifen prinzipiell möglich sei.⁵⁷ Als reale Option wurde dies allerdings nicht angesehen.⁵⁸ Zu groß war die Gefahr des militärischen Konflikts mit der UdSSR. Eisenhower teilte der Runde mit, seine größte Sorge sei, die in die Ecke getriebene sowjetische Führung werde einen Weltkrieg auslösen, um sich selbst zu retten.⁵⁹

Am gleichen Tag beauftragte der Präsident aufgrund dieser Unsicherheiten zunächst noch einmal das NSC, eine neue Analyse über die Vorgänge in Polen und Ungarn und die möglichen Optionen des Westens anzufertigen. Das wenige Tage später vorgelegte Papier (NSC 5616 vom 31. Oktober) hielt prinzipiell drei Reaktionen für denkbar, wenn auch nicht in gleichem Maße wünschenswert: Die erste sei, die Sowjets durch Verschärfung des UN-Drucks davon abzuhalten, tatsächlich einzumarschieren, während man gleichzeitig aus dem Westen medizinische Hilfe und Nahrungsmittel in das Land bringe. Möglich sei aber zweitens noch immer die Entscheidung für eine direkte Unterstützung der „Rebellen“. Man könne diese sowohl als diplomatische Anerkennung oder als offene militärische Hilfe leisten. Voraussetzung sei allerdings, dass die Regierung Nagy in der Lage sei, einen Teil Ungarns zu halten. Eine dritte Möglichkeit wurde darin gesehen, für Ungarn eine „Österreich-Lösung“, also eine Neutralisierung anzustreben.⁶⁰ Wie man den Spagat zwischen Hilfe für die Selbstbefreiung und der Verhinderung eines Weltkrieges meistern sollte, wusste auch das NSC nicht. So blieb im NSC-Papier eine Kompromissformel stehen, die in der Praxis

undurchführbar war: Man solle sich um Hilfe für die Aufständischen bemühen und die Kräfte in den Satellitenstaaten ermuntern, sich für den Westen zu entscheiden. Dies dürfe allerdings nur so geschehen, dass keine Gegenreaktionen provoziert würden, da diese alle bereits erreichten Liberalisierungsfortschritte wieder zerstören könnten.⁶¹

Später, am 12. November – der Aufstand war bereits niedergeschlagen – kam es zu einem denkwürdigen Gespräch zwischen Eisenhower und dem im Krankenhaus befindlichen Außenminister John Foster Dulles. Hier räumte der Präsident ein, man habe die gesamte Situation in Ungarn falsch eingeschätzt und auch nicht gewusst, was man zu tun habe. Der Präsident sagte, notierte Dulles später, dass die Bilder, die er aus Ungarn gesehen habe, gezeigt hätten, dass die Kämpfe vor dem Einmarsch der Russen weitaus bedeutungsvoller gewesen seien, als er eigentlich geglaubt habe.⁶²

Auch andere überlieferte Äußerungen aus der US-Administration weisen darauf hin, dass man während des Aufstandes eher hilflos und starr nach dem als erfolgreich eingeschätzten Muster der vergangenen Jahre verfuhr. So war es angesichts der Ängste vor einem weltweiten Nuklearkrieg vielleicht noch verständlich, dass Eisenhower überhaupt nicht reagieren mochte, als Imre Nagy am 1. November einseitig die Unabhängigkeit Ungarns und den Austritt aus dem Warschauer Pakt erklärte und gleichzeitig um westlichen Schutz bat. Nur noch vor dem Hintergrund gravierender Fehlinterpretationen und schematischen Festhaltens an den eingefahrenen Denkweisen ist es jedoch zu begreifen, dass John Foster Dulles noch am 27. Oktober eine klassische Befreiungsrede in Texas hielt. In einer Veranstaltung des „Dallas Council of World Affairs“, in der er zum Thema „The Task of Waging Peace“ sprach, betonte er unter Bezug auf den Zweiten Weltkrieg als „War of Liberation“ und die mittlerweile fünfzehn Jahre alte Atlantik-Charta sowie die UN-Deklaration, die USA hätten kein höheres Ziel als die Unabhängigkeit der sowjetischen Satellitenstaaten.⁶³ Und er fügte einen Satz hinzu, den man ebenfalls wieder als Versprechen interpretieren konnte: Die versklavten Nationen, so Dulles, sollten keinen Grund haben, daran zu zweifeln, dass sie in den USA einen aufrichtigen und treuen Freund haben, der ihre Hoffnungen teilt.⁶⁴

Die Dulles-Rede in Texas am 27. Oktober ist von den Kritikern der amerikanischen Befreiungspolitik immer besonders scharf angegriffen worden, weil sie Hoffnungen genährt habe.⁶⁵ James Marchio hat in seiner Untersuchung über „Rhetorik and Realität“ in der US-Regierungspolitik diese mehr als zweideutige Passage etwas nachsichtiger als Hinweis darauf gewertet, dass Dulles den Widerstandsgeist der Ungarn ermutigen, gleichzeitig aber den Sowjets keine Handhabe für die Behauptung geben wollte, die USA förderten direkt die Auf-

ständischen.⁶⁶ Abgesehen von der Tatsache, dass die Moskauer Führung nach dieser Rede keinesfalls ausschließen konnte, dass die USA den Ungarn nicht trotzdem geheime Unterstützung zukommen ließen, konnte die Ermutigung von Widerstand bei gleichzeitigem Wissen darüber, dass eine direkte westliche Hilfe für den Aufstand nicht in Frage kommen würde, moralisch nur zweifelhaft sein.⁶⁷ Dies war umso problematischer als die Grundaussagen der Rede auch als Pressemitteilung unter anderem in den Nachrichten der Rundfunksender ausgestrahlt wurden.⁶⁸ Auch an den folgenden Tagen wurde in verschiedenen offiziellen Verlautbarungen von Hilfen gesprochen; häufig wiederum ohne diese genauer zu spezifizieren.⁶⁹ Auch die Stellungnahme der US-Regierung am 28. Oktober sprach allgemein von „assistance“, wobei diesmal allerdings ausdrücklich die Beteiligung des Roten Kreuzes erwähnt wurde.⁷⁰

Dulles selbst versuchte am 29. Oktober noch einmal, seine problematische Rede zu erläutern. In einem Telegramm an den US-Botschafter in Moskau, Charles Bohlen, in welchem er auch den beanstandeten Teil noch einmal wörtlich zitierte, beteuerte er, dass alles, was er gesagt habe, auf höchster Ebene vorher besprochen und abgeseget worden sei. Charles Bohlen wiederum versicherte ihm in einem Telegramm, dass er ohnehin nicht glaube, dass die Rede überhaupt bei der sowjetischen Führung oder auch in Ungarn großen Eindruck hinterlassen habe.⁷¹ Ob dies tatsächlich so war, muss dahingestellt bleiben. Immerhin belegt diese Episode aber, wie verunsichert Dulles mittlerweile über die Wirkung seiner Reden war. Die Hilfsankündigungen für Ungarn in der Rede wurden allerdings schließlich doch noch von der Propaganda im Osten verwandt, um die angeblichen Interventionsabsichten des Westens zu dokumentieren. Hier wurden sie so interpretiert, wie sie Dulles eben gerade nicht verstanden wissen wollte: Die Hilfe sei die Belohnung des Westens für den Aufstand.⁷²

Offizielle militärische Hilfe, so kann man zusammenfassen, war für Eisenhower weder 1953 noch 1956 eine ernsthafte Option. Dies hätte nicht nur seiner eigenen Auffassung widersprochen, sondern der seit Jahren gängigen Praxis der Befreiungspolitik. Allerdings musste der US-Präsident wohl zweimal ausdrücklich das Ansinnen aus Geheimdienstkreisen ablehnen, Waffen an die Ungarn zu liefern.⁷³ Was nachweislich dennoch stattfand, war der geheime Einsatz einer durch die CIA angeleitete Emigranteneinheit („Red Sox/Red Caps“) in Ungarn ab dem 23. Oktober 1956.⁷⁴ Eisenhower wusste davon offensichtlich nichts. Die „Red Sox/Red Caps“ ihrerseits fühlten sich durch die jahrelangen offiziellen Bekenntnisse zur Befreiungspolitik grundsätzlich gedeckt. Die Einheit ging in den Kämpfen unter.

Bennet Kovrig hat schon 1973 in seiner Untersuchung über den „Mythos Befreiungspolitik“ mit Recht festgestellt, dass für die US-Regierung schließlich

die Vereinten Nationen zum maßgeblichen Austragungsort des ungarisch-sowjetischen Konflikts wurden.⁷⁵ Auch bei den Verbündeten der USA bestand kein Wille, den aufständischen Ungarn militärisch beizustehen.⁷⁶ Eisenhower merkte dazu fünf Jahre nach dem Aufstand an, ein UN-Mandat für einen „full-out war“ sei nicht zu erwarten gewesen und schließlich seien zu dem Zeitpunkt, als sich der „fait accompli“ des sowjetischen Einmarsches ereignete, weder die USA noch irgendein anderes Land kräftemäßig in der Lage gewesen, mit der Sowjetunion einen „größeren Krieg“ („major war“) zu führen.⁷⁷ Auf den Einwurf, in anderen Regionen sei dies, wie das Beispiel Libanon 1958 gezeigt habe, sehr wohl möglich gewesen, hatte Eisenhower geantwortet, der Unterschied zu Ungarn habe darin gelegen, dass es keinerlei Verträge gegeben habe und es die ungarische Regierung zudem versäumt habe, offiziell westliche Hilfe anzufordern. Man muss hinzufügen: Der Libanon lag auch nicht im hochgerüsteten Mittel-europa, wo die Gefahr eines Nuklearkrieges immer gegeben war.

5. Ein Fazit: Die Befreiungspolitik und ihre Grenzen

In Ungarn wurde nicht anders gehandelt als während der vorangegangenen Aufstände. Die getroffenen Entscheidungen beruhten auf der seit dem Beginn des Kalten Krieges verfolgten Doppelstrategie, einerseits alles zu tun, um den Dritten Weltkrieg zu vermeiden, andererseits aber auch alles unterhalb dieser Schwelle Mögliche nicht zu unterlassen, um die bestehenden Probleme des Gegners in diesem „Krieg der Ideen“ zu vergrößern und ihm die Herrschaft in seinem Machtbereich zu erschweren, wenn nicht sogar unmöglich zu machen. Ansonsten ging die Strategie der Eisenhower-Administration dahin, „die Dinge laufen zu lassen“, wie auch ein Insider, der US-Botschafter Jacob Beam, im Rückblick vermerkte,⁷⁸ und vor allem einen Atomkrieg zu vermeiden.

Dass Eisenhower im wesentlichen „die Dinge laufen ließ“ oder wie in der Frage der CIA-Emigranteneinheit einfach nicht informiert war, fand sein Pendant in der fehlenden offiziellen Überwachung der vielen halbamtlichen und privaten Befreiungsorganisationen. Die Gruppen, die man seit den vierziger Jahren zum Teil auch finanziell erheblich gefördert hatte und die nach dem DDR-Aufstand 1953 als „machtvolle Instrumente“ viel offizielle Zustimmung erfuhren, blieben auch während der Aufstände 1956 ohne wesentliche Kontrolle. Dies macht ein Mitschnitt einer Sendung eines „Ungarischen Verbandes ehemaliger Soldaten“ deutlich, hinter dem die unter anderem aus CIA-Mitteln seit Ende der vierziger Jahre unterstützte radikale russische Befreiungsgruppe NTS stand.⁷⁹ In diesem Programm war dezidiert die militärische Unterstützung des Westens für Ungarn angekündigt worden, sofern es den Aufständischen gelinge, sich weiter gegen die Sowjets zu behaupten. Die propagandistisch

überaus aktiven NTSler standen zur selben Zeit auch hinter einer gefälschten Ausgabe des *Neuen Deutschland*,⁸⁰ mit dem nach Auffassung des westdeutschen Auswärtigen Amtes versucht werden sollte, den Aufstand in die DDR auszuweiten.⁸¹

Inwiefern die DDR-Bevölkerung drei Jahre nach ihrem Aufstand auf die polnischen und ungarischen Ereignisse reagierte, blieb eine Frage, die die Amerikaner und die bundesdeutschen Behörden intensiv weiterbeschäftigte. Ein erstes Fazit versuchte das Auswärtige Amt am 14. Dezember 1956 zu ziehen. Man kam zu dem Ergebnis, die DDR-Bevölkerung habe nicht nur ausdrücklich eine Liberalisierung im eigenen Land im Anschluss an den Aufstand von 1953 erhofft, sondern auch ein stärkeres Engagement des Westens während der Revolution in Ungarn.⁸² Der größte Teil der ostdeutschen Bevölkerung sei ständig über die westlichen Rundfunkstationen informiert gewesen. Man könne nicht verkennen, „dass der unglückliche Ausgang des Ungarnaufstandes eine stark deprimierende Wirkung auf die [DDR-]Bevölkerung ausgeübt hat, die umso größer ist, als man sich vom Westen allgemein [...] verraten fühlt“. Es werde wohl noch lange dauern, bis den Menschen in der DDR klar geworden sei, dass ein Eingreifen der Westmächte in Ungarn die Auslösung eines dritten Weltkrieges hätte bedeuten können.

Ähnlich sah man es auch in anderen westlichen Berichten, wie sie Ende 1956 auch vom Bundesnachrichtendienst (BND) vorgelegt wurden. Die Ereignisse in Polen und Ungarn, „das Erlebnis des Befreiungskampfes eines Volkes vom bolschewistischen Joch und sein andauernder Widerstand auch nach der Niederwerfung des Aufstandes“, hätten einerseits „die Legende von der Unüberwindlichkeit kommunistischer Herrschaft von innen zerstört und das Bewusstsein der eigenen Kraft gestärkt“.⁸³ Andererseits habe die militärische Zerschlagung durch die Rote Armee und die „passive Haltung der Freien Welt der Bevölkerung die realistische Erkenntnis ihrer beschränkten Möglichkeiten vermittelt“ und die Auffassung verstärkt, „dass sie in ihrem Kampf um Selbstbehauptung und Besserung ihrer materiellen Lage letzten Endes auf sich allein gestellt“ sei.⁸⁴ Das politische Prestige des Westens habe durch sein „Versagen in Ungarn“ erneut schwer gelitten, resümierte der BND, aber fast unbeschädigt davon sei die grundsätzliche wirtschaftliche Anziehungskraft des Westens geblieben.⁸⁵ Vor allem die vorwiegend gebildeten und politisch interessierten Auswanderer aus Ungarn, die nach dem blutigen Ende des Ungarischen Aufstandes nach Westeuropa und in die USA emigrierten, verstärkten in den folgenden Monaten und Jahren die Diskussion um die Verantwortlichkeit des Westens für die Aufstände im Ostblock 1953 und 1956. Sie schufen damit die Basis für Wandel und Kontinuität der Befreiungspolitik in den folgenden Jahren.

Die seit 1955 beginnende Annäherung der Blöcke, die in der amerikanischen Öffentlichkeit anhaltende Kritik an der Befreiungspolitik und schließlich der Tod ihres wichtigsten Vertreters John Foster Dulles im Jahr 1959 führten dann dazu, dass die „Liberation Policy“ mit ihrer bisher vorherrschenden Richtung auf Osteuropa und die DDR weitgehend verschwand. Der entscheidende Wandel zeigte sich dann in der Mauerkrise 1961, in der die USA zwar gewillt waren, um die ihnen vertraglich zugesicherten Rechte in Berlin notfalls militärisch zu kämpfen, keinesfalls aber wegen des Mauerbaus allein einen Atomkrieg zu riskieren. Während sich aufgrund der Furcht vor militärischen Verwicklungen in Europa der Schwerpunkt der offensiven Rollback-Politik nun sichtbar auf die Dritte Welt verlagerte, wo Kuba und Vietnam sich als die kommenden Konfliktfelder abzeichneten, wechselte die USA unter Kennedy im hochgerüsteten Europa zu einer Politik der Bewahrung des Status Quo, die dann allmählich in eine Entspannungspolitik überging. Aber auch nach dem Mauerbau blieben bei den Amerikanern zunächst die Befürchtungen groß, es werde deswegen einen erneuten Aufstand in Ostdeutschland geben.⁸⁶ Umso überraschter registrierte schließlich auch die CIA, dass der Mauerbau 1961 keinen neuen Juni-Aufstand 1953 nach sich zog.

Anmerkungen

- ¹ Dazu ausführlich: Stöver, B., Die Befreiung vom Kommunismus, Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991, Köln 2002. Vgl. auch: Stöver, B., Der Westen und die Aufstände im Osten, Formen der Einflussnahme und Reaktionsmuster im Vergleich, in: Bispinck, H. u.a. (Hrsg.), Aufstände im Ostblock, Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 257-274.
- ² Our mission was to keep hope alive - hope for eventual liberation, and to develop and sustain a spirit of resistance to the oppressor without inciting to overt acts which under the present situation would simply result in getting the bravest people killed." Speech made at the Commencement Exercises of the Harvard University Graduate School of Business Administration, 23.5.1952, S. 2; Eisenhower Library, Abilene, USA (ELA), C. D. Jackson Papers (CDJ-P), Box 83, Folder: Time Inc. File-Speeches-50-52.
- ³ Vgl. Stöver, Befreiung, S. 186ff.
- ⁴ Dazu die USIA-Meldung an "All USIS Posts", 26.8.1953, National Archives Washington, USA (NAW), Record Group (RG) 466, Berlin Element, Eastern Affairs Division, Security-Segregated General Records, 1948-52, Pepco, Box 3, Folder: US Western Strategy Tactics, Politics, 1949-53. Zum Forschungsstand: Kleßmann, Chr. u.a., Das Krisenjahr 1953 und der 17. Juni in der historischen Forschung, in: Ders. u.a. (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 9-25.
- ⁵ Vgl. Pernes, J., Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung, in: Kleßmann, Chr. u.a. (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 93-113; hier: S. 94.
- ⁶ Vgl. z.B. Reported Coercion of Slovaks by Czechs, 6.10.1952; NAW, RG 319, General Decimal File, 1952, Box 109, Folder: G-3 091 Czechoslovakia (Sec. I).
- ⁷ Vgl. [C. D. Jacksons] Speech made at the Commencement Exercises of the Harvard University Graduate School of Business Administration, 23.5.1952, S. 5; ELA, CDJ-P, Box 83, Folder: Time Inc. File-Speeches-50-52.
- ⁸ Ulc, O., Pilsen: The Unknown Revolt, in: Problems of Communism 14 (May-June 1965), S. 46-49.
- ⁹ "Limited sources report machinery Pilsen Leninworks destroyed, workers not (repeat not) permitted

- enter, Town Hall pillaged and archives burned, US flag waves." Botschaft Prag an US-Außenminister, 10.6.1953, S. 2; NAW, RG 59, Mikrofilm LM 85, Rolle 10.
- ¹⁰ Department of State, For the Press, 12.10.1949; NAW, RG 59, Lot 64 D 563, Box 15, Folder: o. Bez.
- ¹¹ Vgl. zum Bericht auch: Ostermann, Chr., "Die beste Chance für ein Rollback"?, Amerikanische Politik und der 17. Juni 1953. in: Kleßmann, Chr. u. a. (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln 1999, S. 115-139.
- ¹² Office Memorandum Carroll an Gray, 20.9.1951, o.S.; Truman Library Independence, USA (TLI), Harry S. Truman Papers (HST-P), Psychological Strategy Board (PSB), Box 14, Folder: 091.411, Agenda for PSB Meeting 1951-52. Hervorhebung im Original.
- ¹³ Draft on Statement of Policy on United States Position with Respect to Germany, S. 4, Anhang zu Schreiben Fuller an Bowie, 24.6.1953; NAW, RG 59, Lot 64 D 563, Box 16, Folder: o. Bez.
- ¹⁴ Schultze, P., "Sie waren eine wunderbarer Team", in: Rexin, M. (Hrsg.), Radio - Reminiszenzen, Erinnerungen an RIAS Berlin, Berlin 2002, S. 53-61; hier: S. 58.
- ¹⁵ Vgl. Klemperer, V., So sitze ich zwischen allen Stühlen, Tagebücher 1945-1959, 2 Bde., Berlin 1999; Bd. II, S. 387.
- ¹⁶ Taylor, E., RIAS: The Story of an American Psywar Outpost, in: Daugherty, W. E., A Psychological Warfare Casebook, Baltimore 1958, S. 145-150; hier: S. 147.
- ¹⁷ Zitiert nach Ostermann, Chr., New Documents On the East German Uprising of 1953, in: Cold War International History Project Bulletin, Issue 5, Spring 1995, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington, S. 10-21; hier: S. 15.
- ¹⁸ Vgl. Office Memorandum, HICOG (Mehlem) an HICOG (Berlin), 17.11.1953, Subject: Leaflet Dropping in the Soviet Zone; NAW, RG 466, Berlin Element, Eastern Affairs Division, Security-Segregated General Records, 1948-1952, Pepco, Box 3, Folder: 352.06: Secret and Open Anti-Regime+Anti-USSR Organizations+Activities, 1949-53.
- ¹⁹ Vgl. Berger, S., "Ich nehme das Urteil nicht an" - Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal, Berlin 1998, S. 14ff.
- ²⁰ Vgl. Protokoll 150th Meeting of the NSC, 18.6.1953, S. 7; ELA, Dwight D. Eisenhower Papers (DDE-P), Ann Whitman File (AWF), NSC Series, Box 4, Folder: 150th NSC Meeting.
- ²¹ Vgl. ebd., S. 8. Folgende Wiedergaben ebd., S. 11.
- ²² Vgl. Protokoll 150th Meeting of the NSC, 18.6.1953, S. 8; ELA, DDE-P, AWF, NSC Series, Box 4, Folder: 150th NSC Meeting. Folgende Wiedergaben ebd., S. 12. Vgl. dazu die Äußerung von Jackson gegenüber dem Operations Coordinating Board (OCB): "As you can imagine, the big problem we face when we call for action behind the Iron Curtain is the extend to which we are willing to back that action if serious trouble develops. It would be both immoral and inefficient to provoke massacres, which would not only kill off the best men, but also destroy our position in the minds of the people behind the Iron Curtain. However, I do not want you to think that we are overwhelmed by the negative aspects. Quite the contrary." (Jackson an das OCB, 4.8.1953; ELA, CDJ-R, Box 1, Folder: OCB-Miscellaneous Memos (2).)
- ²³ Vgl. Record of Action by the NSC at its 150th Meeting, 18.7.1953; ELA, DDE-P, AWF, NSC-Series, Box 1, Folder: Records of Actions by the NSC 1953 (2).
- ²⁴ "[...] We have powerful instruments in the form of RIAS, the Free Jurists, the Kampfgruppe [gegen Unmenschlichkeit], and the CDU and SPD Ost-Buro, to feed and nurture the spirit of revolt among the people of the Soviet Zone of Germany, who tasted blood June 16-17 and have not yet been brought fully under control". Working Paper Eastern Affairs Division, Berlin Element HICOG, 25.6.1953, in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952-1954, Vol. VII, S. 1597.
- ²⁵ "Ziele und Maßnahmen der Vereinigten Staaten um die Unruhe in den Satellitenstaaten zu nutzen., Abgedruckt bei Ostermann, Chr., Subversive Aktionen gegen die DDR: Die amerikanische Reaktion auf den 17. Juni 1953, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, S. 266-271.
- ²⁶ Vgl. Memo Riddleberger (Director of the Bureau of German Affairs) to Smith (Under Secretary of State), 7.7.1953, in: FRUS 1952-1954, Vol. VII, S. 1611.
- ²⁷ Vgl. Stöver, Befreiung, S. 485ff.
- ²⁸ Auszug aus dem Bericht des GI "Riga", 26.8.1953, BSTu, MfS AS 16/55, Bd. 3, Bl. 38f. Beim "kleinen Telegraf" und der "Tarantel" handelte es sich um antikommunistische Periodika, die auch auf anderen Wegen in die DDR gebracht wurden.
- ²⁹ Originalflugblätter im Bestand ELA, CDJ-R, Box 2, Folder Balloons. Folgende Wiedergaben ebd. Englische Übersetzung der Texte in der Depesche der US-Botschaft Prag vom 21.7.1953, S. 1; NAW, RG 59, DF, 749.00/7-2153. Flugblätter abgebildet in Stöver, Befreiung, S. 448f.
- ³⁰ Vgl. dazu Boldyreff, C. W., Behind the Iron Curtain, How the Russian Underground Is Fighting Stalin's Slavery, in: The American Federationist, May 1951, S. 14-39; hier: S. 14.

- ³¹ Vgl. Stöver, Befreiung, S. 454ff.
- ³² Vgl. Michie, A. A., *Voices through the Iron Curtain: The Radio Free Europe Story*, New York 1963, S. 138.
- ³³ Vgl. Stöver, Befreiung, S. 444ff.
- ³⁴ Vgl. *The New Leader*, 7.9.1953, S. 2-5. Folgende Wiedergabe ebd., S. 2.
- ³⁵ Kennan, zitiert nach Grose, P., *Gentleman Spy, The Life of Allen Dulles*, Boston 1994, S. 425.
- ³⁷ Vgl. Report on Free Europe Press Operations, 3.10.1956, S. 4; ELA, CDJ-P, Box 54, Folder: FEC, 1956 (4).
- ³⁸ Vgl. ebd., S. 3.
- ³⁹ Vgl. *Psychological Implications of Geneva for U.S. Information Programs*, 31.8.1955, S. 2; NAW, RG 273, Declassified "P"-Papers, Folder: P 73.
- ⁴⁰ A. W. Dulles auf dem 280. Treffen des NSC, 22.3.1956; zitiert nach Marchio, J. D., *Rhetoric and Reality, The Eisenhower-Administration and unrest in Eastern Europe, 1953-1959*, Washington: American University, 1990 (ms.), S. 274.
- ⁴¹ "[...] presented the United States with the greatest opportunity we have had in this area for the last ten years". Summary of Discussion, 284th Meeting of the NSC, 11.5.1956; zitiert nach Marchio, *Rhetoric*, S. 282.
- ⁴² Schreiben, 4.7.1956; Auswärtiges Amt-Politisches Archiv (AA-PA), Abt. 7/Mappe 303a.
- ⁴³ Vgl. Die SED ist völlig ratlos, in: *Der Telegraf*, 27.10.1956. Vgl. zur zeitgenössischen Perzeption der Rückwirkungen auf die "Zone" die gesammelten Berichte der AA-Dienststelle Berlin; AA-PA, Abt. 7/Mappe 57.
- ⁴⁴ Vgl. für das Folgende Hartmann, K., *Der Posener Aufstand und der "Polnische Frühling im Oktober"*, in: Lemberg, H. (Hrsg.), *Zwischen "Tauwetter" und neuem Frost, Ostmitteleuropa 1956-1970*, Marburg/L. 1993, S. 1-11; hier: S. 2ff. Zu den Einzelheiten auch Holt, R. T., *Radio Free Europe*, Minneapolis 1958, S. 173ff.
- ⁴⁵ Vgl. als Überblick: Litvan, G. u.a. (Hrsg.), *Die Ungarische Revolution 1956, Reform - Aufstand - Vergeltung*, Wien 1994.
- ⁴⁶ Vgl. ebd., S. 63 u. 64f.
- ⁴⁷ Vgl. Stöver, B., *Der Kalte Krieg*, München 2003, S. 48ff.
- ⁴⁸ *Telephon Call from Allen Dulles*, 28.6.1956; ELA, John Foster Dulles Papers (JFD-P), Telephone Calls Series, Box 5, Folder: Memoranda Tel. Conv., May, 1 to June, 29, 1956 (1).
- ⁴⁹ Marchio, *Rhetoric*, S. 289.
- ⁵⁰ Vgl. ebd., S. 294. Im Gegensatz zu den Vermutungen von Marchio zu den in Polen durchgeführten Covert Activities, veranlassen seine von ihm selbst vorgetragene Indizien eher zu der Schlussfolgerung, dass Verdeckte Operationen zur Förderung des Aufstandes eine völlig untergeordnete Rolle spielten. Mitteilungen über CIA-Operationen zur Förderung weiterer Aufstände im Zusammenhang mit den Posener Unruhen sind nicht nachweisbar. Was vorhanden ist, sind Schuldzuweisungen von sowjetischer Seite, wie sie auch nach dem 17. Juni 1953 üblich waren. So wurde in einer Resolution des ZK der KPdSU zum Posener Aufstand unter Bezug auf die Bewilligung von Geldern für Verdeckte Operationen durch den US-Kongress betont, es sei "klar, dass die volksfeindlichen Demonstrationen in Posen aus dieser Quelle finanziert worden seien" (Kovrig, B., *The Myth of Liberation: East Central Europe in U.S. Diplomacy and Politics since 1941*, Baltimore 1973, S. 168).
- ⁵¹ Vgl. Marchio, *Rhetoric*, S. 291f.
- ⁵² Vgl. ebd., S. 181.
- ⁵³ Vgl. "1956 Republican Platform, Report of the Committee on Resolutions to the Republican National Convention", San Francisco, Cal., 21.8.1956, S. 20; Mudd Library Princeton, USA (MLP), JFD-P, Selected Correspondence (SC), Box 108, Folder: Republican Platform 1956. Folgende Wiedergabe ebd.
- ⁵⁴ Vgl. U.S. is cut off from Budapest, in: *New York Times*, 25.10.1956.
- ⁵⁵ Vgl. Discussion on the 301st Meeting of the NSC, 26.10.1956, S. 1; ELA, DDE-P, AWF, NSC Series, Box 8, Folder: 310st Meeting of NSC.
- ⁵⁶ NSC 5616: U.S. Policy Toward Developments in Poland and Hungary, 31.10.1956, S. 4; NAW, RG 273, Policy Papers, Folder: NSC 5616.
- ⁵⁷ Vgl. für das Folgende auch Marchio, *Rhetoric*, S. 369ff.
- ⁵⁸ Vgl. Discussion on the 301st Meeting of the NSC, 26.10.1956; ELA, DDE-P, AWF, NSC Series, Box 8, Folder: 310st Meeting of NSC.
- ⁵⁹ Ebd., S. 5. ("We should make clear", hatte Harold Stassen als Sonderberater des Präsidenten betont, "that this development would not impel the Western powers to make any warlike move against the Soviet Union".)

- ⁶⁰ Discussion on the 301st Meeting of the NSC, 26.10.1956, S. 5; ELA, DDE-P, AWF, NSC Series, Box 8, Folder: 310st Meeting of NSC, sowie Eisenhower, D. D., The White House Years: Waging Peace, 1956-1961, Garden City 1965, S. 67.
- ⁶¹ NSC 5616: U.S. Policy Toward Developments in Poland and Hungary, 31.10.1956, S. 4; NAW, RG 273, Policy Papers, Folder: NSC 5616.
- ⁶² "Actions taken by the United States and other friendly governments in the present situation should strive to aid and encourage forces in the satellites moving toward U.S. objectives without provoking counter-action which would result in the suppression of 'liberalizing' influences." (Ebd., S. 5)
- ⁶³ Memo of Conversation, 12.11.1956; ELA, JFD-P, White House Memoranda Series (WHMS), Box 4, Folder: Meetings with the President, Aug. thru Dec. 1956 (3). "The President said that the pictures he had seen of Hungary indicated that the fighting before the Russians moved in force was of much greater proportions than we had originally believed."
- ⁶⁴ Press Release 560, S. 6; MLP, JFD-P, SC, Box 105, Folder: Re "Liberation" Policy 1956.
- ⁶⁵ "The captive peoples should never have a reason to doubt that they have in us a sincere and dedicated friend who shares their aspirations". (Ebd.)
- ⁶⁶ Massive Kritik vor allem bei Hedli, D. J., United States Involvement or Non-Involvement In The Hungarian Revolution of 1956, in: International Review of History and Political Science 11 (1974), S. 72-78; hier: S. 73ff.
- ⁶⁷ Vgl. Marchio, Rhetoric, S. 380f.
- ⁶⁸ Vgl. Hedli, Involvement, S. 74. "On the surface it might seem that the United States government could be found guilty on the grounds of using political rhetoric at a time when the Hungarians, dying on the streets of Budapest, were calling out for more substantial forms of aid." (Ebd., S. 75.)
- ⁶⁹ Press Release 560; MLP, JFD-P, SC, Box 105, Folder: Re "Liberation" Policy 1956.
- ⁷⁰ In der Literatur wird vor allem Eisenhowers Rede zum Thema "Emergency Funds For the Relief of Hungarian People" vom 2.11.1956 erwähnt, in der der Präsident davon sprach, dass er autorisiert sei, 20 Millionen als Soforthilfe zu gewähren "to be employed for food and other urgent relief necessary for the alleviation of their sufferings". (Hedli, Involvement, S. 75.)
- ⁷¹ Statement by Secretary of State John Foster Dulles, Department of State, For the Press, No. 562, 28.10.1956; MLP, JFD-P, SC, Box 104, Folder: Re Hungary 1956.
- ⁷² Vgl. Marchio, Rhetoric, S. 383f.
- ⁷³ USA-Imperialisten haben Hände im Spiel, in: Neues Deutschland, 28.10.1956.
- ⁷⁴ Vgl. Prados, J., Presidents' Secret Wars, CIA and Pentagon covert Operations since World War II, New York 1986, S. 124.
- ⁷⁵ Vgl. Stöver, Befreiung, S. 517f.; Ambrose, St. E., Ike's Spies: Eisenhower and the Espionage Establishment, Garden City 1981, S. 238; Corson, W. R., The Armies of Ignorance, The Rise of the American Intelligence Empire, New York 1977, S. 369.
- ⁷⁶ Vgl. Kovrig, Myth, S. 194.
- ⁷⁷ Vgl. ebd., S. 189.
- ⁷⁸ Eisenhower on Hungary (CBS-Sendung "Eisenhower on the Presidency, Part II", 23.11.1961), in: The Hungarian Quarterly, The Voice of Free Hungarians, Vol. 2, No. 1, Jan. 1962, S. 49f.
- ⁷⁹ Vgl. Marchio, Rhetoric, S. 377.
- ⁸⁰ Narodno Trudowoi Sojus (Völkischer Arbeitsbund). Dazu: Stöver, Befreiung, S. 519ff. (Mitschnitt, ebd., S. 778).
- ⁸¹ AA-PA, Abt. 7/Mappe 59. Abdruck des zentralen Aufrufs bei Stöver, Befreiung, S. 530f.
- ⁸² AA-Dienststelle Berlin an AA (Bonn), 2.11.1956, S. 2; AA-PA, Abt. 7/Mappe 57.
- ⁸³ "Auswirkung der Ereignisse in Polen und Ungarn auf die Bevölkerung sowie auf die SED-Führung und die Regierung der Sowjetzone", 14.12.1956, S. 1; AA-PA, Abt. 7/Mappe 57. Folgende Wiedergaben ebd.
- ⁸⁴ "Die psychologische Lage in der SZD (Stand: Jahreswechsel 1956/57)", S. 1; AA-PA, Abt. 7/Mappe 58. Folgende Wiedergaben ebd.
- ⁸⁵ Ebd., S. 2. Zu den Protesten in der DDR während des Ungarnaufstandes vgl. auch Mitter, A. u.a., Untergang auf Raten, Unbekannte Kapitel aus der DDR-Geschichte, München 1995, S. 249ff.
- ⁸⁶ "Die psychologische Lage in der SZD (Stand: Jahreswechsel 1956/57)", S. 8ff.; AA-PA, Abt. 7/Mappe 58.
- ⁸⁷ Vgl. Stöver, B., Mauerbau und Nachrichtendienste, Die CIA und der Wandel der US-Politik in Ostmitteleuropa, in: Hertle, H.-H. u.a., Mauerbau und Mauerfall, Ursachen-Verlauf-Auswirkungen, Berlin 2002, S. 139-146.

Berijas Tod.

Von der Illusion des Wandels zum Wandel der Illusion

Das Jahr 1953 war nicht das Krisenjahr des Staatssozialismus nach sowjetischem Vorbild. Mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR wurde vielmehr die gesellschaftliche und politische Krise des Staatssozialismus erstens zum ersten Mal in einer bis dahin ungekannten Deutlichkeit und Dimension vor der Weltöffentlichkeit sichtbar und damit wurden zweitens grundlegende Unterschiede in der innergesellschaftlichen Kommunikation zwischen der UdSSR und den Ländern ihrer politischen Peripherie in Ostmitteleuropa manifest: Außerhalb der UdSSR waren demokratische Traditionen stärker gesellschaftlich fundiert. Eine neue Entwicklung leitete der Aufstand vom 17. Juni 1953 deshalb ein, weil sich das „Bollwerk Sowjetunion“ von dieser Peripherie her verletzlich zeigte: Die Politik der bis dahin scheinbar übermächtigen UdSSR geriet plötzlich in den Sog gesellschaftspolitischer und kultureller Prozesse ihrer Satelliten. Die Tatsache, dass oft auch noch spätere Massenproteste im „realen Sozialismus“ vor der Weltöffentlichkeit verheimlicht werden konnten, blieb letztlich wirkungslos vor diesem neuen Strukturelement in der Geschichte des Staatssozialismus: Die Ränder wirkten auf das Zentrum ein und begrenzten dessen Aktionsradius.

Massenunruhen im Kommunismus verdienen schon deshalb Interesse, weil es nach der politischen Doktrin im Sozialismus Massenunruhen gar nicht geben durfte. Mit der Abschaffung der Klassegegensätze – in der UdSSR also seit der Stalinschen Verfassung von 1936 – hätten sie nämlich jede soziale und politische Grundlage verloren. In diesem Zusammenhang bringt der tschechische Historiker Karel Kaplan in seinem neuesten Buch einen aufschlussreichen Beleg: Tschechoslowakischen Staatsanwälten wurde es aus ideologisch-politischen Gründen sogar schriftlich verboten, Formen des Gruppen- und Massenwiderstandes aktenkundig zu machen alle Formen sozialer Unruhen sollten sie unter individuellen und politisch konformen Rechtstiteln dokumentieren und verfolgen. Zu den Opfern solch verborgener Quellentücken gehörte auch die Geschichtsschreibung. Mit ihrem Theorem von der sozialen Pazifikation als ein Wesensmerkmal des Stalinismus, der übersteigerten Form des kommunisti-

schen Totalitarismus, hatte sie tatsächlich nur die parteiamtliche Parteidoktrin beschrieben. Denn entgegen derartigen parteilichen Doktrinen und Theorien müssen Massenaufstand, Massenaufbruch, Massenstreiks und generell Formen des kollektiven politischen und sozialen Widerstandes sogar als typische Begleiterscheinungen gerade des Stalinismus gelten. Erst nach Stalins Tod ließ nämlich ihre Intensität merklich nach. In der Tschechoslowakei wurden nach unvollständigen Angaben zwischen 1948 und 1956 247 Streiks registriert,¹ 128 Streiks fanden allein innerhalb der ersten Juni-Woche 1953 statt.² Polen dürfte mit 667 in den Jahren 1945 bis 1948³ und mindestens 432 von 1949 bis 1955⁴ erfassten Streiks an der Spitze liegen. Im Baltikum wurden in den Jahren 1941-50 sogar 878 bewaffnete Gruppen liquidiert, die in 3.426 bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht 5.155 sowjetische Amtsträger getötet hatten.⁵ Geschlossene Partisanengruppen sind in der Tschechoslowakei bis 1949 belegt, in Polen, in der Ukraine und im Baltikum sind bewaffnete Gruppen des nationalen Widerstands erst in der Mitte der fünfziger Jahre aufgegeben worden. Allerdings bleibt hier große Vorsicht geboten, denn das Ausmaß der in diesem Bereich im großen Stil betriebenen geheimdienstlichen Provokationen ist immens: Immerhin galt es für die „Verfolgerseite“, durch gesteigerte „Wachsamkeit“ Stalins Lehrsatz vom „sich gesetzmäßig verschärfenden Klassenkampf“ zu beweisen. Außerordentlich hoch waren deshalb auch die Opferzahlen: In der Ukraine schätzt man die Zahl der nach dem Zweiten Weltkrieg von der Staatsmacht getöteten „antisowjetischen“ Partisanen auf eine Viertelmillion. Flächendeckende zivile Formen des Massenungehorsams wie Nichterfüllung der Ablieferungspflicht bei Bauern, Bummel am Arbeitsplatz, Entfernung von der Truppe (im Krieg), die so genannte Republikflucht usw. sind hier noch gar nicht genannt. Unberücksichtigt bleibt auch die sich bis 1956 hinziehende „permanente Gründungskrise“ der UdSSR mit ihren zahllosen, in einem Meer von Blut erstickten Massenrevolten und Massenaufständen.

1953 schien es zunächst, dass mit der Verhaftung des sowjetischen Innenministers Berija im Juni und dessen Hinrichtung im Dezember die Krise bewältigt worden sei. Doch spätestens 1956, als sich in Polen und in Ungarn im Landesmaßstab unter dramatischen Umständen der gleiche Massenprotest entlud wie 1953 in der DDR, stellte sich heraus, dass mit Berijas Tod nur die erste Herrschaftskrise des „sozialistischen Weltsystems“ endete und nicht die sich verhärtende innere Systemkrise, deren Terminkalender nur über ihre nationalen Variationen Auskunft gibt: Massenunruhen in der Tschechoslowakei und in der DDR im Juni 1953, die polnischen und ungarischen Volkserhebungen 1956, Massenwiderstand gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei 1968 – vergessen werden dabei meist die kurz vorangegan-

genen Massenunruhen in Polen und in Jugoslawien im Sommer des selben Jahres – zentralen Raum nehmen dann die Massenproteste an der polnischen Ostseeküste 1970/71 und wieder die Unruhen in Polen 1980/81 ein. Die Reformunfähigkeit des politischen und gesellschaftlichen Modells des Staatssozialismus war offenkundig. Die diktatorische Partei war außerstande, konstruktiv auf autonome gesellschaftliche Prozesse einzuwirken und zwischen den zunehmend differenzierten Interessen innergesellschaftlicher Gruppen einen Ausgleich herbeizuführen.

Ausgehend von dieser Grundthese werde ich zunächst kurz auf den „Fall Berija“ eingehen, um darauf aufmerksam zu machen, dass Legenden von „verpassten Chancen“ mehr eine Sache des Glaubens als der Geschichte sind. Dieser erste Teil fällt ein wenig aus dem Rahmen, weil ich mich in der Hauptsache auf eine grobe Bilanz des Jahres 1953 konzentrieren will, indem ich in mehreren Querschnitten die dramatischen Ausmaße des Problemstaus in den staatssozialistischen Ländern Ostmitteleuropas in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre aufzeige. Damit soll veranschaulicht werden, dass das Jahr 1953 bereits jenes Ende der Illusion des Wandels und den Beginn des Wandels der verlorenen Illusionen signalisierte, den man früher erst auf das Jahr 1956 ansetzte. Die Skizze kann nicht allen Ländern die gleiche Aufmerksamkeit schenken. Impressionistisch werden jene Daten herausgegriffen, die die Grundzüge der Entwicklung in Ostmitteleuropa am prägnantesten illustrieren. Dass die Präsentation stellenweise chaotisch wirkt, liegt daran, dass die Materialfülle erdrückend und die Zeit begrenzt ist.

Berijas Fall

Am 24. Dezember 1953 meldete die Moskauer „Prawda“, dass am Vortag Berija mit sechs Mitverschwörern zum Tode verurteilt und die Strafe noch am selben Tag vollstreckt worden sei. Das Gericht stellte fest, dass er sich des Landesverrats und der Verschwörung schuldig gemacht habe, als er nach Stalins Tod versuchte, sein Amt dazu zu missbrauchen, das Innenministerium über die regierende Partei und die sowjetische Regierung zu stellen mit dem Ziel, die Macht zu erringen und die Verfassung zu beseitigen, um in der UdSSR den Kapitalismus und die Herrschaft der Bourgeoisie wiederherzustellen. Die zitierten Stichworte verdienen schon deshalb Aufmerksamkeit, weil die später von Walter Ulbricht präsentierte Lesart, Berija habe die Preisgabe der DDR betrieben, nichts anderes sind als eine schlichte Übersetzung der offiziellen Urteilsgründe in das politische Deutsch der SED.

Mit der Hinrichtung Berijas endete im 54. Lebensjahr eine grusinische Karriere, die Berija mit 35 Jahren in die unmittelbare Nähe des zwanzig Jahre ältere-

ren Stalin geführt hatte. Nach Moskau kam Berija mit neununddreißig Jahren als Chef des sowjetischen Volkskommissariats des Innern (NKWD). Dieses Amt gab er 1945 auf, denn neben seinen zahlreichen Aufgaben initiierte er 1942 und leitete ab 1944 auch das gesamte sowjetische Atombombenprogramm. Obwohl er 1946 Politbüro-Mitglied und Stalins Stellvertreter im Vorsitz des Ministerrates geworden war, ordnete Stalin 1950 Untersuchungen gegen Berija an, der zwei Stunden vor dem Tod „des größten Genies der Menschheit“ am 5. März 1953 erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Chef des nun wieder mit der Staatssicherheit zusammengelegten sowjetischen Innenministeriums wurde. Schon vier Tage nach Stalins Begräbnis erließ Berija als neuer Innenminister am 13. März erste Anordnungen zur Überprüfung von Verfolgungen, die seine Amtsvorgänger veranlasst und die auch ihn persönlich belastet hatten. Noch im März setzte Berija in der UdSSR die erste Amnestie durch, die dort einer Million Menschen die Freiheit bringen sollte.

Diese Maßnahmen bilden die Grundlage der späteren Legende vom Reformler Berija, die im heutigen Russland neue Blüten treibt. Einmal gestrickt nach der Masche „prinzipientreuer und konsequenter Kampfgenosse Stalins“, ein anderes Mal als dessen Mörder und Erfinder der „sozialistischen Gesetzlichkeit“. Zur gleichen Zeit hätten aber seine Mitbewerber um Stalins Nachfolge – Chruschtschow, Malenkov und Molotow – damit begonnen, eine Verschwörung gegen ihn zu schmieden. So einfach weiß die Legende den Nachfolgekampf in der sowjetischen Führung zu erklären, in dem Berija in blinder Verkennerung der Kräfteverhältnisse in der sowjetischen Führung und Überschätzung der Schlagkraft der ihm in den acht Nachkriegsjahren entfremdeten Geheimpolizei vortruppte und sich damit im Frühsommer 1953 selbst als Sündenbock anbot, als der akute Ausbruch der angestauten gesellschaftlichen Krise in der Tschechoslowakei, in der DDR und in Ungarn den Moskauer Jüngern Stalins einen Schrecken einjagte. Am 26. Juni wurde der gefürchtete und scheinbar allmächtige Innenminister von sowjetischen Militärs verhaftet, was Beschlüsse des ZK-Plenums der KPdSU vom 7. bis 9. Juli salvierten, über die am 10. Juli 1953 zum ersten Mal die sowjetische Öffentlichkeit informiert wurde. Berijas Name wurde zum Synonym für politischen Terror gemacht.

Zu den Legenden gehört nicht nur, dass sich Berija vom 18. bis 25. Juni 1953 angeblich in der DDR aufgehalten hätte, sondern beispielsweise auch, dass Ulbricht und Honecker später damit geprahlt hatten, dass der SED – im Verein mit den sowjetischen Besatzungstruppen in der DDR – eine besonders verdienstvolle Rolle bei der „Entlarvung“ und gar „Verhaftung“ seiner Helfershelfer in der DDR zukomme.⁶ Es handelt sich um groben Unfug, denn die SED-Führung erfuhr erst am 9. Juli in Moskau von der Verhaftung Berijas und das

SED-Politbüro beschloss noch am 30. Juni, also vier Tage nach Berijas Verhaftung, auf Weisung seines in Berlin als Krisenmanager tätigen Stellvertreters, der zu diesem Zeitpunkt in Moskau zu allem Überfluss bereits seit vier Tagen seines Amtes enthoben war, – das Ministerium für Staatssicherheit der DDR aufzulösen. Tatsächlich waren in Berlin wohl sogar die Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht bis zum 3. Juli 1953 völlig ahnungslos über die Moskauer Kullissenkämpfe. Erst an diesem Tag (so die derzeitige – unsichere – Quellenlage) verhafteten nämlich sowjetische Militärs in Berlin Berijas ersten Stellvertreter Sergej Goglidse,⁷ der hier seit dem 17. Juni gewirkt hatte. Die DDR hing zwischen dem 26. Juni und dem 3. Juli 1953 am „toten“ sowjetischen Telefonkabel. Den Zustand der „ernsten Kopflosigkeit“, der damals nach Meinung Moskauer Beobachter in der SED-Führung herrschte, gelang es Ulbricht erst in der zweiten Juli-Hälfte zu überwinden.⁸ Der einzige Fehler, den man im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 Berija hätte in die Schuhe schieben können, bestand darin, dass das sowjetische Innenministerium bei Berijas Amtsantritt den mit 2.222 Mitarbeitern ausgestatteten Apparat des Bevollmächtigten des sowjetischen Innenministeriums in der DDR auf 328 Planstellen gekürzt und seine Kompetenzen auf die „Beratung“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR beschnitten hatte. Am 13. Juli 1953 korrigierte das sowjetische Innenministerium diese Sparmaßnahme: Sein Apparat in der DDR wurde auf 540 Planstellen aufgestockt und zu seinen Kompetenzen gehörte nun wieder auch die Anleitung des ostdeutschen Staatssicherheitsdienstes.⁹

Wandel der Illusionen: Ursachen und Begleitumstände

Sozialstrukturelle Folgen der volksdemokratischen Transformation¹⁰

Die Politik der stalinistischen Industrialisierung zog tief greifende und komplexe soziale Umschichtungsprozesse nach sich. Sie traumatisierten die ostmitteleuropäischen Gesellschaften genauso wie die Folgen des vorangegangenen Krieges. In Polen stieg die Zahl der Beschäftigten zwischen 1950 und 1955 um ein Drittel, in der DDR etwa um ein Fünftel und immerhin noch um ein Zehntel in Ungarn und in der Tschechoslowakei.¹¹ 1955 zählten 62 Prozent der Bewohner der ČSR (einschließlich der Familienangehörigen) zur „Arbeiterklasse“, die zwischen 1950 und 1955 absolut um 1,4 Millionen Personen gewachsen war.¹² Ende 1955 waren dort – bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 13 Millionen – fast 4,4 Millionen außerhalb der Landwirtschaft und zusammen mit den Landwirten über 6 Millionen Personen beschäftigt: 42 Prozent aller Beschäftigten waren Frauen.¹³ Ähnliche innergesellschaftliche Verschiebungen fanden in der DDR statt, wo zwischen 1950 und 1954 die Zahl der Beschäftigten um 700.000

angestiegen war.¹⁴ In Polen war dieser Prozess infolge des starken Zustroms früherer Bauern in die Städte besonders dramatisch verlaufen. Von 1949 bis 1956 war die dortige Arbeiterschaft um 2,5 Millionen gewachsen (bei insgesamt über 4 Millionen Arbeitern), wobei ein Viertel der in der Industrie beschäftigten Polen jünger als 25 Jahre war.¹⁵

Mehrfache Verwerfungen kennzeichneten dieses soziale Magma. In der Tschechoslowakei, deren soziale Entwicklung verglichen mit anderen volkdemokratischen Ländern die geringste Rasanze aufwies, war die Arbeiterschaft zwischen 1948 und 1953 absolut um ca. 330.000 auf über 2,2 Millionen angewachsen. Nachdem im Zuge der politischen Umgestaltung etwa 250.000 Arbeiter in den Leitungsapparat aufgestiegen waren, rekrutierten sich die etwa 600.000 in die „Arbeiterklasse“ übergewechselten „neuen Arbeiter“ fast zur Hälfte aus ehemaligen Bauern (270.000), ein Viertel (140.000) waren frühere Gewerbetreibende, und das übrige Viertel setzte sich jeweils zur Hälfte aus „ungelernten“ Frauen und deklassierten Angestellten zusammen.¹⁶

Doch damit nicht genug. Die lohnpolitische Bevorzugung der Schwerindustrie und des Bauwesens, die Nivellierung zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit sowie Versorgungsprivilegien für die Industriearbeiterschaft bewirkten weitere Umschichtungen.¹⁷ 1953 hatte von den in der Industrie beschäftigten Arbeitern nur etwa ein Viertel den ausgeübten Beruf auch erlernt, im Bauwesen waren es noch weniger (etwa 17 Prozent). 740.000 Arbeiter, also ein Drittel der Arbeiterschaft, waren Nebenerwerbslandwirte, somit deklassierte Bauern. 40 Prozent aller Arbeiter lebten auf dem Land, in 40 Prozent der Arbeiterhaushalte war neben dem Haushaltsvorstand auch die Frau berufstätig.¹⁸ Diese hohe Frauenbeschäftigungsquote war objektiv kein Indiz für Emanzipation, sondern nur für die miserable soziale Lage: Alleinverdiener waren nicht mehr imstande, für den Lebensunterhalt einer Familie aufzukommen.

Das Bild der tschechoslowakischen Übergangsgesellschaft vervollständigen etwa vier Millionen Angestellte, deren Löhne – 1948 noch mindestens 30 Prozent höher als die Industrielöhne – 1953 bis zu 20 Prozent darunter lagen. Betroffen von dieser Einkommensentwicklung war auch der 1953 in der ČSR schon über einer Million liegende Anteil der nach der kommunistischen Machtübernahme herangezogenen „neuen Intelligenz“ unter den Angestellten. Tatsächlich wurden im Zuge dieser Entwicklung in der ČSR soziale Aufsteiger ökonomisch degradiert: Sie gerieten in die politischen Zwangsmaßnahmen gegen die „alten“ Mittelschichten. So stiegen die Löhne der Industriearbeiter von 1948 bis 1953 um 56 Prozent, die von Technikern um 26 Prozent und von Verwaltungsangestellten nur um 15 Prozent.¹⁹ Ganz anders war es offenbar in der

DDR, wo sich die Realeinkommen von 1950 bis 1955 insgesamt verdoppelt haben, aber vor allem bei selbständigen Handwerkern und Bauern, denn die Arbeiterlöhne stiegen in dieser Zeit nur um die Hälfte.

Im Grundsatz prägten die skizzierten Trends einschließlich der Widersprüche die Entwicklung in allen Ländern Ostmitteleuropas. Nationale Besonderheiten reflektierten die unterschiedlichen Problemlagen – in der DDR beispielsweise die Integration von mehreren Millionen „Vertriebenen“ – und die landesspezifisch gearteten politischen Legitimationszusammenhänge. Die Ungleichmäßigkeit der sozialen Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern des Ostblocks steigerte insgesamt die Brisanz der komplexen Konfliktlagen.

Lebensstandard

Die drastischsten Zahlen zum Lebensstandard liegen für die Tschechoslowakei vor: 1953/54 seien die Reallöhne gegenüber 1938 um 40 Prozent gesunken, der Lebensstandard sei damals niedriger gewesen als im „Protektorat“ unter der deutschen Besatzung.²⁰ Durch die Währungsreform am 1. Juni 1953 war die Bevölkerung um ihre privaten Ersparnisse gebracht worden, gleichzeitig wurden die Preise für Bedarfsgüter durchschnittlich um 14 Prozent und die Lebensmittelpreise um 27 Prozent angehoben. In Polen sind sich alle Historiker darin einig, dass die Realeinkommen im Zeitraum 1953/54 ihr unterstes Niveau nach dem Krieg erreichten und die meisten gehen davon aus, dass sie auf der Höhe von 1949 stagnierten oder gar um mehrere Prozent sanken.²¹ Auch in der DDR führte die „Aufbauentscheidung“ von 1952 zur gravierenden Absenkung des Lebensstandards: Er sank hier sogar unter das Niveau des Jahres 1947,²² bis zum Stand des schlimmsten Nachkriegshungerjahres. „Dabei ging es nicht nur um die größer werdenden Lücken im Warenangebot des Handels, auch häufigere Stromabschaltungen und ein unzulänglicher Berufsverkehr erschwerten die normale Lebenshaltung. [...] Insofern existierte schon eine beachtliche 'Sockelunzufriedenheit', als der Ministerratsbeschluss vom 28. Mai 1953 über die Erhöhung der Arbeitsnormen [...] offene Proteste und Unruhen auslöste.“²³

Politische Lage

Die neue Strafprozessordnung und Gerichtsverfassung von 1952 trugen in der DDR dazu bei, dass sich innerhalb eines Jahres die Zahl der Strafgefangenen fast verdoppelte.²⁴ In der ČSR wurden von 1950-54 ca. 90.000 politische Strafurteile gefällt, dies entsprach etwa 0,7 Prozent der statistischen Bevölkerung. In Ungarn seien nach damaligen amtlichen Angaben zwischen 1951 und 1953 gegen 650.000 Personen Gerichtsverfahren durchgeführt worden, wobei

387.000 Personen verurteilt wurden. Das machte gleich fünf Prozent der Bevölkerung aus, wobei die Polizei außerdem in 850.000 Fällen eine Strafe verhängte, davon 19.000 Mal eine Gefängnisstrafe.²⁵

Im Justizbereich beschränkte sich die sogenannte Liberalisierung nach Stalins Tod auf publizistische Kosmetik. So wurden in der DDR von Juni bis Oktober 1953 zwar 23.853 Personen aus der Haft entlassen,²⁶ doch diese gewaltige Zahl entsprach lediglich einem Drittel der zwischen Juli 1952 und Juli 1953 neu Inhaftierten.²⁷ In Polen wurde im September 1953 der katholische Bischof Czeslaw Kaczmarek zu 12 Jahren Haft verurteilt, kurze Zeit später auch der polnische Primas zusammen mit fünf Bischöfen inhaftiert. Das Rad der inszenierten politischen Prozesse drehte sich 1953 und 1954 auch in der Tschechoslowakei ungebremst weiter,²⁸ obwohl fast gleichzeitig erste Rehabilitierungen früherer Opfer eingeleitet wurden.

Dennoch bleibt bemerkenswert, dass in der polnischen Armee erst 1954 antisemitische Säuberungen begannen. Damit nicht nur später als in anderen Ländern, sondern auch erst nach der Bekanntmachung über die „falschen“ Anschuldigungen in den jüngsten antisemitischen Prozessen in der UdSSR.²⁹ Die asynchrone und asymmetrische Nachahmung der sowjetischen Vorgaben und Vorbilder in den Ländern des „Ostblocks“ verdient schon deshalb genauere Beachtung, weil der Antisemitismus in Polen nicht von den dortigen „Stalinisten“ ausgenutzt werden konnte, wie das zuletzt 1952/53 in der UdSSR der Fall gewesen war, sondern im Gegenteil von der antistalinistischen Fraktion dazu benutzt wurde, um die Moskau-treue polnische Parteiführung in der Gesellschaft zu isolieren und politisch zu zermürben.

Der „Neue Kurs“

Stalins Tod ließ im gesamten „Ostblock“ Hoffnungen und Erwartungen aufkommen. Die Gesellschaften gerieten in Bewegung. In der ČSR machte sich anlässlich einer Währungsreform am 1. Juni 1953 die Unzufriedenheit in spontanen Protesten Luft. Der KPTsch-Führung lagen Berichte über Streiks in 129 Betrieben in der ersten Juni-Woche und über größere Demonstrationen in einigen Großstädten vor. In Pilsen kam es aus Anlass einer Straßendemonstration mit über 20.000 Teilnehmern zum Schusswaffengebrauch und zur Inhaftierung von einigen Tausend Demonstranten. Damals hielt sich aber kein westlicher Korrespondent in der ČSR auf, die Weltpresse schwieg. Wahrgenommen wurden erst die zwei Wochen später ausgebrochenen Massenunruhen in der DDR.

Nachdem der sowjetische Ministerpräsident Malenkow im August 1953 die Steigerung des Lebensstandards und die Gewährleistung einer „sozialistischen Gesetzmäßigkeit“ zum politischen Ziel erklärt hatte, folgten im September

1953 die tschechoslowakische und im Oktober 1953 die polnische Führung der sowjetischen Empfehlung und verfügten erste ökonomische und sozialpolitische Lockerungen. Für die DDR hatte die neue KPdSU-Führung diesen „Neuen Kurs“ bereits Ende Mai 1953 beschlossen und Anfang Juni durch die SED verkünden lassen.³⁰ Mit den bekannten Resultaten. Die ungarischen Kommunisten schlugen ihn fast zeitgleich ein.³¹ Doch viel zaghafter, denn die Nachrichten aus Berlin lösten auch in Budapest sofort politische Alarmsignale aus.

Ziel des „Neuen Kurses“ war vor allem eine Drosselung des Tempos der ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation, insbesondere des Ausbaus der Schwerindustrie, zugunsten der Förderung der Konsumgüterindustrie und des Handels. In der Tschechoslowakei beispielsweise boten sich für den „Neuen Kurs“ allein aufgrund der nun freiwerdenden aberwitzigen Rüstungsmittel günstige Bedingungen zur Entspannung der sozialen Lage, denn 1953 wurden 55,5 Prozent des tschechoslowakischen Nationaleinkommens für Rüstung verbraucht.³² Durch die Währungsreform waren ebenfalls erhebliche finanzielle Reserven entstanden. Infolge einer Senkung von Rüstungskosten und Investitionen, Anhebung der Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte, durch Preissenkungen und verbesserte Sozialleistungen kamen der Versorgung der Bevölkerung 1954 zusätzlich 10 Milliarden Kronen zugute, wobei sich durch die Auflösung von Reservelagern für den von Stalin erwarteten Kriegsfall auch das Angebot an Lebensmitteln und Konsumgütern verbesserte.

Ein Paket politischer und sozialpolitischer Maßnahmen wurde in der DDR bereits vor den Juni-Unruhen verabschiedet und in der zweiten Hälfte 1953 nachgebessert. Im Rahmen des „Neuen Kurses“ wurden in der DDR 1953-54 insgesamt fast vier Milliarden Mark an die Bevölkerung ausgeschüttet.³³ Und dennoch: Von 1953 bis 1956 flohen jährlich mehr als anderthalb Prozent der statistischen DDR-Bevölkerung nach Westdeutschland: 1953 331.000, 1954 184.000,³⁴ 1955 über 270.000 Menschen.³⁵

1953/54 wurden auch in Polen Preissenkungen im Umfang von ca. 10 Milliarden Zloty durchgeführt. Doch hier kompensierten sie nicht einmal jene Kaufkraftverluste, die infolge der erst Anfang 1953 durchgeführten Preiserhöhungen entstanden waren. Außerdem produzierte die polnische Landwirtschaft nicht genügend Lebensmittel, um die Nachfrage bedienen zu können. Auch in Ungarn verringerte der „Neue Kurs“ nicht das Ausmaß der herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Misere. Hier kam es, wie in Polen, zu Beginn der Konsolidierungsversuche sogar zu Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel: Der Brotpreis verdreifachte sich zwischen 1949 und 1954, Schweinefleisch kostete 1954 in Ungarn doppelt und Butter dreimal so viel wie vor fünf Jahren.³⁶

Nur vor dem Hintergrund des geringen Ausgangsniveaus hatte sich dagegen in der DDR die Lebenslage der Bevölkerung seit der Staatsgründung deutlich verbessert. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch und Butter konnte sich von 1949 zu 1956 in etwa verdoppeln.³⁷ Bei den Grundnahrungsmitteln war es zwischen 1953 und 1956 gelungen, sich dem Verbrauchsniveau der Vorkriegszeit (1936) weitgehend anzunähern bzw. dieses zu überschreiten.³⁸ Dennoch war der westdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch 1952 doppelt so hoch wie in der DDR, 1953 betrug der Tagesverbrauch in Ost-Berlin 3.000 kcal, in Westberlin waren es damals schon 4.500 bis 5.000.³⁹

Als es Chruschtschow 1955 gelang, Malenkov aus der nachstalinistischen Führungstrioika zu verdrängen, waren auch schon die ersten mittelfristigen Folgen des „Neuen Kurses“ sichtbar geworden: Kürzung von Investitionen bedeutete oft, dass Betriebe gebaut wurden, nicht aber Wohnhäuser und soziale Einrichtungen für die Belegschaft; wenn Wohnhäuser gebaut wurden, sparte man Zugangsstraßen und Kindergärten ein. Knapp war das Warenangebot und reichte nicht aus, um die erhöhten Löhne auszugeben. So wuchsen nur die Spareinlagen. In der Bevölkerung nahm wieder die Unzufriedenheit zu.

Das Scheitern des „Neuen Kurses“ förderte zugleich an die Oberfläche, dass in dem dicht gewobenen Netz der totalen politischen Verfügung über Wirtschaft und Gesellschaft echte Teilreformen nicht möglich waren, weil sie nach dem Kartenhausprinzip Gefahr für das gesamte Herrschaftsgefüge nach sich zogen. So konnte man nicht ohne weiteres die politische Verfolgung zurückfahren, ohne die Wirtschaft lahmzulegen: Einige Wirtschaftsbranchen – vor allem der Bergbau – waren ohne Zwangsarbeit überhaupt nicht funktionsfähig. Eine verheerende Wirkung hatte beispielsweise 1955/56 die „Liberalisierung“ des Justizbereichs in Polen: Freigelassene Häftlinge überzogen auf der Straße die Polizei lauthals mit Schimpf und Schande...

Zusammenfassung

1. Das Stalinsche Modell des Sozialismus führte in Ostmitteleuropa nicht zu einer gesellschaftlichen Homogenisierung. Im Gegenteil: Die schon während des Krieges durcheinander geratenen gesellschaftlichen Strukturen wurden mit neuer Zersplitterung, Verformung und Verwerfung belastet. Die ostmitteleuropäischen Gesellschaften befanden sich in einer schweren Krise, als nach dem Tod Stalins das politische Herrschaftsgefüge in Bewegung geriet. Die „führenden Parteien“ waren selbst bloße Objekte sowohl der inneren gesellschaftlichen wie auch der äußeren politischen Krise. Im wesentlichen reproduzierten die kommunistischen Parteien unter dem Druck Moskauer

Vorgaben innerorganisatorisch nur jene gesamtgesellschaftlichen Problem- und Konfliktlagen, die sie eigentlich hätten steuern und lösen müssen.

2. Die um das Jahr 1953 gestrickten Legenden gehören in den Bereich der „symbolischen Politik“, zu der die Führung in der Krise eine Zuflucht suchte. Zu mehr als zur politischen Kosmetik waren die herrschenden Parteien auch gar nicht in der Lage. So war der 17. Juni 1953 zunächst das Werk „ausländischer Provokateure“, mit dieser Propaganda-Floskel ließ sich bald auch Berija politisch entsorgen, dem man Verbindungen zu diesen ausländischen Kreisen sogar gerichtlich nachgewiesen hatte. 1956 nannte man dann folgerichtig den ungarischen Reformkommunisten Imre Nagy den „ungarischen Berija“ und als der „tschechoslowakische Berija“ wurde sogar der 1952 hingerichtete Generalsekretär der KPTsch Slansky tituliert. Berija war aber nur ein Sündenbock, denn im wesentlichen hatte er nur das vorweggenommen bzw. initiiert, was der Endsieger um Stalins Nachfolge Chruschtschow 1956 mit seiner Geheimrede auf dem XX. Parteitag 1956 im „großen Stil“ versuchen sollte. Berija unterlag lediglich in einem internen politischen Machtkampf, in dem er ungedulden Ehrgeiz, Selbstüberschätzung und Mangel an politischem Gespür an den Tag gelegt hatte.
3. In Westeuropa wird im Zuge der „historischen Bewältigung“ mit Blick auf das Jahr 1953 insbesondere auf die delegitimierende Wirkung der unmittelbar nach Stalins Tod von Berija schroff eingeleiteten Liberalisierungsschritte im Bereich der Ideologie hingewiesen: Mit dem öffentlichen Widerruf der Anschuldigungen in der sogenannten Ärzteverschwörung und mit den ersten Schritten zur Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien sei Stalin schlagartig demontiert worden.⁴⁰ Auf die Mitglieder der kommunistischen Parteien wirkten zwar solche kryptischen politischen Signale zumindest mittelfristig. Die intellektuelle Geschichtsbewältigung übersieht dabei aber, dass nicht einmal tote Kaiser mit den Kleidern auch die Macht verlieren. Konkret hatte im „realen Sozialismus“ der fünfziger Jahre Ideologie keinen realen Gebrauchswert mehr, vor wirkliche Probleme stellte die Menschen die Bewältigung des Alltags.
4. Das Jahr 1953 symbolisiert die demokratische Delegitimierung des „realen Sozialismus“ und die Rückkehr der Massen in die Geschichte. Als Zäsur in der Entwicklung des Nachkriegs-Kommunismus ist es prägnanter als das Jahr 1956. Chruschtschows „Geheimrede“ von 1956 gaukelte aber die Möglichkeit eines „entstalinisierten Kommunismus“ vor, und diese „vage“ und eigentlich „geheime“ und parteiinterne „Illusion“ konnte ihre Wirkung nur vor dem Hintergrund der massiven Einschüchterung durch die dras-

tischen Bilder von der sowjetischen Intervention in Ungarn in Verbindung mit der Enttäuschung über die Haltung des Westens zu der ungarischen Entwicklung entfalten. Bis 1956 waren nämlich in Ostmitteleuropa Hoffnungen auf eine aktive Hilfe des Westens für die nationalen Befreiungsbewegungen sehr verbreitet. Nicht nur die westliche Propaganda schürte sie, auch die kommunistische über den „imperialistischen Agenten Tito“ förderte beständig solche Illusionen über die Möglichkeit eines „nationalkommunistischen“ Ausbruchs mit Hilfe der USA nach dem Modell Jugoslawiens. Solche Phantasien begünstigten nur den Missbrauch des Nationalismus als Stabilisierungsstütze der Diktatur. Die nationalen Oppositionsbewegungen konnten aber isoliert und zersetzt werden, solange sie auf partikuläre soziale, ökonomische oder nationale Interessen beschränkt blieben. Erst nach dem Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968 wurde die Illusion über die Reformfähigkeit des Systems und das sozialistische System selbst für „klinisch tot“ erklärt (Leszek Kolakowski). Es war auch in seinen Bestandteilen nicht reformierbar, im Ganzen brach es schließlich an seinen inneren Widersprüchen zusammen.

Anmerkungen

- ¹ Kaplan, Karel/Palecek, Pavel: Komunisticky rezim a politicke procesy v Ceskoslovensku [= Das kommunistische Regime und politische Strafprozesse in der Tschechoslowakei], o. O. 2001, S. 163.
- ² Ebd., S. 163.
- ³ Studia i materialy z dziejow opozycji i oporu spolecznego [= Studien und Marialien aus der Geschichte der Opposition und des gesellschaftlichen Widerstands]. Pod redakcja Lukasz Kaminskiego, tom I, Wroclaw 1998, S. 19.
- ⁴ Ebd., tom IV, Wroclaw 2000, S. 77.
- ⁵ Vgl. 28.09.88 No 16441-Tsch, W Komissiju Politbjuro ZK KPSS po dopolnitelnomu isutscheniju materialow, swsjasanach s repressijami 30-40-ch u natschala 50ch godow/O wwsseilii w 40-50-ch godach nekotorych graschdan is apadnych rajonow SSSR, in: Toltygin, Alexei: Neiswestny Berija bes retuschi [= Der unbekannte Berija unretouchiert], Sankt-Peterburg 2002, S. 443-446, hier S. 445.
- ⁶ Vgl. Dazu auch den Beitrag von Hermann Weber in diesem Band.
- ⁷ Laut Kokurin, A. I./Petrov, N. W.: Lubjanka. Organy 1917-1991, Moskwa 2003, S. 259, ist Goglidse am 3. Juli 1953 verhaftet worden. Der frühere Botschafter Semjonow und andere erwecken den Anschein, als wäre er in Berlin noch vor Berija am 25. Juni festgenommen worden. Dies ist schon deshalb unglaubwürdig, weil sein Begleiter Generalleutnant P. W. Fedotow noch am 30. Juni 1953 Besprechungen mit Wilhelm Zaisser führte. Vgl. dazu Foitzik, Jan: „Hart und konsequent ist der neue politische Kurs zu realisieren.“ Ein Dokument zur Politik der Sowjetunion gegenüber der DDR nach Berijas Verhaftung im Juni 1953, in: Deutschland Archiv 1/2000, S. 32-49, hier S. 38f.
- ⁸ Vgl. ebd., S. 34.
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ Ausführlicher in: Foitzik, Jan (Hg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn 2001.
- ¹¹ Vgl. dazu: Muraschko, G. P. (Hg.): Stroitelstwo osnov sozialisma w stranach Zentralnoi i Jugowostotschnoi Ewropy [= Der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in den Ländern Mittel- und Südosteuropas], Moskwa 1989, S. 214. In Ungarn waren 1955 56 Prozent der Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft tätig, vgl. Központi Statisztikai Hivatal (Hg.): Statisztikai evkönyv 1949-1955 [= Statistisches Jahrbuch 1949-1955], Budapest 1957, S. 39. - Da die statistischen Kategorien nicht kompatibel und die Daten meistens nicht authentisch sind, dienen solche Angaben nur zur Illustration der allgemeinen Trends.
- ¹² Referat Hendrych auf der ZK-Tagung der KPTsch am 13.06.1957. An die Mitglieder und Kandidaten des ZK - Vom Büro des Politbüros des ZK der SED/05.07.1957, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO BArch), ZPA, IV 2, 20, 194.
- ¹³ ZK-Tagung der KPTsch 25.-27.9.1956, in: Statni ustredni archiv [= Zentrales Staatsarchiv] Praha (künftig: SUA), 01, 49, 54.
- ¹⁴ Einschätzung der Tätigkeit der staatlichen Organe in der DDR [1955], in: SAPMO BArch, ZPA, IV 2, 13, 359.
- ¹⁵ Rykowski, Zbyslaw/Wladyka, Wieslaw: Polska Proba Pazdziernik '56 [= Der polnische Versuch Oktober 1956], Krakow 1989, S. 176.

- ¹⁶ Kaplan, Karel: Socialni souvislosti krizi komunistického režimu 1953-1957 a 1968-1975 [= Soziale Zusammenhänge der Krisen des kommunistischen Regimes 1953-1957 und 1968-1975]. Sesity Ustavu pro soudobé dějiny AV CR, 9/1993, S. 9.
- ¹⁷ Ebd., S. 10.
- ¹⁸ Ebd., S. 11ff.
- ¹⁹ Diese Tendenz gilt auch für die Reallöhne von Arbeitern und Angestellten.
- ²⁰ Vgl. Pismo korespondenta gazety „Prawda“ w Tschechoslowakii W. A. Tarassowa glawnomu redaktorovi gazety D. T. Schepilowu o poloschenii w strane 28.8. 1953, in: Wolokotina T. W. U.a. (Hg.): Sowetski faktor w wostotschnoi Ewrope 1944-1953, t. 2 1949-1953. Dokumenty [= Der sowjetische Faktor in Osteuropa 1944-1953, Band 2: 1949-1953. Dokumente], Moskwa 2002, S. 808-812, hier S. 808.
- ²¹ Kucharski, M.: Obieg pieniezný, in: Finanse Polski Ludowej, [= Der Geldumlauf, in: Die Finanzen Volkspolens], Warszawa 1975, behauptet, daß der Reallohn im Zeitraum des Sechsjahrplans um ca. 4 Prozent sank. A. Jezierski und B. Petz, in: Historia gospodarcza Polski Ludowej 1944-1985 [= Wirtschaftsgeschichte Volkspolens 1944-1985], Warszawa 1988, nehmen an, daß nach der Realisierung des Sechsjahrplans das Niveau der Reallöhne auf einem ähnlichen Stand wie vor dem Plan verharrte. Seit 1954 begannen die Reallöhne von neuem zu steigen.
- ²² Hübner, Peter: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995, S. 151.
- ²³ Ebd.
- ²⁴ Vgl. Foitzik, Jan: Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aus den Jahren 1953/1954, in: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (= Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II, 2), Baden-Baden 1995, S. 1361. Dies entsprach etwa 0,3 Prozent der statistischen DDR-Bevölkerung.
- ²⁵ Vgl. Varga, György T.: Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution von 1956, in: Foitzik, Entstalinisierungskrise, ebd., S. 55-77, hier S. 59.
- ²⁶ Benjamin/Melsheimer, Zur Durchführung des Neuen Kurses, o.D. [März 1954], in: SAPMO BArch, ZPA, NL 182, 1121. Zit. nach Werkentin, Falco: Strafjustiz in der DDR. In: Steuerung der Justiz in der DDR, hrsg. vom Bundesministerium der Justiz (Hubert Rottleuthner), Köln 1994, S. 107.
- ²⁷ Unmittelbar nach dem 17. Juni wurden 4270 Personen festgenommen; in DDR-Gefängnissen saßen im Mai 1953 61.377 Insassen ein. Vgl. Foitzik, Berichte 1995, S. 1361 sowie Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 1991, S. 44.
- ²⁸ Vgl. Kaplan, Karel: Něktrváva revoluce [= Die unblutige Revolution], Toronto 1985, S. 344.
- ²⁹ Vgl. den Beitrag von Annette Leo in diesem Band.
- ³⁰ Vgl. Scherstjanoi, Elke: „Wollen wir den Sozialismus?“ Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 5/1991, S. 658-680.
- ³¹ Vgl. Transcript of the Conversations between the Soviet Leadership and a Hungarian United Workers Party Delegation in Moscow on 13 June 1953. In: „This Is Not A Politburo, But A Madhouse“. The Post-Stalin Succession Struggle, Soviet Deutschlandpolitik and the SED: New Evidence from Russian, German, and Hungarian Archives. Introduced and annotated by Christian F. Ostermann. In: Cold War International History Project Bulletin 10, S. 61-111, hier S. 81-86.
- ³² Vgl. Kaplan, Socialni souvislosti 1993, S. 11.

- ³³ 3. Nov. 1954/Bericht über die Entwicklung der privaten Industrie, des privaten Groß- und Einzelhandels und des Handwerks seit dem Wirksamwerden des neuen Kurses, in: SAPMO BArch, ZPA, NL 90, 436, sowie Sprawka ob ekonomitscheskom poloschenii Germanskoi demokratitscheskoi respublikii vom 1. Okt. 1954 [Bericht über die Wirtschaftslage in der DDR vom 1. Okt. 1954], in: Archiw Wneschnei politiki Rossijskoi Federazii Moskwa [= Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation] (künftig: AWP RF), 082, 40, 287, Bl. 127. Die Angaben divergieren um 0,2 Milliarden.
- ³⁴ Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 1985, S. 248.
- ³⁵ Berlin, 29.12.1956/Prozentualer Anteil der Republikflucht [...], in: SAPMO BArch, ZPA, IV 2/ 5/ 1673.
- ³⁶ Taubinger, Laszlo M. v.: Die Industrialisierung Ungarns. In: Ost-Probleme, 18/1955, S. 716. Die amtliche Statistik von 1957 weist zwar etwas geringere, gleichwohl ebenfalls dramatische Preissteigerungsraten für Lebensmittel aus.
- ³⁷ Ausführlicher in: Ciesla, Burghard: Zwischen den Krisen. Sozialer Wandel, ökonomische Rahmenbedingungen und Lebenslage in der DDR 1953 bis 1956, in: Foitzik, Entstalinisierungskrise 2001, S. 271-291.
- ³⁸ Vgl. Foitzik, Berichte 1995, S. 1356.
- ³⁹ Ebd.
- ⁴⁰ Vgl. Furet, Francois: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1999.